INTERIM
Wöchentliches Berlin-Info
Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig
auswärts 3 DM
2,50 DM
Nr. 232
18. März 1993
KITCHEN
PARK

Hallo Leute!

Da auch wir der allgemeinen Leichenfeier von Genosse X nicht fernbleiben wollten, setzen wir in diesem Heft unsere lockere Folge fort mit einem Aufsatz zu Black Panther und einem kleinen Lebenslauf unseres großen Helden.(beides entnommen aus "Perspektiven")(vgl. Nr.228).

Der 1.Mai rückt näher und wir verweisen schon jetzt auf die Broschüre "Texte zur Aussageverweigerung", die trotz älteren Datums immer noch aktuell ist. Die Parole "Anna und Arthur halten's Maul" gilt wie eh und jeh und nicht nur gegenüber Bullen und Justiz. Bei Verhaftungen ist es nicht unsere Aufgabe Spekulationen und Mutmaßungen über Ursprung und Motivation einzelner Aktionen zu betreiben. Der einzige Nutznießer dieser Informationen ist der Staatsschutz und wir schaden damit nur den Verhafteten.

Darüberhinaus ist uns beim zweiten Lesen der 1.Mai-Protokolle noch folgender Satz aufgefallen: "Wegen Zeitmangels blieb die Frage unbeantwortet, ob die RIM am 1.Mai-Plenum teilnehmen sollte."(Nr.230)- Wir dachten immer, daß diese Frage mindestens seit letztem Jahr geklärt ist und damit allgemeiner Konsens, daß die RIM an unseren Strukturen nicht beteiligt wird.

Dem wollen wir noch unseren Routen-Wunsch hinzufügen: 13.00 Uhr O-Platz plus eine der Fuß-freundlichen Trditionsrouten.- (Das ist die Klasse nämlich so gewohnt und sie wird es mit zahlreichem Erscheinen danken.)

Liebe Freiburger Antifa: Wir wären eurem Wunsch nach Abdruck heute gern nachgekommen, wenn ihr euer Flugi auch gleich mitgeschickt hättet. So können wir euch leider nur unser Bedauern mitteilen: Über die Verhältnisse in eurer Region sind wir nur unzulänglich informiert, und die WOZ lesen wir auch nie. Schickt doch euer (aktuelles) Flugi einfach nochmal hoch, wenn ihr wollt. (Versucht´s mal mit eurer eigenen Zeitung. Da war vor zwei oder drei Nummern ein langer Artikel aus der WOZ zu diesem Thema drin! d. S.)

__Inhalt:__

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Ordner

- Kalenda 93: Der Autor spricht
- Flugi zu Nazizeitungen
- Spanische Faschisten und ETA
- Literaturtreff im Babanussa
- Brief an die Waldemarstr.33
- Jugoslawischer Gefangener in der Tschechischen Republik
- Rassismus in den Medien,Aktionstage



Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

VORHER – NACHHER: 1990 war er noch Lagerdisponent im VEB Pflanzenfettkombinat Velten. 1992 ist er arbeitslos.

1.Mai, Uhr dabei?

Rolle-Rückwärts und das 1.Mai-Plenum

Die revolutionäre 1.Mai-Demo hat eine Entstehungsgeschichte und ist Ausdruck einer Entwicklung innerhalb des autonomen/revolutionären Spektrums in dieser Stadt.
Mit Bündnispolitik haben wir seit Jahren negative Erfahrungen gemacht. Sich ausgerechnet am 1.Mai ausgerechnet dem DGB -als "soziale Bewegung" (meint Ihr das eigentlich ernst???)- als Bündnispartner anzubiedern, treibt Eure Ignoranz auf die Spitze. Zu wem soll dieser großartige Brückenschlag stattfinden? Zu der "Basis" einer Gewerkschaft, die Leute mit garantierten Arbeitsverhältnissen repräsentiert -also keine JoberInnen, keine Arbeitslosen, keine "Marginalisierten", sondern diejenigen, die mit einer Zusicherung von 3 bis 5% Lohnerhöhung nach Hause gehen, dann im großen und ganzen nicht weiter rummurren und mit ihrem Ausgebeutet-Sein ganz gut leben können. Habt Ihr schon wieder das alte/neue "revolutionäre Subjekt" entdeckt? Abgesehen davon, daß es am 1.Mai nichteinmal diese MalocherInnen sind, die sich auf "ihrer" Demo die Füße plattlatschen, sondern hauptsächlich FunktionärInnen, deren "Engagement" hinterher großzügig mit einer "Aufwandsentschädigung" belohnt wird.
Wenn mensch also der Meinung ist, daß die Einbeziehung von Lohnarbeitskämpfen in unseren Zusammenhängen bisher vernachlässigt wurde, kommt eigentlich jedes beliebige andere Datum in Frage, um eine "Brücke" dorthin zu bauen, aber soviel demonstrative Symbolik an einem Tag (DGB-Demo und 13 Uhr O-Platz) ist ja wohl ein Tanz auf `ner Luft-Brücke.(Oder haltet Ihr es für einen Zufall, daß die DGB-Demo ständig kleiner wird, aber am O-Platz regelmäßig 10 -15 000 Leute erscheinen?)

Ready - Steady - Go!

"Weiterhin wird großer Wert darauf gelegt, daß die neue Qualität der Demo darin besteht, daß sie am Neptunbrunnen um 10:30 anfängt und um 14 Uhr am Boxhagener Platz endet!" - So ist ja nun geklärt, worin revolutionäre Tugenden bestehen: nämlich in Pünktlichkeit und Disziplin. Darum verstehen wir auch garnicht, warum Ihr Euch trotzdem noch soviele Gedanken um das Wörtchen "revolutionär" macht. Könnt Ihr Euch etwa nicht entscheiden, ob die Demo nun trotz oder wegen des Brückenschlages ganz ganz revolutionär sein wird? Oder plagt Euch die Angst, durch etwaige Verspätung das revolutionäre Ziel verfehlen zu können und wollt Euch deshalb lieber doch nicht auf sooo einen hohen Anspruch festlegen?
Wie wär`s denn, wenn von Eurer "Inhalts-AG" mal was zu hören wäre? Dann könntet Ihr das bisherige "rev." vielleicht einfach als "revisionistisch" ausschreiben und wärt aus dem Schneider.

Forderungskatalog (Auf sowas steht Ihr doch!)

- "Offenbarungseid" der Inhalts-AG, z.B. dazu, was den DGB plötzlich für uns so attraktiv machen soll (Der letzte ÖTV-Streik vielleicht?)
- `ne Stellungnahme zu der an Eurer Linie geäußerten Kritik (die Ihr ja immer so wohlformuliert wiedergeben könnt) Wenn "Frauen durch das Klima abgeschreckt werden", also einfach keinen Bock auf Euch haben und die anderen Gruppen, die Ihr ja laufend ansprechen wollt, scheinbar auch nicht so begeistert von diesem Angebot sind - wieso halten dann zumindest Teile von Euch die Umgehensweise immernoch für konstruktiv?

Und erklärt doch einfach mal, wieso Ihr Euch eigentlich in die Tradition des revolutionären 1.Mai`s stellt und woher Ihr die Legitimation nehmt, für die 10 -15 000 Leute zu sprechen, die diesen in den letzten Jahren getragen haben.

KRIEG oder FRIEDEN

kritik am jetzigen vorschlag der 1.mai demonstration

schwerpunkt der kritik ist der offensichtliche bruch der vorbereitung mit der kontinuität des revolutionären 1.mais seit dem "kreuzberger aufstand" 1987.
dabei ist es für uns notwendig grundsätzlich zu schreiben, das heißt über die bestimmung revolutionärer kämpfe, weil alles andere die kritik nicht treffen würde.es ist uns leider nur möglich an den veröffentlichten protokollen lang zu kritisieren, die die wirklichen auseinandersetzungen im plenum nur oberflächlich angehen und dabei natürlich ein stückweit allen, die nicht anwesend sind, auch die möglichkeit nehmen, ne kritik zu üben, die genauer ist. das ist auch schon der erste punkt: schreibt die protokolle genauer, weil es wirklich nicht für alle möglich ist, sich in der vorbereitung dahingehend zu beteiligen, organisatorische und inhaltliche punkte zu übernehmen.
wir hlaten es gerade jetzt für notwendig revolutionäre inhalte auf die straße zu tragen, uns weiterhin unter den veränderten bedingunen in der kontinuität des revolutionären 1.mais zu bewegen, diese kontinuität als kontinuität von widerstand und auch dessen stärke zu begreifen.
die historischen entwicklungen der letzten jahre sind einschneidend. die raf nahm den bewaffneten kampf bis auf weiteres zurück, die ddr wurde annektiert, der versuch des aufbaus einer sozialistischen gesellschaft in der ehemaligen sowjetunion ist gescheitert, nationale befreiungskämpfe in ländern des trikonts sind an ihrer historischen wirksamkeit gestoßen. on der metropole verläuft die polarisierung nicht mehr einfach zwischen kapitalistInnen und arbeiterInnen. die unterdrückungsverhältnisse sind wesentlich differenzierter durch das ineinandergreifen rassistischer, sexisitscher und kapitalistischer strukturen, in denen viele sowohl negativ als auch positiv betroffen sind.
genau durch diese entwicklungen ist es notwendig daß im neukonstituierungsprozeß der revolutionären linken klare, eindeutige postionen gegen die weltweite unterdrückung und ausbeutung bezogen werden. schwäche kann nicht heißen mit der gesamtgesellschafltlichen entwicklung ebenfalls nach rechts zu gehen. es muß im gegenteil durch das einsehen der weltweit gleichen verantwortung für revolutionäre kämpfe, den widersprüchen im system und den eigenen , subjektiven widersprüchen auch eine radikalisierung bedeuten. wir brauchen auch weiterhin einen prozeß von gemeinsamer befreiung heir als angriff auf das herz des bürgerlichen, rassistschen, antisemitischen und sexisitschen staates. das bündnis, wie es jetzt zum ersten mai besteht hat systemmodernisierenden charakter und ist somit nur ein stachel gegen die verhältnisse. es ist kein aufschrei mehr gegen die faschistischen verhältnisse, gegen die gewalt auf der straße und zu hause, gegen die beschissene wohn und arbeitssituation. es ist ein politisches kalkül von einzelnen, das revolutionäre stärke durch quantitative stärke ersetzen will. wir müssen (falls es noch ein wir gibt) den prozeß von gegenmacht in angriff nehmen um nicht vor den neuen bedingungen zu kapitulieren oder positionen zu verwischen.

das heißt wirklich darum nzu kämpfen, daß mehr menschen verantwortung tragen und tragen können im revolutionären prozeß. das heißt eben auch nicht sich selbst als kader an

die spitze zu stellen, privilegien zu nutzen um eigene positionen durchzusetzen, sondern genau diese stellung zu vergesellschaften. zum beispiel reicht es eben nicht aus,

das fehlen bestimmter gruppen auf dem 1.mai plenum zu bejammern. (frauenlesbengruppen, migrantInnengruppen), sondern die eigenen positionen in frage stellen. ansonsten wird`s zu ner funktionalisierung, was nix mehr mit dem aufbau von gegenmacht und gemeinsamen prozessen zu tun hat.
es gibt sehr viel kritik an der jetzigen vorbereitung , sehr viel kritik von revolutionären kräften. es ist notwendig diese nicht zu ignorieren, was eine polarisierung innerhalb der revolutionären linken nur vorantreiben würde. es kann auch nicht darum gehen den offensichtlichen widerspruch zur sogenannten basis zu verwischen, indem die tradition 13 uhr oranienplatz beibehalten wird und dadurch die inhaltlichen widersprüche technisch umgangen werden. wir fordern das plenum auf selbstkritische auseinandersetzungen zu führen, wir fordern alle revolutionären kräfte auf, öffentlich stellung zu bezihen. weiter fordern wir einen terminvorschlag vom 1.mai plenum, der möglihcst öffentlich bekannt gemacht wird um ne auseinandersetzung an der 1.mai demo zu führen. der termin sollte spätestens anfang april sein, damit die technischen schwierigkeiten nicht zum argument gegen inhaltliche veränderung werden.

der erste mai bleibt rot!
für eine starke revolutionäre 1.mai demo!

antiimperialistische frauenlesbengruppe

9.3.95

WIR HABEN IN DER NACHT VOM 9.3. AUF DEN 10.3. VERSCHIEDENE BAUSTELLE DER HAUSBAU KIEL (HBK) UND DER BAUFIRMA JÜRGENSEN BESUCHT. DABEI HABEN WIR DURCH FEUER U./ODER ANDERE SABOTAGEFORMEN BAUGERÄTE ZERSTÖRT. HBK UND JÜRGENSEN WOLLEN AUF DEM GELÄNDE HARMSST./HOPFENST. IN KIEL EINEN BÜRO- UND VERWALTUNGSKOMPLEX ERRICHTEN. GENAU DORT STEHT ABER DAS AUTONOME ZENTRUM "MERHABA".

UND DAS SOLL AUCH SO BLEIBEN!!!!!

MIT UNSERER AKTION SOLIDARISIEREN WIR UNS MIT DEM MERHABA IN KIEL UND SORGEN ZUGLEICH DAFÜR, DASS SICH SPEKULATION UND ABRISS FINANZIELL NICHT LOHNEN WERDEN.

MERHABA BLEIBT !!!

AKTION XY UNGELÖSCHT

---

wir haben am 12.3. den benz des leiters des regional büros berlin der dghs mit einem buttersäure-cocktail gekübelt !!

antifaschistInnen

unserer Interpretation nach:
deutsche Gesellschaft für humanes Sterben

GEGEN ABSCHIEBUNGEN, GEGEN ABSCHOTTUNG!

In diesen Wochen wird im Bundestag die im Dezember 1992 von Regierungsparteien und SPD per "Kompromiß" beschlossene Neufassung des Artikel 16 verabschiedet. Sie reiht sich in die kontinuierliche Verschärfung und Aushöhlung des Asyl- und AusländerInnenrechts in den letzten Jahren ein.

Der Art. 16 trug bereits in seiner bisherigen Fassung wesentlichen Fluchtursachen wie Hunger, Bürgerkrieg oder sexistischer Gewalt und Verfolgung von Frauen keinerlei Rechnung.

Bereits im Sommer letzten Jahres wurden die Bedingungen für Flüchlinge durch das Asylverfahrensgesetz drastisch verschlechtert:

- während der ersten drei Monate ihres Aufenthalts werden alle Flüchtlinge zwangshaft in sogenannte Sammellager gepfercht

- gegen alle Flüchtlinge, deren Anträge in sogenannten Länderlisten "verfolgungsfreier Staaten" in denen "unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung nicht stattfindet" als offentsichtlich unbegründet eingestuft werden, wird ein Schnellverfahren durchgeführt.

Durch die jetzige Neufassung des Artikel 16 wird das Asylrecht allerdings vollständig beseitigt. Es kann als ausgeschlossen angesehen werden, daß diese Grundgesetzänderung wieder rückgängig gemacht wird.

Desweiteren wird die Sozialhilfe für Flüchtlinge um 25% gekürzt, wobei grundsätzlich nur noch Sachleistungen gewährt werden. Damit sind sie einer weiteren diskriminierenden Sonderbehandlung ausgesetzt.

Gleichzeitig sollen neue Methoden zur Grenzsicherung auf optischer und elektronischer Basis eingesetzt werden. Mauern mit Stacheldraht geben ja auch ein unschönes Bild ab!

Eine Politik der Abschottung ändert nichts an den Gründen, die Menschen dazu bringen, ihr Land zu verlassen. Nicht die Flüchtlinge sind zu beseitigen sondern die Ursachen, die weltweit 40 Millionen Menschen zur Flucht bewegen!

Die scheinbar stabilen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen in den westlichen Industriestaaten wurden über Jahrhunderte durch Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnisse gegenüber Ländern der sogenannten Dritten Welt ermöglicht.

Wo werden Fluchtursachen geschaffen?

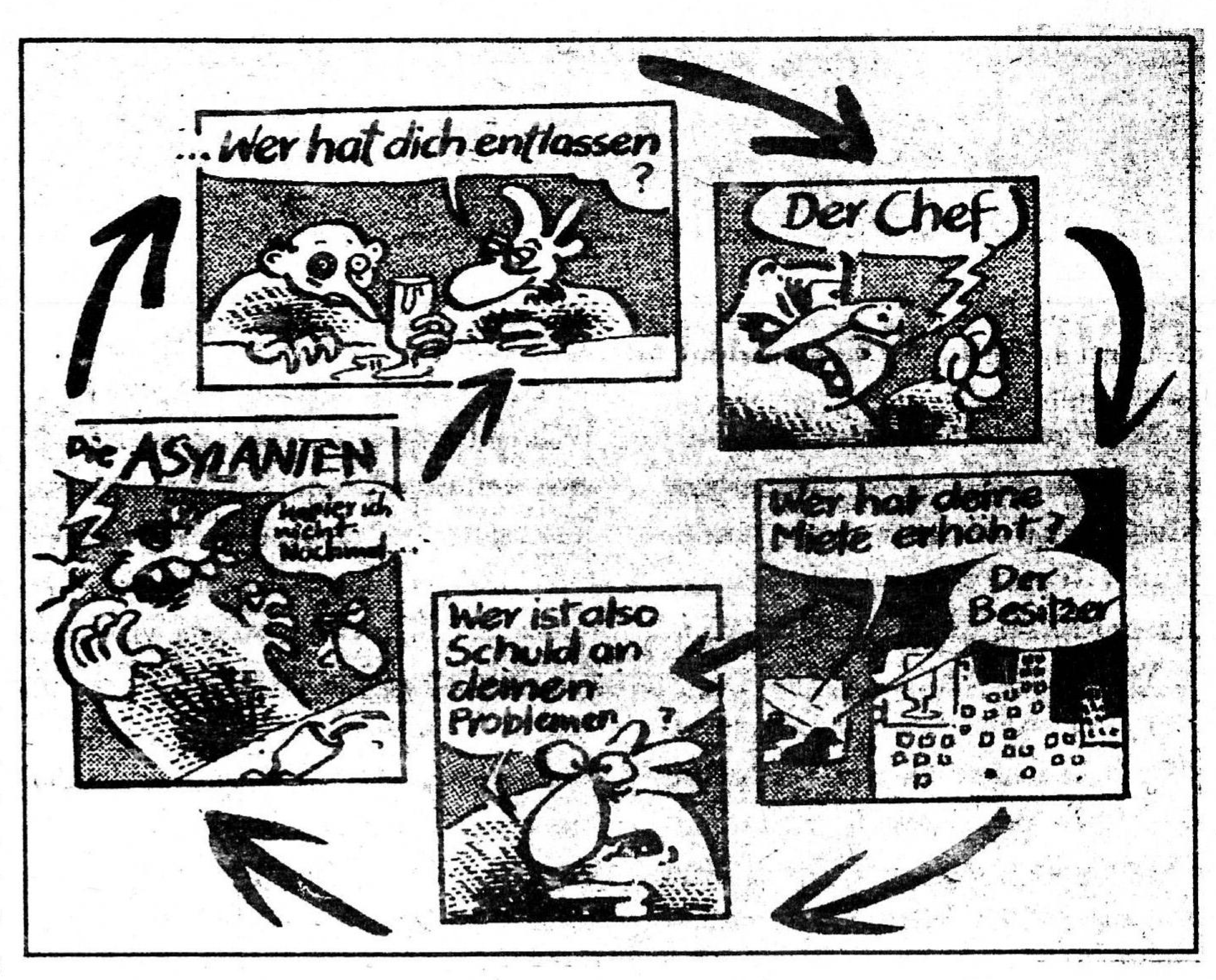
Bei uns leben mehrere Hunderttausend Menschen mit kurdischer Nationalität. Diese kommen vorwiegend aus dem Irak, dem Iran und der Türkei. Es ist allgemein bekannt, daß in ihren Herkunftsländern an ihnen als Kurden ein Völkermord verübt wird. So werden auch in der Türkei Menschen, die sich für einen unabhängigen kurdischen Staat einsetzen, verfolgt, bei Inhaftierung gefoltert und ganze Dörfer aus ihren alten Siedlungsgebieten vertrieben oder ermordet.

Das türkische Militär führt seit Jahren einen mörderischen Krieg gegen den kurdischen Befreiungskampf. Am 17. Oktober veröffentlichte die Zeitung "Özgür Gündem" eine Bildserie auf der gezeigt wurde, wie ein Mensch an einem Panzer mit einem Stahlseil angebunden und dann zu Tode geschleift wurde. Dieser Panzer stammt aus der Bundesrepublik! Die umfangreichen Waffenlieferungen der Bundesrepublik (siehe Tabelle) und die militärische Ausbildungshilfe ermöglichen es dem türkischen Regime, den Krieg gegen den kurdischen Befreiungskampf zu führen. Aufsummiert hat die Bundesrepublik der Türkei bisher Kriegsmaterial für einen Wert von über 5 Milliarden DM geliefert. Die Bundesrepublik ist damit direkt verantwortlich für die Schaffung von Fluchtgründen.

Liste der Waffen, die von der BRD aus ehemaligen NVA-Beständen an die Türkei bisher (Anfang November 1992) geliefert worden sind

Bezeichnung	Anzahl
Panzerfäuste (RPG 7)	5000
Panzerfäuste-Munition	250000
Kalaschnikow (7,62)	256125
7,62 mm Patronen M43's	100 Mio.
Lazarette für Verwundete	600
MGSMFK	2500
MGLMKW	2500
Minensuchgeräte KMIS	2500
Minensuchgeräte KPzT55	1
Helme	500000
MIW BTR-60 (Infanterie-Panzer)	300
Patronen für BTR 60's (14,5 mm)	30 Mio.
SGM (Magazine)	152 Mio.
Patronen für LMG's	132 Mio.
Militärlastwagen Typ Tatra	800
Öl-Transporter Typ Tatra	800
Feuerwehrwagen Typ Tatra	38
Wagen-Anhänger mit 4 Rädern	200
Kompasse	50000
Reinigungsstationen für chemisch verseuchte Kleidung ABS 30	10
Giftsäuberungsgeräte	21
Giftsäuberungsgeräte (für allg. Zwecke)	21
Nachtsichtgeräte für Kalaschnikow Typ MPNSF7	1000
Panzerfäuste Typ RPG 18	100000

Dessen nicht genug sind KurdInnen nach einem kurzzeitigen Abschiebestopp wieder vor erneuter Ausweisung betroffen. Auch in der BRD selbst erfolgt die Kriminalisierung hier lebender KurdInnen quasi stellvertretend für das türkische Regime.



Abschiebepraxis z. B. nach Rumänien

Alleine im Februar sind über 3000 Menschen über den Flughafen Schönefeld nach Rumänien abgeschoben worden. Grundlage hierfür bildet ein im November 92 in Kraft getretenes "Rückführungsabkommen". Als Gegenleistung erhielt die rumänische Regierung 30 Millionen DM. Besonders betroffen von diesen Abschiebungen sind viele Roma. Amnesty International stellte in einem Gutachten vom März 92 zur Situation der Roma fest: "... seit März 1990 eskaliert überall in Rumänien die Gewalt gegen diese Volksgruppe." Auch in der überregionalen Presse finden sich Berichte über Pogrome gegen Roma-Siedlungen in Rumänien - es kommt regelmäßig zu "Lynchjustiz unter Führung von Politikern und Popen" (Zeit 18.9.92).

Wie ist dies nun mit den Massenabschiebungen zu vereinbaren? Ganz einfach: Mitte September 92, fast zeitgleich mit der Verabschiedung des deutsch-rumänischen Abkommens, erschien eine Studie des "Bundesinstituts für osteuropäische Studien" über Roma in Rumänien. Schon in der Vorbemerkung heißt es von dem Verfasser, Wolf Oschliess, daß das Begehren der Roma nach politischem Asyl "zu hundert Prozent unbegründet" sei. Diese Studie wurde in einer Auflage "von mehr als 1000 Exemplaren ... an Ministerien, Politiker, Wissenschaftler und Journalisten verteilt" (Frankfurter Rundschau 28.10.92).

Dies ist ein Paradebeispiel, wie ein Land zum verfolgungsfreien Staat gemacht wird. Die Verantwortlichen für diese Deportationen lassen sich ihr Gewissen sauber schreiben: Ein entsprechendes Gutachten wird sich immer finden.

"Asylkompromiß" und deutsche Großmachtpolitik

"Die Deutschen investieren, die anderen parieren". Unter dieser Überschrift schreibt die Süddeutsche Zeitung vom 6/7.2.93, daß die außenpolitische Komponente des neuen Asylgesetzes fast vollständig vernachlässigt worden wäre. Mit dem "Asylkompromiß" hätten deutsche Politiker quer durch alle Parteien - zum ersten Mal seit mehr als 50 Jahren - nach Art einer Hegemonialmacht über die drei Nachbarstaaten (Polen, die Tschechische Republik und Österreich) verfügt. Sie wurden einseitig zu sicheren Drittstaaten erklärt. Dies geschah ohne Konsultationen und zumindestens teilweise gegen ihren Willen. Sie werden zu ausführenden Organen deutscher Interessenspolitik gemacht. die Bundesrepublik verschärft nicht nur damit seine Bestrebungen wieder zu einer Weltmacht heranzuwachsen: Die Tendenz in den osteuropäischen Ländern ihre wirtschaftliche Dominanz durchzusetzen, um "neue Lebensräume zu schaffen", geht einher mit dem öffentlich verkündeten Willen, sich auch auf militärischer Ebene wieder in das Weltgeschehen zurückzumelden. Wurde bereits während des Golfkriegs begonnen, militärische Einsätze zur Friedensschaffung zum legitimen Mittel zu erklären, ist u. a. während des Jugoslawienkriegs ein Konsens quer durch alle Parteien entstanden, der den Einsatz der Bundeswehr bei out-of-area Einsätzen rechtfertigt soll. "Es ginge um vitale wirtschaftliche Interessen der Industrienationen und nicht um Völkerrecht und UNO-Charta" sagte der deutsche EX-UNO Botschafter Arnold schon während des Golf-Krieges. So plant der deutsche Generalstab bereits seit einiger Zeit die Umstrukturierung der Bundeswehr zur Interventionsarmee, wenn auch, so ein Generalinspekteur kürzlich, die ideologische Vorbereitung der "Truppe" noch nicht abgeschlossen sei.

"Den Gürtel enger schnallen?"

Eine Auseinandersetzung mit rassistischer Gewalt und Hetze gegen hierhin Geflüchtete bzw. hier lebende Menschen wird oberflächlich bleiben, wenn nicht gleichzeitig die Funktion betrachtet wird, die die Pogromstimmung im letzten Jahr für die Regierungsparteien hatte; nämlich von Rezession und steigenden Arbeitslosenzahlen, also von sozialpolitischen Auseinandersetzungen abzulenken. Spätestens seit dem Frühjahr letzten Jahres ist deutlich, daß die sogenannte Wiedervereinigung und die Lasten der wirtschaftliche Krise in erheblichen Maß auf dem Rücken der Arbeitenden, Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen abge-

wälzt werden sollen. Kürzungen des Arbeitslosengeldes und der Sozialhilfe sowie z. B. die Streichung sämtlicher neu zu beantragender ABM-Stellen läuten eine weitere Etappe im Sozialabbau ein. Durch die Aushebelung der Tarifvereinbarungen mit den Metallern in den neuen Bundesländern sind erstmals seit 1928 weite Teile dieser Branche ohne geltenden Tarifvertrag. Damit sind betrieblichen Vereinbarungen ganz in der Tradition früh-kapitalistischer Methoden Tür und Tor geöffnet.

Gleichzeitig kommt ein Gesetz zum Tragen, das geltende Tarifvereinbarungen ad absurdum führt und die nationale Zugehörigkeit zum Ausgangspunkt sozialer Ungleichheit macht: der § 19 des Arbeitsförderungsgesetzes. Nach einem Ausführungserlaß aus dem Hause Blüm sollen auf den Arbeitsämtern Stellen vorrangig an Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit vermittelt werden. Desweiteren werden seit einiger Zeit quotierte Mengen an Saison- und VertragsarbeiterInnen über Sub-Unternehmen, überwiegend aus den osteuropäischen Ländern, nach dem Arbeitsrecht ihrer Herkunftsländer hier eingesetzt. Das bedeutet z. B. harte Arbeit bei einem Stundenlohn für 5 DM und weniger ohne rechtlichen Schutz. Eine Arbeitszeit von 45 Stunden und mehr an sechs bis sieben Tagen in der Woche und zwanghafter Unterbringung auf den Baustellen. Diese sollen nach dem "Parteien-Kompromiß" auf "100 000 pro Jahr begrenzt" (tsp 8.12.92) werden.

Gleichzeitig wurde zu den Aussiedlern vereinbart, daß "das Bundesverwaltungsamt ... künftig grundsätzlich pro Jahr nicht mehr Aufnahmebescheide, als Aussiedler im Durchschnitt der Jahr 1991 und 1992 zugezogen sind" (tsp 8.12.92) erteilt. Dies waren ca. 200000 Menschen.

Diese beiden Vereinbarungen im sogenannten Parteien-Kompromiß verdeutlichen: Die Aufnahmebereitschaft von Menschen in die Bundesrepublik orientiert sich ausschließlich:

- an Verwertungsinteressen für die Industrie (VertragsarbeiterInnen) oder

- am Nachweis deutscher Blut- und Kulturzugehöigkeit.

Was können wir tun?

Die Beseitigung des Rechts auf Asyl im Grundgesetz bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der Stimmen im Bundestag und im Bundesrat. Also sind die "Volksvertreter" auf allen Ebenen, z. B. auch die im Berliner Abgeordnetenhaus, zu fragen:

- wie sie diese Menschenverachtung mit ihren "christlichen", "sozialen" oder auch "liberalen" Grundsätzen vereinbaren? Oder haben sie diese durch REPublikanische ausgetauscht?

- mit welchen demokratischen Selbstverständnis werden sie diese Grundgesetzänderung beschließen? Mußten sie nicht am 8. November auf ihrer Kundgebung im Lustgarten feststellen, daß die Mehrheit der dort versammelten über 300000 Menschen für den Erhalt des Asylrechts demonstrierten!

Es ist wohl davon auszugehen, daß diese Änderung eine entsprechende Merheit findet. Damit verabschiedet sich die Bundesrepublik auch von einer der zentralen Erfahrungen und Grundsätze aus der Nazi-Diktatur: Wer Menschen einen Zufluchtsort verweigert ist direkt verantwortlich für Folter, Mord und Vernichtung!

Wir treten prinzipiell für die soziale und politische Gleichstellung aller hier lebenden und arbeitenden Menschen unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe und Herkunft ein.

Bleiberecht für alle Flüchtlinge!

Anerkennung sexistischer Gewalt gegen Frauen als Asylgrund!

Eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen!

Keine Grundgesetzänderung zur vollständigen Beseitigung des Asylrechts!

AKTIONSTAGE
gegen ABSCHOTTUNG
gegen ABSCHIEBUNGEN

Sa. den 20.3:
- 10.00 Uhr U-Bhf Turmstr.
Antifaschistischer Kiezspaziergang
- 11.00 Uhr Wilmersdorfer Str.
Straßenaktionstheater

Di. den 23.3:
-16.00 Uhr Müllerstr. U-Bhf, Wedding
Kundgebung vor der Berliner SPD-Zentrale
- 17.00 Uhr U-Bahn-Aktion

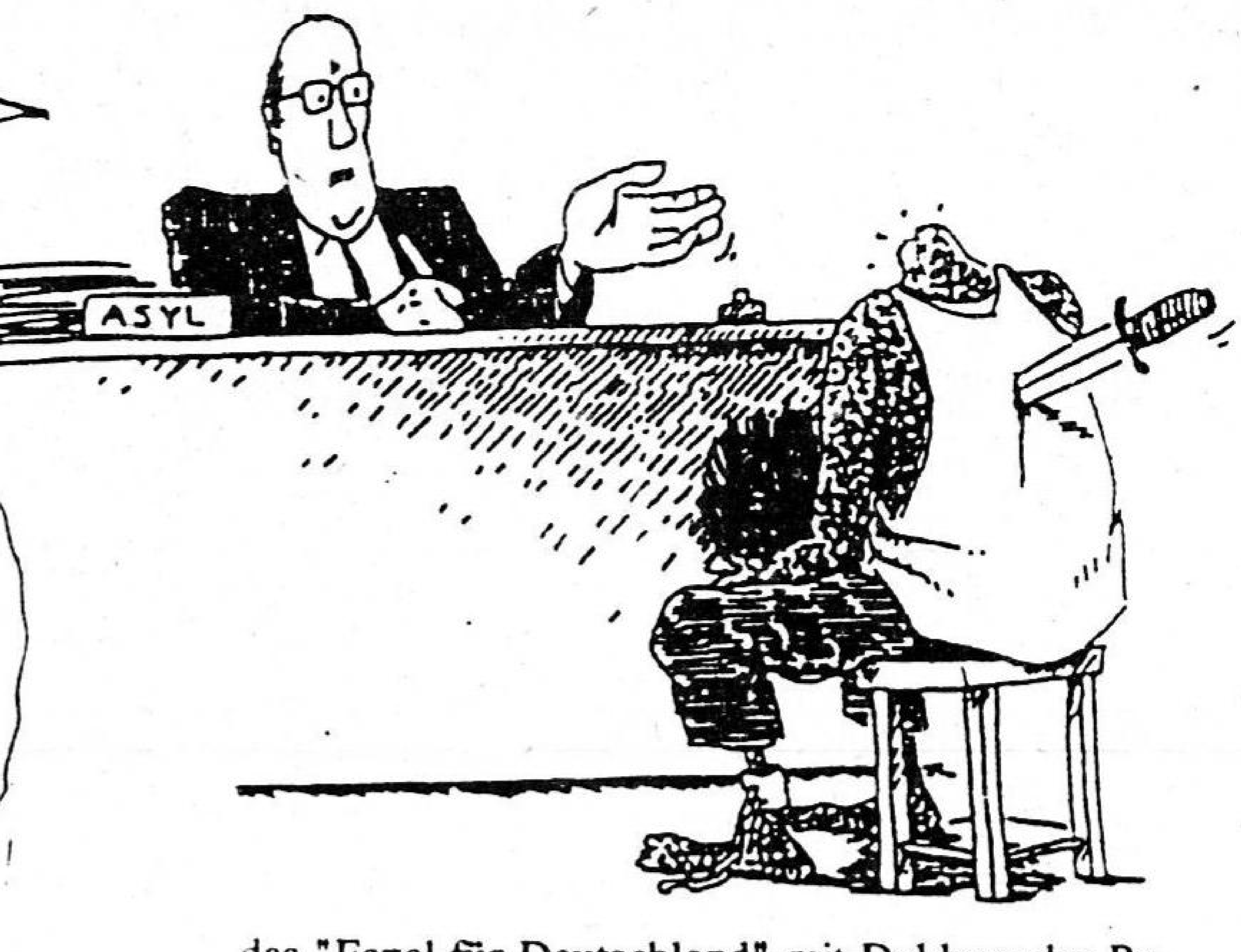
Fr. den 26.3.:
- 16.00 Uhr Hohenschönhausen
Hauptstr./Rhinstr. Kundgebung mit Straßentheater
- 16.00 Uhr U-Bhf Amrumer Str.
Kundgebung

Infotelefon: 251 22 77
Fr.+Sa 16-4h, So. 18-0h, Di+Mi 18-20h

"ASYL
- Artikel 16 -
nun mal langsam:

1. Wie sind Sie denn überhaupt hierher gekommen?

2. Politisch verfolgt ???
Wer behauptet denn das ?"



Zu 1.:

Die einzige Antwort, die der sogenannte Asylkompromiß, der in diesen Tagen im Bundestag diskutiert(?) wird, auf diese Frage zuläßt: Flucht auf dem direkten Luft- oder Schiffahrtsweg.

Denn der Grundgesetzartikel 16. erhält nach der CDU/CSU-SPD-FDP Vereinbarung den Zusatz: "Asylrecht genießt nicht, wer aus einem Mitgliedsstaat der Europäischen Gemeinschaft oder einem Drittstaat einreist, in dem die Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention sichergestellt ist." Als "sichere Drittstaaten" werden auf jeden Fall Polen, Österreich, die Schweiz und die ehemalige CSFR angesehen. Das heißt, daß mit diesem Zusatz zu Artikel 16 die Landesgrenzen der Bundesrepublik für Asylsuchende für immer und ewig geschlossen sind. Das Asylrecht ist damit, wie z. B. "Amnesty International" und der Hohe Flüchlingskommissar der UNO (UNHCR) festgestellt haben, faktisch beseitigt!

Zu 2.:

Sollte trotzdem ein Flüchtling hierher gelangen, so kann es sein, daß sein Herkunftsland unter den Staaten aufgezählt ist, nach denen per Gesetz in der Bundesrepublik "politische Verfolgung oder unmenschliche oder erniedrigende Betrafung oder Behandlung nicht stattfindet." Hier wird deutlich, daß der verbleibende Absatz 1 des Art. 16 - "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht" - noch einmal ad absurdum geführt wird.

Worin hier der heilig gesprochene Kompromiß in Dezember 92 liegen soll, wird ein ewiges Geheimnis bleiben. Die Rechtsextremen und Faschisten werten diesen "Kompromiß" als Erfolg der Straße, der in Hoyerswerda und Rostock errungen wurde. Und wie es vor der Öffentlichkeit nicht mehr zu verbergen war, konnte in Rostock das "Fanal für Deutschland" mit Duldung der Polizei-Einsatzleitung entflammt werden.

Die Anstifter des rassistischen Terrors haben bisher über 30 Tote in der Bundesrepublik zu verantworten!

Der "Asylkompromiß" treibt die Flüchlinge zu Tausende zurück in die Hände der Verfolger und vor die Füße ihrer Henker in aller Herren Länder!

ANTIFASCHISTISCHER WIDERSTAND GESTERN, HEUTE UND MORGEN

Antworten, Fragen und ein geschichtlicher Rückblick in einer Situation, in der die staatliche Politik der Isolierung und Entrechtung ausländischer Menschen und die verschärfte rassistische Gewalt, bishin zum Mord, Alltag ist.

Die Veranstaltung der Antifaschistischen Initiative Moabit findet statt: am Di. den 30.3. um 19.00 Uhr im Gemeindesaal der Heilandsgemeinde, Ottostr. 16 in Berlin 1/21



Kontakt: AIM, Postfach 210 235, 1/21

ViSdP.: M. Müller, Huttenstr. 15, 1/21

Kioske verklebt

Berlin. Aus Protest gegen den Verkauf rechtsextremer Zeitungen und Publikationen haben Unbekannte in der Nacht von Freitag auf Samstag in mehreren Ostberliner Bezirken die Schlösser von Zeitungskiosken verklebt. In einem anonymen Schreiben, das der taz zugestellt wurde, heißt es, damit solle der Verkauf „dieser Machwerke" verhindert werden. Die „Postdienst Service Gesellschaft" (PSG) waren gestern acht ihrer Verkaufsstellen bekannt, die Opfer des Anschlags wurden. Geschäftsführer Hans Oskar Zieschang erklärte, in der Vergangenheit hätten PSG-Verkaufstellen in den neuen Ländern Drohbriefe erhalten. Die Anschläge in Berlin seien die ersten dieser Art.

Verlagsauslieferung
42

Wir sind ein seit Sommer `92 bestehendes Kollektiv. Wir vertreiben Bücher aus dem alten "AurorA"-Programm und neuerdings auch englische Titel zu den Themen:

*Anarchismus
*Libertäre Pädagogik
*Internationalismus
*Soziale Bewegungen
*Politische Comix uvm.

Zusätzlich im Angebot:
T-Shirts * Aufnäher

Bei Interesse schicken wir Buch- und Infoläden gerne unseren Katalog zu.

Verlagsauslieferung 42
Kreutziger Str. 22
O-1035 Berlin
Tel:030-7853665 Anrufb.
Fax:030-5892116

Klirren gegen Olympia

■ Filialen der Berliner Bank als Ziel

Berlin. Offenbar aus Protest gegen die Olympiapläne des Senats sind in der Nacht zu Montag in mehreren Bezirken 28 Filialen der Berliner Bank beschädigt worden. In acht Zweigstellen – darunter vier in den Bezirken Neukölln, Pankow und Schöneberg – wurden nach Angaben der Polizei die Scheiben eingeworfen, bei den anderen die Türschlösser verklebt. Drei Männer im Alter zwischen 18 und 23 Jahren wurden nach Aussage eines Polizeisprechers auf „frischer Tat ertappt und festgenommen". Obwohl bis gestern noch keine Aussage der Beschuldigten vorlag, geht der Staatsschutz davon aus, daß die „Motivation der Anschläge im Zusammenhang mit Olympia 2000" zu sehen seien, so der Polizeisprecher weiter. Ein Bekennerschreiben sei bisher nicht eingegangen. **sev**

★ Gerda ist tot. ★

Gerda kämpte mehr als zwanzig Jahre in der autonomen Bewegung — viele kannten sie auch als Mutter von Annabelle und Adele.

Der Kampf geht weiter
Du bleibst in unserem Leben.

Einige Genossinnen und Genossen aus SO 36.

Die Urnenbeisetzung findet am 29. März 1993 um 12.30 Uhr auf dem Alten Jakobi Friedhof, Karl-Marx-Str. 4-10 (Hermannpl.) entsprechend ihrem Leben und Kampf statt.



JUGOSLAWIEN: DER KRIEG GEGEN DIE FRAUEN

aus der neuen radi!

(Quellen: verschiedene Aufrufe und Flugblätter zum Thema)

Zu allen Zeiten und in allen Kriegen wurden und werden Frauen vergewaltigt. Seit einigen Monaten sind Massenvergewaltigungen im Krieg um Bosnien-Herzegowina und die Existenz von serbisch kontrollierten Vergewaltigungslagern hierzulande bekannt geworden. In diesen Lagern werden Frauen, die den kriegsgegnerischen Parteien zugeordnet werden systematisch sexuell gefoltert, vergewaltigt und auch umgebracht.

Die antinationalistischen Feministinnen aus Kroatien und Slowenien kämpfen zur Zeit mit verschiedensten Mitteln gegen dieses Konzept und zusammen mit Frauen aus allen Teilen Ex-Jugoslawiens gegen die Vergewaltigungs- und Todeslager und für die Ahndung der Vergewaltigungen als Kriegsverbrechen. Ihnen gilt unsere ganze Solidarität.

Dieser Krieg gegen die Frauen ist keine "Nebenerscheinung" des Krieges im ehemaligen Jugoslawien, sondern ein wichtiges Element des Krieges. Sexistische Gewalt gegen Frauen ist Kriegsstrategie.

Auch Männer und Jungs werden in diesem Krieg vergewaltigt, aber nicht in dem Ausmaß und mit der Systematik wie Frauen und Mädchen.

Die Vergewaltigungen, die sexuelle Folter von Frauen ist im übertragenen Sinn ausgeführt an ihren "Besitzern", die Rache an der Frau ist gleichsam eine Botschaft von Mann zu Mann, von Krieger zu Krieger. Sie ist das Objekt für Sadismus, Demütigung und Zerstörung. Die Sexualität der Krieger ist nichts anderes als eine weitere Waffe.

Unabhängig von ihrer Ideologie und ihren sonstigen Zielen haben Soldaten in Kriegen Frauen und Mädchen vergewaltigt. Die deutschen Faschisten in den Ländern, die sie überfallen und besetzt hatten, die Yankees in Vietnam, die japanische Armee in Korea, die Rote Armee in Deutschland...

Frauen wurden in allen Armeen als Kriegsbeute und Racheobjekte angesehen.

Im Krieg um Ex-Jugoslawien wird immer deutlicher, wie jede Seite einen Parallel-Krieg gegen die Frauen führt. Auf der einen Seite die brutale sexuelle Folter bis hin zu Morden an Frauen und Mädchen der "kriegsgegnerischen Ethnie", auf der anderen Seite Konzepte der "ethnischen Erneuerung" für die "eigene Ethnie". Zum Beispiel die geplante "Demographische Erneuerung Kroatiens", einem kroatischen Gesetzesentwurf, der die Frau zur Gebärmaschine zwecks "Aufstockung der Ethnie" umfunktionalisieren soll. Darin wird Abtreibung verboten, jede Frau im reproduktionsfähigen Alter soll zum Gebären von 3-4 Kindern angehalten werden. Das Konzept trieft außerdem nur so vor nationalistischer Blut- und Bodenmentalität.

(Das vollständige Konzept finden interessierte Frauen in der Amazora Nr. 41, vom 29.1.93 abgedruckt.)

Die vergewaltigten Frauen in Bosnien werden hierzulande benutzt, um parteipolitische Süppchen zu kochen und Stimmung für eine Grundgesetzänderung in Richtung militärischer Intervention zu machen.

Das wiedervereinigte Deutschland soll "militärische Verantwortung" übernehmen bei der "Verteidigung von Menschen- und Selbstbestimmungsrechten".

Frauenschicksale werden zum Spielball, wo es in Wirklichkeit um die Neuaufteilung des ehemaligen Ost-Blocks und des Balkans im speziellen geht. Die deutsche Öffentlichkeit diskutiert erfolgversprechende Interventionsformen. Die etablierten Parteien diskutieren schon länger die Planung künftiger internationaler Interessensbündnisse, die Neubestimmung der Aufgaben der Bundeswehr, die über den Anlaß Jugoslawien hinausgeht. "Durch die Natoeinbindung war die Bundeswehr auf politisch und geographisch klar definierte Aufgaben beschränkt. Deutsche Interessen konnten nur durch Unterordnung unter Nato-Interessen, das heißt eingeschränkt durchgesetzt werden. Mit der 'Sinnkrise' der Nato, hervorgerufen durch das Verschwinden des sowjetischen Hauptfeindes, wurde das anders. Im sogenannten "Hardthöhenpapier" vom Januar '92 beschreibt die Bundeswehrführung die Aufgabe ihrer Truppe mit der 'Förderung und Absicherung weltweiter politischer, militärischer, wirtschaftlicher und ökologischer Stabilität'. In deutschem Interesse versteht sich." (Zitat aus einem Aufruf zu einer Veranstaltung in Berlin.)

Nicht diskutiert wird hingegen die Aufnahme aller von sexistischer Verfolgung und Vergewaltigung bedrohter Frauen und Mädchen. Noch immer ist dies kein anerkannter Asylgrund. Auch Frauen aus Bosnien, denen es gelungen ist, hierher zu flüchten und die dort von serbischen Soldaten vergewaltigt wurden, wird kein gesicherter Aufenthalt garantiert. Sie werden bestenfalls bis Kriegsende geduldet, obwohl ihnen dann erneut Verfolgung und Tod durch ihre eigenen Familien droht, weil ihnen oft die Schuld an den Vergewaltigungen gegeben wird und sie somit die "Ehre der Familie" beschmutzt haben.

Trotz aller Funktionalisierungen der betroffenen Frauen durch die BRD-Regierung, wehren wir uns dagegen, wenn Linke hierzulande versuchen, die Massenvergewaltigungen als Propagandalüge oder -übertreibung darzustellen und sich schwer tun, klare Positionen zu beziehen, weil sie meinen, damit den BRD-Interessen in die Hände zu spielen. Damit wird in Alt-Linker Manier patriarchale Unterdrückung zum Nebenwiderspruch erklärt und sich dabei noch das antiimperialistischer Mäntelchen umgehängt. Unser Blick auf die Geschehnisse unterscheidet sich da von dem einiger deutscher Antiimperialisten (und -Innen ?).

Zum Schluß lassen wir eine Feministin aus Jugoslawien zu Wort kommen. Der Vortrag, den wir in Auszügen abdrucken, wurde auf der Versammlung "Weibliche Solidarität für Frieden im jugoslawischen Raum" im Februar '92 in Venedig von Stasa Zajovic gehalten. An der Versammlung nahmen Frauen aus allen jugoslawischen Republiken außer Montenegro teil.

"Von der Frau, vor allem der Mutter erwarten die Nationalisten Loyalität gegenüber dem Vaterland. Der Patriotismus, den sie den Frauen abverlangen, meint nichts anderes als Loyalität gegenüber einem Staat des ethnischen Fundamentalismus. Würde ich mich als Frau dem beugen, käme das einer Unterwerfung gleich. Im Tausch für die Loyalität wird uns Schutz/Unterdrückung angeboten. Ihr Schutz heißt zu ihrer Bruderschaft zu gehören, das Recht auf Selbstbestimmung und auf ein solidarisches Verhältnis zu anderen Frauen zu negieren. Die patriarchalische Bruderschaft setzt sich aus verschiedenen Ethno-Fundamentalisten zusammen: schwachsinnigen und frustrierten Akademikern, Intellektuellen, sogenannten nationalen Arbeitern, Waffenbüdern. Ihnen allen voran der Staatschef. Einher mit ihrer brüderlichen Solidarität und Loyalität gegenüber dem Klan, Stamm oder dem ethnischen Staat geht die Gewalt, die Vergewaltigung der Frau aus der anderen Bruderschaft, als Form der Kriegstrophäe, der Rache oder des Hasses gegen den Feind, die Vergewaltigung der Frau im eigenen Haus als Form des Hasses gegen die Frauen allgemein.

Gegenüber solch einem Vaterland loyal zu sein bedeutet auch, die patriarchale Politik, die Frauen auf Grundlage der ethnischen Zugehörigkeit teilt, anzuerkennen. Prinzip der patriarchalen Bruderschaft ist auch die ethnische Ausgrenzung. Ich setze mich für die Solidarität zwischen den Frauen, gleich welcher ethnischen und religiösen Zugehörigkeit ein. Im Kriegsfall, so wie jetzt, definieren die Mitglieder einer Bruderschaft ihre eigene Gewalt als 'Verteidigungs- oder gerechten Krieg'. Ihre Nation/ihr Staat, als Verkörperung des Guten, wurde von der anderen, als der Verkörperung des Bösen, angegriffen.

`Schlecht' kann personifiziert werden über: ethnische, ideologische und sexuelle Manie, Frauen in Abhängigkeit von den Verhältnissen und Bedürfnissen. (...) Frauen haben oft Angst davor, ihre eigene Unloyalität und ihr Nichteinverständnis zum Ausdruck zu bringen, denn wenn sie es täten, würden Männer, aber auch Frauen, sie als Verräterinnen anprangern. (...)
Eines der beliebtesten Themen der nationalistischen Ideologie und des auf ihr begründeten Staates ist die Bedrohung der Nation und der nationalen Identität. Mit diesem Thema haben sich vor allem die beiden auf jugoslawischem Gebiet dominanten Nationen Serbien und Kroatien befasst. Ihre Feinde sind austauschbar, während sie selbst stets `gut' und die angegriffenen sind.
Ich persönlich habe mich nie in meiner Nationalität bedroht gefühlt, als Frau aber sehr wohl und zwar sowohl von Männern als auch von der Nation. Die Beteuerungen von Männern oder Frauen, sie fühlten sich national bedroht, und zwar in dem Staat, in dem `ihre Nation' dominant ist, haben schon immer mein Mißtrauen geweckt. Etwas völlig anderes ist es, wenn sich Angehörige ethnischer Minderheiten bedroht fühlen; sie in den zukünftigen ethno-fundamentalistischen Staaten tatsächlicher Unterdrückung ausgesetzt. (...)
Vor diesem Krieg waren die Mitglieder der patriarchalen Bruderschaft um die biologische Existenz besorgt und haben den Frauen das `Aussterben' der Nation vorgeworfen. (...) Auf dem jugoslawischen Gebiet gibt es verschiedene Traditionen und ethnische Besonderheiten, aber alle haben eins gemeinsam: Die Unterdrückung der Frau. In einigen Gebieten gehören Vertragsehe (Brautkauf), Ehrenkodex zu den Besonderheiten. Im Montenegrinischen Volksbrauch unterliegen die Frauen noch immer einem dreifachen Gehorsam: dem des Vaters, des Mannes und des Sohnes. (...) Die Erfahrung zeigt, daß die Mißachtung dieser Bräuche nicht allein moralische Sanktionen zufolge hat, sondern die Verbannung, nicht nur aus der Familie, sondern aus der Nation/dem Staat. Somit werden in diesem Krieg auch diejenigen Frauen als Verräterinnen bezeichnet, die in `unsauberen' ethnischen Ehen leben. Es ist unsinnig, die `relativen Vorzüge' der Volksbräuche einer Kultur gegenüber denen einer anderen hervorzuheben; das hieße behaupten, der eine Typ der Knechtschaft sei besser als der andere. Es würde bedeuten, sich die Logik der patriarchalen Bruderschaft zu eigen zu machen: meine Verschiedenheit ist deiner übergeordnet, der Brauch meiner Bruderschaft ist besser als der einer anderen. In der einen wie in der anderen Bruderschaft sind die Frauen unterdrückt. Die patriarchale Bruderschaft hat ein hierarchisches Verhältnis in Bezug auf Unterschiede und Unterscheidungen festgelegt, um die Frauen zu fragmentalisieren, eine patriarchalische Rivalität zwischen ihnen aufrecht zu erhalten. Inzwischen bemühen sich Feministinnen darum, die Frauen aller Kulturen, unter Beachtung ihrer Unterschiede, zusammenzuführen in der Erkenntnis der gemeinsamen Elemente der Unterdrückung, die die Frauen erdulden; sie bieten Unterstützung und Solidarität ohne Paternalismus (Bevormundung).
Ich denke, daß wir Frauen auf jugoslawischen Gebiet, unabhängig davon, in welchen Grenzen und Staaten wir leben, Grund und Bedarf genug haben, uns ein Netz der Solidarität, welches erhaben über diese Grenzen ist zu schaffen. Oder wie es die 'Frauen in Schwarz' aus Belgrad (Hauptstadt von Serbien) und Pancevo in ihrer öffentlichen Mitteilung geschrieben haben: `Wir bemühen uns noch weiter, mit unseren Freundinnen aus Kroatien, Slowenien, dem Kosovo, aus dem ganzen jugoslawischen Gebiet, Europa und der Welt noch stärkere und zärtlichere Verbindungen der Solidarität und Schwesterlichkeit zu schaffen'.
(Aus: Scheherazade, Newsletter No.3, Sept.'92)

einige Frauen aus der radikal

DOKUMENTATION EINES BRIEFES AN DIE ANTIFA-ZUSAMMENHÄNGE IN HALLE WEGEN DER GESCHEHNISSE WÄHREND DER ANTIFA-DEMO AM 15.8.92 IN HOF (siehe auch Interim Nr.218:"Wir Frauen pesten weiter.")

Die folgenden Zeilen sollten eigentlich schon viel eher an euch geschickt werden.Doch die erste Fassung erntete noch einiges an Kritik.So war sie z.B. einigen Leuten einfach zu oberflächlich und zu ungenau.Schließlich ging das Tippen und Verschicken noch einige Zeit im Alltagsgewusel unter,so daß ihr diese zweite Fassung über 4 Monate später als ursprünglich vorgesehen erhaltet.

Wir sind einige Leute aus Norddeutschland,welche die Gegendemo bzw.die geplanten antifaschistischen Gegenaktionen zum Rudolf-Heß-Gedenkmarsch am 15. [redacted] August 1992 mitvorbereitet haben.Dieser Brief bezieht sich noch einmal auf die Geschehnisse während der AntiFa-Demo in Hof,als einige Typen aus den AntiFa-Zusammenhängen Halle gegenüber dem vor innen gehenden FrauenLesbenblock den Spruch "Ob Ost-Ob West-Nieder mit der Frauenpest" brachten und dafür dann auch von Frauen aus der Demo rausgeschmissen wurden.Es geht uns darum,von euch (das heißt von den beteiligten Männern wie nach Möglichkeit auch von anderen Menschen aus den AntiFa-Zusammenhängen in Halle) eine Stellungnahme zu dem Vorfall zu bekommen.Wir wollen dabei auch,daß diese Auseinandersetzung öffentlich geführt wird.Deshalb werden wir diesen Brief in verschiedenen Szene-Blättern veröffentlichen.Außerdem wollen wir diese Auseinandersetzung nicht ausschließlich mit euch führen sondern mit nach Möglichkeit möglichst vielen Menschen aus den budesweiten AntiFa-Zusammenhängen.

Sicherlich ist dieser Vorfall kein Einzelfall.Er ist nur mal wieder ein weiteres von vielen Beispielen für die sexistischen und frauenfeindlichen Strukturen auch innerhalb der autonomem Szene.Gerade in den letzten Jahren haben in mehreren Städten Frauenzusammenhänge Fälle von Vergewaltigungen bzw.sexistischer Gewalt durch Typen aus der Szene öffentlich gemacht.Es kam an den meisten Orten zu heftigsten Diskussionen ,die jedenfalls nicht dazu geführt haben ,was eigentlich wünschenswert gewesen wäre:Nämlich,daß die Männer

innerhalb der autonomem Szene endlich anfangen ,sich mit ihren eigenen patriarchalen Verhaltens-und Denkweisen auseinandersetzen und versuchen,diese abzubauen.Realität bei den meisten Männern war eher Nichtverhalten und Ignoranz.Entsprechende Kritik wurde teilweise gar nicht an sich herangelassen bzw. wurden die Frauen zum Teil gar selbst verantwortlich gemacht für ihre auch innerhalb der Szene erfahrenen Unterdrückung.Am Ende verliessen viele Frauen die gemischten Zusammenhänge.

Sexismus/Patriarchat ,ist eine der Grundlagen weltweiter Ausbeutung und Unterdrückung.Derartige Strukturen bzw. die damit verbundenen Verhaltens-und Denkweisen gehören auch zu den grundlegenden Strukturen,die zum Faschismus führen.Da Antifaschismus heißt (bzw. heißen sollte),bei den Ursachen anzusetzen,ist der Kampf gegen Faschismus untrennbar vom Kampf gegen Sexismus/Patriarchat.

Und das heißt wiederum,als Mann bzw.Antifaschist (und selbsternannter Revolutionär) sich auch mit seinen eigenen Machtstrukturen,seinen eigenen sexistischen Denk-und Verhaltensweisen und Mackerverhalten auseinanderzusetzen. Gerade bei "Gegen-Nazis-Aktionen und Demos" tauchen derartige Verhaltensweisen besonders krass auf:Sei es z.B. in Form von Sprüchen,oder durch zunehmendes militaristisches Outfit,oder auch in Form einer "Mann gegen Mann-Mentalität".Wir halten Militanz auch weiterhin für ein notwendiges Mittel sowie wichtigen Ausdruck unseres Widerstandes,gerade auch gegen Faschos.Doch dadurch,daß insbesondere militante AntiFa-Aktionen durch völlig mackermäßiges Verhalten gekennzeichnet sind,haben viele Frauen (und auch einige Männer) mittlerweile keine Lust mehr ,sich an ihnen zu beteiligen.Es wird ihnen durch die Art und Weise ,in der diese Aktionen ablaufen,zunehmend unmöglich,sie mitzutragen.Teilweise nehmen Frauen nur noch dann an AntiFa-Aktionen teil, wenn es auch einen FrauenLesbenblock gibt.

Aber solche Aktionen (wie auch Andere) lassen sich nicht von einer Auseinandersetzung mit Sexismus/Patriarchat trennen.

Desweiteren heißt es aber auch,sich zu entsprechenden Vorfällen von sexistischer Gewalt (wie eben auch der obengenannte Spruch auf der AntiFa-Demo in Hof) zu verhalten.Leider ist die Realität aber auch hier so,daß es zu Reaktionen von Typen auf derartige Vorfälle so gut wie nie kommt,daß es meistens ausschließlich Frauen sind ,die reagieren (wie eben auch in Hof).

Wir als ein Teil des damaligen Vorbereitungskreises sind jedenfalls nicht bereit ,mit entsprechenden Sexisten auch weiterhin zusammenzuarbeiten.Zumindest nicht solange,bis nicht in irgendeiner Form eine Auseinandersetzung über oben genannte Machtstrukturen zu erkennen ist,und zwar eine Auseunandersetzung, die zu Veränderungen geführt hat.

Klar gibt es auch noch andere Machtstrukturen (Rassismen,Konkurrenzverhalten,Leistungsdenken,etc...)in unserer Szene ,mit denen wir uns genauso auseinandersetzen müssen.Und wir werden sie sicherlich auch nicht von heute auf morgen abbauen können.Dafür ist eine lange und kontinuierliche Auseindersetzung nötig.Nur wenn Männer als Antifaschisten glaubwürdig sein wollen,wenn wir überhaupt irgendwann mal wieder einen Schritt nach Vorne in Richtung herrschaftsfreier Utopie machen wollen,werden Typen um diese Auseinandersetzung nicht herumkommen.

einige Menschen aus dem Wunsiedel'92-Vorbereitungskreis

Leserinnenbrief an die in der Wolke...(Nr.226)

Es ist ja ehrenwert, daß ihr euch mit der feministischen Diskussion auseinandersetzen wollt.

Nur, irgendwie habt ihr schon die allererste Lektion versäumt: FrauenLesben wahrzunehmen und nicht einfach unter eure Vorstellungen zu subsumieren.

Es hat keine "RZ-Kampagne gegen das Adler-Unternehmen gegeben.

Was es gegeben hat, waren viele öffentliche Aktionen und Veranstaltungen von FrauenLesben und Anschläge der FrauenLesben von der Roten Zora und den Amazonen.



Am Tag X wird die Änderung des Art.16 GG und die Einführung von Art.16 a GG von den Parteien (CDU/CSU, FDP, SPD) in 2. und 3. Lesung beschlossen (voraussichtlich nicht vor der 2. Märzwoche).

Durch diesen sogenannten "Asylkompromiß" wird das Grundrecht auf politisches Asyl so gut wie abgeschafft, da Menschen auf der Flucht nur in dem Land Asyl beantragen konnen, welches sie zuerst betreten haben und welches scheinheilig als sogenanntes "sicheres Drittland" bezeichnet wird.
Ein deutsches Bundesgesetz soll festlegen, welche Länder als "sichere Drittstaaten" anzusehen sind. Bei CDU/CSU, FDP und SPD besteht bereits Einigkeit darüber, daß dies neben den EG-Mitgliedsstaaten für Polen, die CSFR, Österreich und die Schweiz gelten soll und die CDU/CSU und die FDU ordnen zudem auch die Slowakei, Ungarn und die skandinavischen Staaten als "sichere Drittstaaten" ein.
Nach diesen Festlegungen ist die BRD ausschließlich von solchen "sicheren Drittländern" umgeben und es kann hier nur noch Asyl beantragen, wer/welche per Flugzeug in die BRD gelangt ist.

Zudem sieht der neu geplante Art.16 a GG vor, daß Menschen auf der Flucht nur dann Asyl in der BRD beantragen können, wenn sie nicht aus einem sogenannten "sicheren Herkunftsstaat" kommen, da in diesen, von der BRD festgelegten Ländern, eine politische Verfolgung angeblich nicht stattfindet. Zu diesen Ländern zählen Bulgarien, Rumänien, Ghana und Indien, obwohl in den vergangenen Jahren AsylbewerberInnen aus Bulgarien, Rumänien und Ghana in der BRD als politisch verfolgt und daher als asylberechtigt anerkannt worden sind und Indien u.a. von der Menschenrechtsorganisation amnesty international eindeutig als Verfolgerstaat eingestuft wird.
Menschen, die aus diesen Ländern flüchten, gelten in der BRD mit der Änderung des Art.16 GG und der Einführung des Art.16 a GG also nicht mehr als schutzbedürftig und werden, sofern sie überhaupt die finanziellen Kosten für ein Flugticket aufbringen konnten auf den Flughäfen u.a. vom Bundesgrenzschutz abgefangen und die entsprechenden Fluggesellschaften, die Flugtickets ohne eine Visavorlage verkauft haben, mit harten Sanktionen belegt.
Für Frauen und Lesben ist es auf Grund der HERRschenden patriachalen Gesellschaftsstrukturen in ihren Herkunftsländern nur selten möglich, allein zu flüchten, oft sind sie auf ihrer Flucht Folter und Vergewaltigung ausgesetzt. Zumal es für sie auf Grund ihrer ökonomischen Lage noch schwieriger ist die hohen Flugkosten zu bezahlen.

Aber auch hier in der BRD wird Menschen, die Asyl beantragen, ihr Leben so schwer wie möglich gemacht; für Frauen und Lesben wird es hier fast unmöglich.

Beispiele hierfür sind:

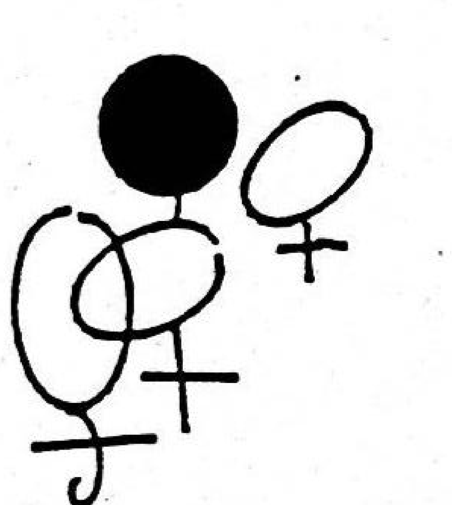
- Nichtanerkennung von sexueller und heterosexistischer Verfolgung als Asylgrund
- Nachweispflicht von Arbeit und "ausreichendem" Wohnraum
- an den Ehemann gekoppeltes Asylrecht
- aufgezwungene Lebensmittelmarken
- Einschränkung von politischer Betätigung
- sexuelle Gewalt gegen Frauen und Lesben in den sogenannten "Flüchtlingsheimen und Sammellagern"

Dies alles findet auf dem Hintergrund tagtäglicher faschistischer Überfälle und menschenverachtender Medienhetze gegen Menschen aus anderen Ländern unter der Zustimmung von Bevölkerung und Parteien statt.

Alle Frauen und Lesben, die an der Blockade des Bundestages in Bonn am Tag X, wenn die Änderung des Grundrechts auf politisches Asyl beschlossen wird, teilnehmen wollen, fordern wir auf, sich in Bonn am Sammelpunkt Theodor-Heuss-Straße zu treffen, um dann zu einem gemeinsamen Blockadetreffpunkt zu gehen.
Ob wir FrauenLesben dann eine eigene Blockade bilden oder nur einen Block in einer gemischten Blockade, hängt von unserer Stärke ab.
Also kommt alle !!!

FRAUENLESBEN fordern:

- Keine Änderung des Artikel 16 Grundgesetzes
- Keine Eingriffe in die persönliche Freiheit von Menschen aus anderen Ländern
- Sofortige Anerkennung von sexueller und heterosexistischer Verfolgung als Asylgrund
- Eigenständiges und unbefristetes Aufenthaltsrecht für Frauen und Lesben
- Abschaffung aller Sammellager
- Bleiberecht für alle, die hier leben wollen
- Keine Mauer um die BRD und Europa



MIETERINNENKAMPF IM WALDEKIEZ

Die Vertreibung von Mietern und MieterInnen aus billigem Wohnraum, aus Fabriketagen und Ladenwohnungen findet täglich in Kreuzberg ohne großes Aufsehen statt. Die einen verdienen, die anderen werden vertrieben.
Beispielhaften Einblick in die Gedankenwelt der Planer und Absahner bietet ein Brief des Sanierungsarchitekten Bernd Sauer/Büro Vorsprung, Oranienstr. 37, an einen von Vertreibung bedrohten Mieter in der Waldemarstr. 33.
In den Fabriketagen der Walde 33 wurde seit Anfang der 70ziger Jahre in einer wechselvollen Geschichte versucht, leben, lieben, lachen, kämpfen und arbeiten in Großkommunen und Wgs inklusive Werkstatt- und Theaterräumen zu verbinden.
In einem anderen Fabrikgebäude in der Schinkestr. 8/9 lebten damals auch ettliche linksradikale Wohngemeinschaften. Dort wohnten auch Bernd Sauer und Koller alias Lope.
Koller, angefangen als Metallwerkstattkollektivist, besitzt mittlerweile eine große Bauschlosserei in der Waldemarstr. 33, in der er sein Geld mit billigen polnischen Arbeitern macht, die so gut floriert, daß er 1988/89 kurz davor stand, den gesamten Komplex Walde 33 zu kaufen. Die "Wende" kam ihm dazwischen. Seit über drei Jahren betreibt nun die GSG als Besitzerin des Hauses die Sanierung der lukrativ gewordenen Fabriketagen. Beauftragt wurde damit Architekt Bernd Sauer, ist er doch als "alter Kreuzberger Linker" mit Szeneintimkenntnissen bestens geeignet, dieses sicher nicht ganz einfache Sanierungsprojekt durchzuziehen. Erfahrungen hatte die GSG mit Sauer schon als Architekt bei der Sanierung des ehemals besetzten Hauses Oranienstr. 45 gemacht. Als sogenanntes Fettauge auf der alten Besetzersuppe betreibt Sauer besonders aktiv die Vertreibung der MieterInnen in der Walde 33. Briefe belegen, daß Sauer hartnäckig die GSG aufgefordert hatte, endlich die Mieterinnen rauszuschmeißen, die den Baumaßnahmen noch im Wege sind. Rechtlich hatte die GSG bisher damit noch keinen Erfolg. Jetzt kündigt Sauer den verbliebenen MieterInnen im 4. Stock an, ihnen regelrecht das Dach überm Kopf wegzureißen (siehe Brief). Im Sommer 1990 war merkwürdigerweise der Dachboden genau über dieser 4. Etage nachts durch eindeutige Brandstiftung in Flammen aufgegangen und in den darunter befindlichen Wohnraum gestürzt.
Daß die GSG und Sauer seit dem Immobilienboom der "Wende" nichts von MieterInnenversammlungen halten, haben diese durch eindeutige Erklärungen deutlich gemacht. Es gab im Mieterladen Waldemarstr. diverse Versammlungen der betroffenen MieterInnen. Die GSG war dort und auch auf eine Sitzung der Erneuerungskommission zu diesem Thema stets eingeladen worden. Nie waren sie gesehen.
Nun, wie die Geschichte zu Ende geht, ist offen. Der zweite Prozeßtermin gegen die Kündigung einer Fabrikwohnetage der Walde 33 ist am 28. April im Amtsgericht Kreuzberg um 9.30 Uhr. Jedenfalls werden sich die wenigen verbliebenen BewohnerInnen in der Walde 33 nicht so schnell aus ihren langjährigen Wohn-und Lebensräumen vertreiben lassen. Für phantasievolle Unterstützung wird gedankt.

p.s. der beiliegende brief ist wirklich kein gag der walde-bewohnerinnen, sondern stammt von dem Architekten Sauer.

Informations- und Aktionsstelle zur Totalverweigerung Berlin (W) - IAT
...mannstraße 2a • 1000 Berlin (W) 61


Bürozeit: Fr. 17⁰⁰ - 20⁰⁰

Hallo Leute,

wir veranstalten am 27. und 28. März 1993 ein gemeinsames Wochenende zum Thema Antimilitarismus und Totalverweigerung! Ziel ist es dabei, daß sich interessierte Leute kennenlernen – auch solche, die sich mit diesem Thema noch nicht oder nur wenig auseinandergesetzt haben. Mögliche Diskussionsthemen könnten sein und sind von uns vorbereitet: Jugoslawien-Konflikt, Rüstungsexporte, Geschichte des Antimilitarismus und Knast (ehemalige Knackis werden anwesend sein). Der Verlauf des Wochenendes ist jedoch von Euren Interessen abhängig.

Ort des Geschehens ist ein schön gelegenes Tagungshaus in Albrechts-Teerofen (Anreise s. unten). Da wir uns selbst verpflegen und wissen wollen, was wir einzukaufen haben (totes Tier muß selber mitgebracht werden), solltet Ihr Euch bei uns spätestens bis zum 20. März schriftlich anmelden. Der Spaß, den wir hoffentlich haben werden, wird ca. 10,— DM kosten; das Essen ist darin noch nicht enthalten.

Da wir noch nicht wissen, ob wir das Gelände nicht schon ab Freitag Nachmittag (26. März) nutzen können, solltet Ihr einfach zu unseren Bürozeiten nochmal vorbeikommen oder anrufen.



Zum Verhalten der SO36-Leute nach dem Slime-Konzert vom Freitag, den 12.3.93 fällt uns nix anderes mehr ein:

Ihre kulturellen Aktivitaeten unterscheiden sich nicht von der kapitalistischen Todeskultur: Solidaritaetsthemen. Wo sind die Unterschiede zur Kudammdisco?

- Kiezdiscos mit beliebigen Hardcorekonzerte, bei denen Rebellion nur noch Pose ist

- immer wieder Strassenfeste, die sich ueberwiegend durch Rumhaengen und Saufen auszeichnen. Jugendliche, die diese Oede mit Angriffen auf die Bullen durchbrechen, werden zu Stoerenfrieden erklaert.

In ihrer Erstarrung ist diese Kultur zu Staetten der Pseudokommunikation verkommen. Dort finden sich die gleichen Verhaltensmuster wieder, die die Szene sonst arrogant den "Normalos" vorwirft und damit ihre Abgrenzung zu unserer Klasse rechtfertigt. In ihrem Stillstand wurde die Szene wieder vom alten Dreck eingeholt.

Achtung!!! Warnung!!!

Es läuft ein Typ in Kneipen, Restaurants, etc. (bisher ist uns nur von Kreuzberg bekannt) herum und sammelt Geld im Namen von Antifas aus 36, 65 und F'hain. Unter anderem fiel dabei auch der Name des Antifa-Cafes Wedding. Er behauptet auf Nachfrage, das Geld wäre für Antifa-Aktionen in Cottbus gegen diverse DA-Treffen, die sich dort unter neuem Namen wieder organisieren würden. Er verteilt dabei die bekannten, auch als Plakate geklebten, Flugis mit der unvollständigen Chronik faschistischer Morde.

Wir möchten betonen, daß der Typ nicht von uns ist und wir auch von anderen Antifas aus den entsprechenden Stadtteilen gehört haben, daß der Typ nicht für sie sammelt. Uns ist z. Zt. überhaupt keine Antifa-Gruppe in der Stadt bekannt, die auf diese Art und Weise Geld sammelt. Es ist ziemlich sicher, daß er das Geld in seine eigene Tasche steckt und mit der Betroffenheitsmasche, die z. Zt. wohl gut läuft, Leute abzockt.

Wir wollen euch deshalb davor warnen, dem Typen Geld zu geben. Gebt diese Info auch an andere Leute weiter und warnt sie davor, ihm Knete zu geben, insbesondere wenn er gerade in diversen Lokalen auftritt.

Wenn ihr weitere Infos zu diesem Typen oder anderen habt, die im Namen von Antifa-Gruppen Geld sammeln, dann laßt uns diese bitte zukommen.

Antifa-Cafe Wedding, in der Putte, Osloer Str. 12, 1/65
jeden 1. und 3. Sonntag im Monat ab 17 Uhr

STOPPT DIE NAZIZEITUNGEN !!!

Ein Schritt gegen die Hetze der Faschisten

"Deutschland in Gefahr - "Rechter Terror"-eine Lüge?" - Antideutsche Lichterkette...."
So lauten die Schlagzeilen auf der Titelseite der "Nationalzeitung" vom 5.3.93.
Weiter wird ausgeführt:
"...Insbesondere auch durch die sogenannten Lichterketten wird vor allem im Ausland der völlig falsche Eindruck erweckt, es gäbe in Deutschland Ausländerfeindlichkeit. ...In Wahrheit werden wenige tausend Irrenhausreife Kriminelle durch eine sich übersteigernde Medien-Hysterie zu Straftaten veranlaßt,..."

Im Innenteil wird dann jedem Leser kostenlos der, meist von rechtsradikalen Schlägern getragene, Aufnäher "Ich bin stolz - Deutscher zu sein" angeboten.
Der *Deutsche Buchdienst*, der die Zeitung vertreibt, wirbt weiterhin für Reichskriegsflaggen, sowie diverse Videos (Die Waffen-SS, 3.SS-Panzerdivision Totenkopf, Die 12. SS-Panzerdivision Hitlerjugend, Der große dt. Spionagefilm von 1940, Riefenstahls Olympia 1936), Schallplatten und Bücher (Deutschenhass, Die Wurzeln des Antigermanismus, Wie Deutschland in den 2.Weltkrieg getrieben wurde von I. Irving, Er war mein Chef, Hitlers Sekretärin 1933-45 berichtet).

Antifaschistische Aufklärung wird, selbst wenn sie von der SPD kommt, als *"Hitleritis"* und *"Nazimania"* abgetan.

Also: Die Wahrheit ist lt. Nationalzeitung und Deutscher Wochenzeitung:
Es gibt keine Ausländerfeindlichkeit in Deutschland, Hitler war ein guter Junge mit schlechten Beratern, die Briten, die Polen und natürlich die SU haben den 2. Weltkrieg entfacht um dem armen Deutschland noch mehr Land zu rauben und die Gaskammern in Auschwitz sind Attrappen; Schuld an Wohnungsnot, Umweltzerstörung, neuen Steuern und allen anderen Übeln sind die Ausländer und Asylanten, die Nicht-Deutschen, die Verschwörer und Verräter...

Der *Deutsche Standpunkt* sattelt da noch einen drauf: *"Manchmal wünschte man diesen Kreaturen schon, sie gerieten in eine Gruppe "geladener" Arbeiter, die es ihnen gehörig heimzahlen für den Gestank und Dreck, den dieses Pack ihnen überall aufhalst. ..." "Es können auch Skins zu unseren Versammlungen kommen..."*

Bei der Propagierung solcher "Wahrheiten" und derartiger Lösungsmöglichkeiten, werden die Grenzen von Meinungsfreiheit und Toleranz weit überschritten. Gruppierungen, die den Massenmord der Nationalsozialisten verharmlosen, relativieren oder gar leugnen, die die Kriegsverbrechen abstreiten und den Haß auf Flüchtlinge, MigrantInnen und alle anderen, die nicht ins Bild der angepaßten, weißen Deutschen passen, weiter schüren, werden wir nicht tolerieren. Gruppierungen, die darauf hinarbeiten eine neue diktatorische Gesellschaftsordnung zu errichten, haben in unseren Augen kein Recht und keinen Anspruch auf Toleranz und Meinungsfreiheit.

Um dies zu verdeutlichen und um den Verkauf dieser Machwerke zu behindern, haben wir in der Nacht vom 11. auf den 12.3.93 die Türen von Zeitungskiosken in unter anderem den Bezirken Hohenschönhausen, Prenzlauerberg, Lichtenberg, Friedrichshain und Marzahn, verklebt und kurze, aber klebrige Begründungen hinterlassen. Die Kioske werden hauptsächlich von den Firmen PSG und Wolff betrieben.

Unsere Aktion ist Teil einer Kampagne gegen Nazizeitungen. Im Rahmen dieser gehen unterschiedliche Menschen auf verschiedene Weisen gegen die Verbreitung dieser Zeitungen vor. Gespräche mit KioskbesitzerInnen und VerkäuferInnen wurden und werden geführt, Berge von Zeitungen an den Kiosken abtransportiert und auch Aktionen, wie diese gemacht. Die Kampagne konnte schon diverse Erfolge verbuchen: Es wurde die Existenz dieser Zeitungen angeprangert und eine Diskussion über faschistische Propaganda und ihre Folgen angeregt. Einige KioskbesitzerInnen haben sich daraufhin solidarisiert und die Zeitungen aus dem Sortiment genommen, andere wurden durch permanentes Verschwinden der, nicht ganz billigen, Blätter dazu gezwungen, diese zumindest aus den Auslagen zu nehmen....
Unser Ziel ist es den Verkauf dieser Machwerke, sowohl auf, als auch unter dem Ladentisch zu verhindern. Wir sind optimistisch dieses Ziel auch zu erreichen.

Wir wollen ein Leben ohne HERRschaft und Unterdrückung und keine Gesellschaft in der Gewalt, Überwachung und Repression alltäglich ist und die zur Bedrohung für andere Völker wird.
Deshalb:

Kampf dem Faschismus an jedem Ort!

Berlin, März 1993

Anhang:
In dieser Begründung haben wir uns nur auf drei Zeitungen bezogen, deshalb hier noch eine vollständige Liste der Zeitungen, um die es geht:

•*Deutsche Wochenzeitung*
•*Deutsche Nationalzeitung*
beide erscheinen wöchentlich und werden von dem *DVU-Vorsitzenden*, Verleger und Großkapitalisten *Gerhard Frey* herausgegeben und an vielen Kiosken verkauft

•*Deutscher Standpunkt*
erscheint monatlich und wird von dem ehemaligen *FAP-Bundesvorsitzenden Martin Pape* gemacht; der *DS* ist teuer, extrem schlecht aufgemacht und ist sprachlich und inhaltlich auf einem Niveau, das noch um etliches unter dem eines durchschnittlichen rechtsradikalen Stammtischgespräches nach 23 Uhr liegen dürfte.

•*Deutsche Stimme*
Monatszeitung der *NPD*

•*Junge Freiheit*
Monatszeitung der Neurechten, Chefredakteur ist *Dieter Stein*, Mitarbeiter sind u.a. *Stefan Ulbrich* (*Ex-Wikingjugend*), *Michael Krämer* (*ehem. FAP-Funktionär*) und *Charsten Pagel* (*Ex-REP-Chef von Berlin*, Mitmacher bei der rechtsradikalen *Deutschen Liga für Volk und Heimat*)
Die *JF* versucht sich seriös zu geben und bezeichnet sich selbst als nationalkonservativ. Teilweise bekommt diese Fassade jedoch unschöne Risse, so z.B. bei Artikeln, in denen die faschistische, kroatische Ustascha reingewaschen wird. Besonders im Kleinanzeigenteil zeigt sich die Bindefunktion der *JF* zwischen schlagenden Studentenverbindungen, dem Deutschlandforum der CDU, offenen Sexisten, rechtsradikalen Rassisten (z.B. Verkauf der Broschüre *"Ausländerintegration ist Völkermord"*)....

•*Criticon*
Monatszeitschrift aus dem Spektrum der "Neuen Rechten"

In Anlage: Kopie des Briefes an die Händler

VORSICHT "ANTI-ANTIFA" !!!

MITGLIED DER FAP

BIEDERT SICH ANTIFASCHISTISCHEN ZUSAMMENHÄNGEN AN !

In den letzten Wochen versuchte die FAP eines ihrer Mitglieder in antirassistische/antifaschistische Zusammenhänge in Frankfurt und Aschaffenburg einzuschleusen.
Ihr Name ist **Inger Preßmar**, sie ist 21 Jahre alt und wohnt in Langen.

Was gelaufen ist:

Mitte Januar bot sich Inger Preßmar verschiedenen Antifa-Telefonen als Informantin über ein angebliches Treffen des im Raum Aschaffenburg aktiven neofaschistischen Deutschen Freundeskreis am 23.1.93 an. Zu diesem Zweck brachte sie, zusammen mit ihrem Auftraggeber **Falco Schüßler**, einen "Antifa-Rundbrief" in Umlauf, der mit "Autonome AntifaschistInnen Aschaffenburg" unterzeichnet war. In diesem Schreiben wurde dazu aufgerufen, an besagten Tag die Wohnung von Falco Schüßler zu blockieren.
Schüßler verfaßte zudem eine fingierte Einladung der FAP zu diesem Treffen, welche von Preßmar antifaschistischen Zusammenhängen "zugespielt" wurde.
Dieses Treffen fand nicht statt, es war auch nie geplant gewesen. Da die Sache jedoch von Anfang an zum Himmel stank, waren keine AntifaschistInnen vor Ort. Die einzigste Person, die da war, war Inger Preßmar.
Ob es sich bei dieser Täuschung "nur" um ein Ablenkungsmanöver von dem FAP-Landesparteitag am 30.1.93 in Aschaffenburg oder um eine tatsächliche Falle handelte, wissen wir nicht genau.


Inger Preßmar

Bei einer Kontaktaufnahme mit AntifaschistInnen in Frankfurt gab sich Inger Preßmar als ausstiegswilliges Mitglied der FAP aus und bot sich generell als Informantin an.
Am 30.1.93 tauchte sie -ausgestattet mit einem Tonbandgerät- auf der antifaschistischen Demo gegen den FAP-Landesparteitag auf. Ihr wurde nahegelegt, die Demo zu verlassen. Daraufhin nahm sie am Landesparteitag teil.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt war klar, daß Inger Preßmar für die Faschisten arbeitet. Wir können auch nicht mit Sicherheit ausschließen, daß die Bullen ihre Finger im Spiel haben. Wir haben die Sache jedoch nicht sofort öffentlich gemacht und uns zum Schein auf weitere Angebote von ihr eingelassen, um weitere Erkenntnisse über die Vorgehensweise und die Struktur der Faschisten zu erlangen. Dies ist uns zum Teil auch gelungen.
Wir haben jedoch 100% darauf geachtet, daß antifaschistische Zusammenhänge nicht gefährdet werden.

Anhand ihrer Vorgehensweise, ihrer Lügen und der zahlreichen, eklakanten Widerspüche in ihrem Verhalten und in ihren Worten besteht

KEIN ZWEIFEL AN DER ROLLE DER INGER PREßMAR

So dreist, so plump und leicht durchschaubar dieser Plan der Faschisten auf dem ersten Blick erscheinen mag, so überlegt war auch die Herangehensweise von Schüßler und seinen Leuten in manchen Punkten. Es gibt kaum einen Zweifel daran, daß sich die Neonazis in letzter Zeit verstärkt mit antifaschistischen Diskussionen und Strukturen beschäftigen, um daraufhin ihr Vorgehen abzustimmen.

Erhöhte Vorsicht ist also weiterhin geboten! Es besteht jedoch kein Anlaß zur Beunruhigung und für Spekulationen, da die Faschisten in diesem Fall keine verwertbaren Informationen über Antifa-Zusammenhänge und Personen erlangen konnten.

Inger Preßmar
geboren am 19.09.1971, wohnhaft in der Annastr 37 in Langen, 1,64 m groß, blaue Augen. Preßmar ist seit mindestens Anfang 1987 aktiv, sie gehörte in den folgenden Jahren zum Führungskader der GdNF in Frankfurt/Langen und zum Führungskreis der Deutschen Frauen Front. Bereits 1987 gehörte die damals 16-jährige zum Kader- und Theoriezirkel der hiesigen GdNF, dem "Frankfurter Freundeskreis Germania". 1987 verlobte sie sich mit dem Oberfascho Wolfgang Hess und bewohnte zusammen mit ihm und mit Michael Kühnen das Haus Lupinenweg 37 ("Höllenhaus") in Frankfurt. Nach eigenen Angaben wurde Preßmar im Oktober 1992 aus der Kameradschaft Frankfurt der GdNF ausgeschlossen, seitdem unterhält sie intensive Kontakte zur Führung der FAP Hessen und zur FAP Bayern.



Falco Schüßler
geboren am 08.07.1966, wohnhaft Kauschrüben 1a, Großostheim.
Schüßler zählt seit Jahren zum Kader der FAP in Deutschland und ist FAP-Landesvorsitzender Bayern. Die Aschaffenburger FAP, die von ihm aufgebaut wurde und angeführt wird, zählt zu den aktivesten Kameradschaften in Deutschland. Bekannt ist sie vor allem durch ihre Gewalttätigkeit, viele Angriffe auf Jugendliche, Linke und AusländerInnen gehen auf das Konto der Gruppe um Schüßler. Erst am 9.1.93 wurden drei Antifaschisten in Frankfurt von Skinheads der FAP-Aschaffenburg in den winterkalten Main getrieben und mit Steinen beworfen. Sie überlebten nur knapp. Schüßler selbst ist vorbestraft unter anderem wegen Waffen, Wehrsport und Propaganda für die NSDAP/AO. Er ist einer der Angeklagten im Stuttgarter "ANS/NA-Prozeß", in dem ausschließlich Führungspersonen der deutschen Neonazis wegen Weiterführung der verbotenen ANS/NA vor Gericht stehen.



Wir halten es nicht für ausgeschlossen, daß Inger Preßmar weiterhin versuchen könnte, an Antifas ranzukommen oder an Antifa-Demos teilzunehmen. Wir halten es auch für durchaus denkbar, daß sie weiterhin dreist auf ihrer Rolle als "Aussteigerin" besteht und sich als "völlig mißverstanden" hinstellt.
Wir haben -trotz der eindeutigen Fakten- Inger Preßmar noch mehr als eine Gelegenheit gegeben, sich glaubwürdig zu machen. Sie hat diese nicht genutzt.
Wenn Inger Preßmar noch einmal auftauchen sollte oder wenn weitere Aktivitäten von ihr bekannt sind oder bekannt werden, möchten wir alle Leute dringend auffordern, entsprechend zu handeln und sich nicht bspw. auf Gespräche mit ihr einzulassen.
Setzt euch bitte umgehend mit antifaschistischen/antirassistischen Gruppen in eurer Stadt in Verbindung und gebt die Informationen nach Frankfurt weiter.

Kein Dialog mit Faschisten und/oder Bullen!

Keine Spekulationen über die MacherInnen dieses Flugblattes!

leicht gekürzt aus: Antifa Info Nr. 21, März/April 1993



Rechte Jugendarbeit?

Das »Aktionsprogramm gegen Agression und Gewalt«

Zur Vorgeschichte – Jugendarbeit mit Rechten, Westberlin in den 80ern

Im allgemeinen wird behauptet, Sozialarbeit mit »rechten« Jugendlichen sei ein völlig neues Arbeitsgebiet. Daher gebe es auch keine Erfahrungen, auf die zurückgegriffen werden könne.

Bereits in den 80er Jahren gab es allerdings mindestens zwei Projekte mit rechten Jugendlichen. Diese Projekte waren von der Evangelischen Kirche oder wurden von ihr unterstützt. Eins war in Spandau, daß andere in Lichtenrade. In Lichtenrade wurde ein Streetworker vom Bezirksamt Tempelhof eingestellt, nachdem es in Lichtenrade, was zu Tempelhof gehört, öfter zu Auseinandersetzungen mit Skinheads und rechten Jugendlichen kam. Der Streetworker nutzte die Räume der Gemeinde Lichtenrade und mußte sich so mit den hauptamtlichen und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen der Kirche über seine Arbeit kritisch auseinandersetzen.

Um eine Zusammenarbeit zu ermöglichen und ein gemeinsames Ziel zu verfolgen, fanden diese Auseinandersetzungen regelmäßig statt.

Die Jugendlichen des Projekts sagten sich teilweise von organisierten Rechten und rechten Parteien los. Sie versuchten sogar zu verhindern, daß Rechte an ihren Feten teilnahmen. Dieses Projekt wurde als erfolgreich eingeschätzt. Da die Stelle des Streetworkers nach zwei Jahren gestrichen wurde, gehen wir davon aus, daß der Senat Befriedigungspolitik betreibt.

Außerdem kann festgehalten werden, daß zu dieser Zeit der Schwerpunkt auf antifaschistischer und antirassistischer Arbeit lag. Es fanden damals Gedenkstättenfahrten statt und Seminare, wo z.B. über solche Projekte berichtet wurde. Bei solch einem Seminar berichtete eine Sozialarbeiterin aus Spandau, daß es damals schon Schwierigkeiten mit organisierten Faschisten gab, die versuchten, in den Projekten Jugendliche für sich zu gewinnen. Bekannte Faschisten wurden rausgesetzt, aber es gab genügend Organisierte, die nicht so leicht zu erkennen waren. So konnten dort Anwerbeversuche und Propaganda nicht immer vermieden werden. Jugendeinrichtungen dürfen und sollen kein Überwachungsapparat sein. Wenn aber festzustellen ist, daß Propaganda für Rechte gemacht wird, muß eine Auseinandersetzung mit den Jugendlichen und SozialarbeiterInnen stattfinden.

Zerschlagung und Abwicklung der DDR-Jugendpolitik

Wir wollen hier nur kurz die Voraussetzungen schildern, die mit der Abwicklung der DDR zur derzeitigen jugendpolitischen Krise in den neuen Ländern geführt haben.

Die Jugendpolitik der DDR wurde vor allem von der FDJ getragen. Diese hatte ein breites Angebot bis in entlegenste ländliche Regionen aufgebaut. Gerade aber von oppositionellen und rebellischen Jugendlichen wurde dieses Angebot nicht genutzt. In den sozialdiakonischen Einrichtungen der Kirchen konnten sie z.T. Freiräume entwickeln. Wir können hier keine umfangreiche Kritik der DDR-Jugendpolitik geben. Wir sehen allerdings auch einen Zusammenhang zwischen den rechten Einstellungen vieler ostdeutscher Jugendlicher und der autoritären und militaristischen Politik, die in der DDR propagiert wurde.

Nach dem Zusammenbruch der DDR bestand Jugendpolitik zunächst in der Zerschlagung der alten Strukturen, weitgehend, ohne sie durch neue zu ersetzen. Der Zerfall der FDJ, die Abwicklung der Betriebe, Rückübereignungen und Geldmangel, Kündigungen etc. führten zu einem regelrechten Vakuum an Jugendpolitik. Unter anderem wurden Clubs, Jugendzentren und Einrichtungen der offenen Jugendarbeit geschlossen.

An ihre Stelle traten völlig konsumorientierte Angebote, die nur dem Profit des Betreibers dienen: Video- und Sexshops, Kneipen, große Disco-Veranstaltungen etc.

Die Linke versäumte alle Chancen, die sich aus diesem Zustand für die Entwicklung linker Strukturen ergaben.

Stattdessen entwickelte sich unter dem Einfluß faschistischer Organisationen und um die Auftritte von Bands aus dem faschistischen »Blood & Honour«-Netzwerk eine echte rechtsextreme Jugendbewegung, die stetig an Breite gewinnt. Rechte Jugendliche dominieren heute viele Jugendzentren. Projekte, in denen es ihnen nicht gelingt sich breit zu machen, versuchen sie durch Angriffe kaputt zu machen.

1991 wurde auch Bundesjugendministerin Merkel darauf aufmerksam, daß Jugendpolitik nicht nur in Kahlschlag bestehen kann. Das Bundesministerium für Frauen und Jugend (BMFJ) ließ sich das »Aktionsprogramm gegen Agression und Gewalt«, auch AgAG genannt, einfallen. Um das Programm bestehen etliche Gerüchte. Vor allem wird angenommen, es würden im Prinzip nur Nazi-Projekte gefördert. Wir wollen uns daher etwas ausführlicher mit dem Programm beschäftigen, Gerüchte aus der Welt schaffen, aber auch die zentralen Probleme und Fehler zeigen.

Kein Geld für Opfer: Zielgruppenorientierung auf *»gewaltbereite u. gewaltgefährdete Jugendliche«*

Zu einem der am meisten verbreiteten aber dennoch falschen Gerüchte über das Aktionsprogramm gehört die Vermutung, das Programm würde fast ausschließlich faschistische Projekte fördern.

Im Rahmen des Aktionsprogrammes werden mit Sicherheit 6 Projekte gefördert, die mindestens zeitweise direkt faschistischen Strukturen genutzt haben. Zu diesen Projekten später mehr.

Im Übrigen fließen die 20 Mio. DM in unterschiedliche Projekte, von denen einzelne echte linke Ansätze haben. Andere liegen im Bereich betreuten Wohnens, Streetwork, in Jugendreisen und Kulturangeboten, schließlich in Projekten für jugendliche Straftäter.



Mehr als 30 der geförderten Projekte arbeiten mit rechten Gruppen. Das finden wir nicht prinzipiell verkehrt, wir kritisieren aber die oft unklaren Konzepte. Auch die übrigen richten sich schwerpunktmäßig an Gruppen von deutschen Jugendlichen. Wir haben dagegen genau 11 Projekte gezählt, die erklärtermaßen »AusländerInnen« in ihre Arbeit einbeziehen wollen. Fünf Projekte machen Mädchenarbeit. Nicht eines wendet sich an jugendliche Flüchtlinge. Genauso wenig zielt die Gewaltprävention im Sinne des Aktionsprogrammes auf Integration sogenannter »behinderter« Kinder und Jugendlicher.

Die Projekte mit Rechten zwingen diese faktisch in keinem Fall dazu, sich mit Linken oder mit »Nicht-Deutschen« auseinanderzusetzen, geschweige denn etwa mit Schwulen oder gar Lesben. Gefördert wird stets das Konforme, das »Normale«. Akzeptanz für das »Andere« zu erreichen, indem man für diese Menschen die Straße und die Jugendclubs verteidigt, ist nicht Ansatz des Programmes. Insgesamt wird versucht, einzelne Gruppen möglichst voneinander zu trennen.

Insbesondere die Clubs, noch mehr die in Eigeninitiative renovierten oder selbstverwalteten Zentren rechter Cliquen bergen die Gefahr, daß sich hier Zentren faschistischer Organisierung oder rassistischen Terrors entwickeln. Für uns ist ein solches Projekt in dem Moment gescheitert, wo die Jugendlichen langfristig durchsetzen können, daß Menschen aus Gründen ihrer Herkunft, Abstammung etc. nicht daran teilnehmen können.

Das Aktionsprogramm fördert in nur einem Fall potentielle Opfer - bei einem Selbstverteidigungskurs für Mädchen in Neubrandenburg: In der Regel wird versucht, frühere oder zukünftige Täter, besonders aber Jugendliche mit rechtsextremen Einstellungen in die Gesellschaft zurückzuholen.

In Einzelfällen werden Projekte gefördert, die für die Faschisten von Nutzen sind. Wir wollen hier nur diejenigen vorstellen, bei denen wir ganz sicher sind.

Ehrenamtliche Mitarbeiter im Dichterweg – Weimar/Thüringen

Das Projekt Vereinshaus/Jugendclub im Weimarer Norden will *»rechtsorientierten«* Jugendlichen eine *»Stätte der Begegnung untereinander, wie auch anderer Gruppen«* bieten. *»Eine letzte Identifikation«* hätte die Gruppe aber noch nicht gefunden. Vielleicht können hierbei ja ehrenamtliche Mitarbeiter aus dem Westen helfen, schließlich soll der Club *»Begegnungsstätte für Jugendliche zum Gedankenaustausch über politisch relevante Themen«* sein [Alle Zitate aus: Informationsdienst AGAG 1/92, S.80].

Wie dieser Gedankenaustausch konkret aussieht, war im SFB-Stadtgespräch am 11.9.1992 zu sehen: Eine große Gruppe Nazi-Skins lauscht andächtig rassistischen Parolen, die aus dem »off« zu ihnen dringen. Es spricht ein »ehrenamtlicher Mitarbeiter«. Als er mit der Parole »Deutschland den Deutschen – Ausländer raus« seinen Vortrag beendet, gibt ihn ein Kameraschwenk als Heinz »Nero« Reisz zu erkennen, Funktionär der regionalen GdNF-Organisation »Deutsches Hessen«. Einem Artikel von R.Fromm und Th.Leif in der Wochenzeitung FREITAG zufolge [FREITAG, 4.10.92] kommen seit 1991 unregelmäßig solche »Ehrenamtlichen Mitarbeiter« von der GdNF – auch von DA-Gruppen aus Rheinland-Pfalz und Sachsen – in den Dichterweg.

»Die Gruppe vom Dichterweg sieht derzeit ihre Hauptaufgabe in der Verbreitung ihres rechtsextremen Gedankengutes und ihrer Selbstdarstellung. Weder die Stadt, noch die Sozialarbeit haben derzeit eine durchdachte Konzeption, wie auf diese Entwicklung reagiert werden sollte. Die Neo-Nazis nutzen den Jugendtreff folglich ungehindert zur Politisierung der frustrierten Jugendlichen.«

Da Th.Leif einen fast wortgleichen Artikel zum Aktionsprogramm, der lediglich in der Kritik weniger hart ausfällt, bereits eine Woche vorher im Berliner Tagesspiegel veröffentlichte [Tsp, 29.9.1992], dürften die Vorkommnisse im Dichterweg zumindest in Berlin bekannt sein. Aber Berlin ist nicht Regierungssitz, und das BMFJ ist weit weg. Frau Merkel war allerdings in Weimar und besuchte das Haus, dessen Erdgeschoßfenster vermauert sind. Unter der Reichskrigsflagge sitzend, hatte sie einen eher positiven Eindruck [Vgl.Stuttgarter Zeitung, 16.10.92].

Spenden für Sarajevo – Eine Etage für die DA in Hoyerswerda

Ob unter den Kadern des sächsischen Flügels der »Deutschen Alternative«, die den Weimarer Dichterweg besuchen, auch solche aus Hoyerswerda sind? Möglicherweise der Landesvorsitzende Roman Danneberg? Entgegen der oben zitierten Meinung von Frau Merkel ist die trostlose Plattenbau-Stadt in der Lausitz eines der Zentren dieser mittlerweile verbotenen ostdeutschen GdNF-Vorfeldorganisation. Ihre Kameradschaft, die sich wöchentlich in einer Etage des Jugendclub WK 10 trifft, besteht aus ca. 20 bis 30 Mitgliedern.

Als Anlaß für die Ankündigung des 20 Mio.-Programmes mußte das Sächsische »Klein-Chicago« natürlich auch zur Schwerpunktregion erklärt werden. Das Projekt »Mobile Jugendarbeit in Hoyerswerda« verspricht die Schaffung eines *»Jugendtreffs als Anlaufstelle und Raum für stigmatisierte Jugendliche«*. Dieser letzte Begriff (er bedeutet ungefähr: abgestempelt) ist im Vokabular des Aktionsprogrammes immer mit rechtsextreme oder faschistische Jugendliche zu übersetzten. Der Jugendclub WK 10 wurde von Nazis besetzt. Nach der Besetzung stimmte

die Stadt einer Nutzung zu. Die hierfür eingestellten Sozialarbeiter sind mehr oder weniger offene Sympathisanten der DA-Faschisten: »Ich finde es besser, wenn sie organisiert sind« sagt einer von ihnen [FREITAG, 23.10.92]. Der Chef des polizeilichen Streifendienstes freut sich denn auch, daß die Nazis Spielzeug für Kinder in Sarajevo sammeln, und im einstmals »ausländerfreien« Hoyerswerda nun wieder 16 (in Worten: sechzehn) Flüchtlinge aus Bosnien akzeptieren. Hoyerswerda habe keinen harten, brutal auftretenden Kern von Rechtsradikalen mehr [Berliner Morgenpost, 29.6.1992]. In Deutschland fallen die Faschisten mal wieder vom Himmel, um dann plötzlich spurlos zu verschwinden.

Politisch verantwortlich für diese Zustände zeichnet Martin Schmidt, Dezernent für Kultur, Bildung und Soziales der Stadt Hoyerswerda. Schmidt weist einen rechten Einfluß im WK 10 entschieden zurück, einen Angriff von Faschisten auf den linken Jugendclub »Linksabbieger« stellt er in Übereinstimmung mit der Polizei als unpolitischen Vandalismus dar.

Was für Gedanken Schmidt vertritt, wird in einem Artikel deutlich, den er im Herbst 92 in der Zeitschrift Erziehung und Wissenschaft veröffentlicht hat. Entwurzelung, »Zuzug aus allen Regionen«, der die »traditionellen Familienbindungen« zerreiße und »Einschränkung des Wissens«, die »Heimat, Landschaft und Kultur zum Exotikum« habe werden lassen, macht er für die rassistische Gewalt verantwortlich. Daß er erklärt, in den »verwechselbaren Betonbauten« der Städte sei Orientierung nicht möglich, ist für die Stadt Hoyerswerda verständlich, erinnert aber allzusehr an die großstadtfeindliche Propaganda, wie sie verschiedenste konservative bis faschistische Kräfte traditionell betreiben. Hier noch eine Blüte: »Die hohe Frauenarbeitslosigkeit reduzierte das Familienleben...«. Unverständlich, warum er dennoch Aufrechterhaltung der Frauenberufstätigkeit fordert. Oder: »...Randalen - die zuletzt von zwei Jugendeinrichtungen mit Unterstützung von außen - über die Stadt hereinbrachen...« Über die Stadt. Nicht über die Flüchtlinge. Von außen. Doch nicht von den braven DAlern. Hereinbrachen. Nicht angezettelt wurden. Aber mit Randalen meint Schmidt scheinbar sowieso die Demonstration gegen das Pogrom, die im Herbst '91 von der Polizei angegriffen wurde.

Im selben Artikel spricht er von »gewaltgeneigten, nationalistisch gesinnten Jugendlichen«, die den Jugendclub nutzten. »Die dort arbeitenden Jugendlichen sind nicht gewaltgeneigt.« sagt er dann dem FREITAG.

Der »WK 10« wird aus dem Aktionsprogramm gefördert, während der »Linksabbieger« durch eine Mieterhöhung in seiner Existenz bedroht ist. Zusätzlich zu den Angriffen durch Faschisten.

Rechte Schläger mit Schlüsselgewalt – der Sandower Jugendclub in Cottbus/ Brandenburg

Der Sandower Jugendclub ist ein Kernstück der Arbeit des »Jugendhilfe e.V.« Cottbus.

Der Verein entstand aus einer linken Initiative für die Instandsetzung eines Hauses. Das »Löwenzahn«-Projekt wird auch bis heute gefördert, scheint aber für eine linke Kultur in Cottbus nicht besonders nützlich zu sein. Der Vorsitzende des Vereins Jörn Meyer will aber weiterhin Geld für Linke zur Verfügung stellen. Bisher erscheint die Arbeit des Jugendhilfe e.V. eher rechtslastig. Nach dem Konzept akzeptierender Jugendarbeit wurden vier Streetworker angestellt. Zwei davon sind Punks. Aber einer dieser Punks wurde entlassen, weil er auf einem Camp gezielt einen Antifaschisten verprügelte. Soweit zum linken Standort der Streetworker. Meyer ist bemüht, bei der Neubesetzung der Stelle die Vorschläge der Linken in Cottbus zu erfüllen.

Zwei weitere Streetworker sind seit Jahren in der Nazi-Skin-Szene der DDR aktiv gewesen. Andy Muschik z.B., ein renommierter Schläger, der beim Überfall auf die Zionskirche 1987 dabei war, war seinerzeit ein guter Kumpel vom heutigen DA-Funktionär Karsten Wolter. Beide kamen gemeinsam in den Knast. Wolter, der früher aus der Haft entlassen wurde, holte seinen Kumpel bei seiner Freilassung vom Knast ab, um ihm mitzuteilen, daß ihm in der neugegründeten DA ein fester Platz reserviert ist. Für ein Vierteljahr waren sowohl Muschik als auch der andere Streetworker »Kolli« Mitglieder der Partei. Dann stiegen beide aus, und in ihrem Gefolge eine Reihe von Alt-Glatzen, die heute das Publikum des Sandower Jugendclubs ausmachen. Zwischen Muschik und Wolter war es zum Bruch gekommen, als sich herausstellte, warum letzterer früher frei kam. Im typischen Kameradschaftsgeist faschistischer Karrieristen hatte Wolter gegen seinen Kumpel ausgesagt. Wo Muschik, dessen Sohn Adolf heißt, trotz dieser Konflikte steht, wird aber noch deutlich werden.

Zunächst zum zweiten Szene-Streetworker. Christian Kollosche wird als kumpelhafter, umgänglicher Schläger geschildert. Als er etwa 30 rechte Glatzen zu einem Angriff auf ein linkes Zentrum führte, dann mangels anderer Ziele ein Auto von Antifas angreifen ließ, entschuldigte er sich später bei seinen Opfern [Vgl. die Schilderung im Telegraph 11/92]. Auf den ersten Blick wirkt der prügelfeste Kumpel tatsächlich wie geschaffen für den Streetworker-Job, zumal er glaubhaft machen konnte, daß er selber kein Nazi mehr sei. Aber seine Kontakte zur DA sind ungebrochen. Es gibt Hinweise darauf, daß er es war, der kürzlich bei einem DA-Treffen den einleitenden Vortrag zum Thema Jugendarbeit gehalten hat.

Der Jugendclub Sandow bot eine zeitlang tatsächlich Räume für die Kameradschaftsabende zunächst einer »Deutschen Hitler-Jugend«, dann der Jugendorganisation der DA. Mitlerweile läuft keine Parteiarbeit mehr in Sandow. Wolter hat für den Versuch sogar aufs Maul gekriegt, obwohl dabei auch die Feindschaft zu »Andi« eine Rolle spielen kann. Bei den Alt-Glatzen ist Parteiarbeit out. Das hinderte DA-Chef Hübner nicht, kürzlich eine Fete im Club zu besuchen.

Dem Angriff vom 31.10.1992, der oben geschildert wurde, ging ein Konzert der Nazi-Band »Märtyrer« im Club voraus. Konzerte faschistischer Bands gelten offenbar nicht als Parteiarbeit, auch, wenn sie von der DA organisiert werden. Möglich wirds, weil Streetworker Muschik Schlüsselrecht hat. Er leitet früher die »Skrewdriver Security Deutschland«. Der rabiate Schutztrupp der englischen Nazi-Band, die Flaggschiff des faschistischen Blood & Honour-Netzwerkes ist, kürzt sich »SS« ab. Das letzte Konzert im Club - mit Störkraft und Wehrwolf - fand erst kürzlich statt. Skrewdriver selber wollte bereits am 3.Oktober 1991 in Sandow spielen. Vom Jugendclub aus zogen Bandmitglieder los, um Linke und Ausländer zu jagen. Nachdem die Cottbusser Polizei die gesamte Besetzung bis auf Sänger Ian Stuart Donaldson festnahm, fiel der Auftritt flach. Seitdem traut sich die Band nicht mehr nach Deutschland, da ihnen hier Strafen drohen, und Donaldson ist darauf angewiesen, sich von Störkraft begleiten zu lassen.

Außer den oben geschilderten Angriffen lassen sich den Cottbusser Alt-Glatzen keine Angriffe in Cottbus anlasten. Heißt das und ihre parteipolitische Enthaltsamkeit etwa eine Läuterung? Die unorganisierten, »autonomen« rechten Prügler der Region Cottbus gehen, was Aktionen angeht, offenbar arbeitsteilig vor. Für Aktionen in Cottbus sind die Kameraden aus Spremberg, Senftenberg, Lübbenau zuständig, die Cottbusser arbeiten außerhalb. So kann der jeweiligen Szene nie direkt eine Terroraktion zugeordnet werden.

Die Jugendhilfe will im Rahmen mobiler Jugendarbeit auch einen Container für eine rechte Clique bereitstellen – wiederrum mit Schlüsselrecht, also zur weitgehend freien Verfügung. AntifaschistInnen enttarnten den jungen Ansprechpartner Sten Söhndel als organisierten Nazi-Kader, die Jugendhilfe wählte einen anderen aus. Eine Woche nach dieser Entscheidung veröffentlichte der Spiegel einen Artikel, der die Informationen der Antifas bestätigte. Nun soll der Container so geführt werden, daß Parteiarbeit nicht möglich ist.

Die Jugendhilfe Cottbus e.V. scheint bemüht, dennoch muß sie sich eine herbe Kritik gefallen lassen, da sie Personen wie Muschik und Kolli weiterhin stützt. Es ist auch nicht zu verstehen, warum in einer strukturschwachen Region wie Cottbus eine ABM-Stelle – entgegen den Bestimmungen – an einen Unteroffizier der Bundeswehr vergeben wird. Neben seinem Streetworker-Gehalt – Muschik bekommt 1500,- DM, Kolli vermutlich eben so viel – bezieht Kollosche nämlich den üblichen Sold, der ihm als Wehrdienstleistenden auf dem Flugplatz Cottbus Nord zusteht.

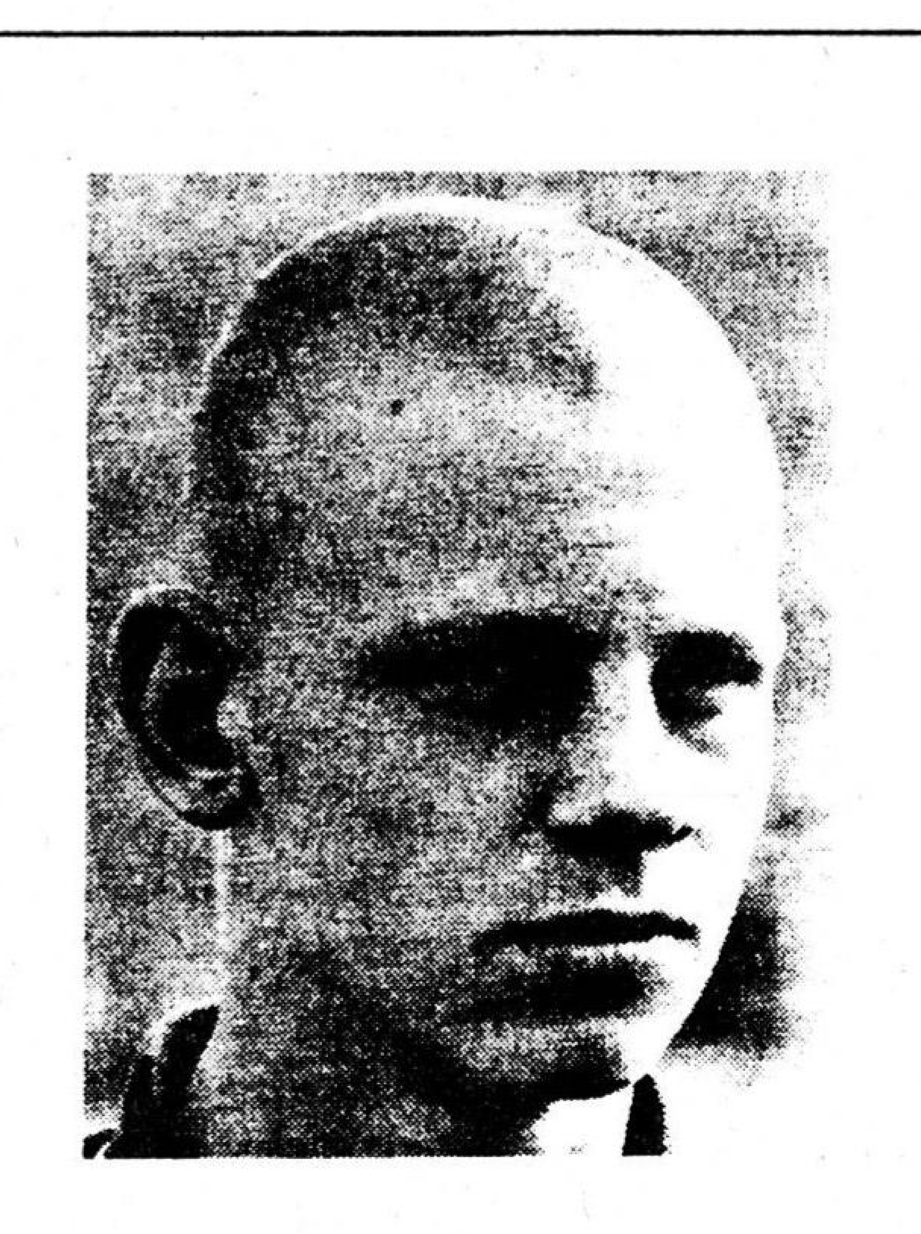
Vom Aktionsprogramm zur Aktion Pogrom? - Der Jugentreff Groß-Klein, Rostock/MV

Alle bisher genannten Projekte sind Projekte der offenen Arbeit bzw. in der Kategorie von AGAG Jugendclubs/Freizeitangebote. Gemeinsam mit den relativ unkontrollierten Zentren unter eigener Verwaltung legen die Projekte offener Arbeit im Rahmen des AgAG die unklarsten und gefährlichsten Konzepte vor.

Offene Arbeit läuft auch im ehemaligen Jugendclub Max-Reichpietsch, ein vom Jugendamt Rostock getragenes Projekt in einer nördlichen Sattelitenstadt.



Groß-Klein liegt direkt gegenüber von Lichtenhagen, mit dem es durch jene S-Bahnbrücke verbunden ist, die während des Pogroms vom letzten August traurige Berühmtheit erlangte. Brücke und Bahndamm bildeten das Rückzugsgebiet der Rassisten. Während die Öffentlichkeit die Bewohner Lichtenhagens allein für das Pogrom verantwortlich machte, gelangten die Nachbarbezirke Lütten-Klein mit seinem JN-Stützpunkt und Groß-Klein nicht so sehr in den Blickwinkel, obwohl mindestens die Jugenlichen von Groß-Klein genauso viel Verantwortung tragen, wie die Lichtenhäger.



Paule, 16, Schüler aus Rostock in einem Interview mit dem Stern:

»Aber wir werden weitermachen. Ruhe ist erst, wenn der letzte Ausländer raus ist.«

Möglicherweise hat der Jugendtreff dabei eine unrühmliche Rolle gespielt. An einem der Abende des Pogroms wurde der Club von AntifaschistInnen angezündet [Vgl. die Erklärung in der aktuellen Radikal und die FAZ vom 2.9.'92]. Er liegt unmittelbar hinter der Brücke, quasi gegenüber des Hochhauses, in dem die ZASt untergebracht war. Einige Tage nach dem Pogrom heulten dann einige sehr junge Besucher des Clubs über den Verlust ihres Jugendzentrums rum. Gelegenheit dazu hatten sie in einer Sondersendung des »Brennpunkt«. In Interviews hatten sie vorher ihre Teilnahme am Pogrom mehr oder weniger unmißverständlich klargemacht. Als lieber, braver, etwas verwirrter Skin trat Paul auf, mit dem man im Verlauf der Sendung regelrecht Mitleid bekommen konnte. Dieses Mitleid vergeht schnell, wenn man seine Aussagen im Stern vom 3.9.92 nachliest.

Im Mai 1992 nutzte die NPD-nahe »Hamburger Liste für Ausländerstopp« (HLA), die Jugendlichen des Clubs für ihre Propagandatätigkeit aus. Bereitwillig und flächendeckend steckten die jungen Leute die Haß-Propaganda, die das Pogrom vorbereiten half, in die Briefkästen [Vgl. Infoblatt 20a, S.10].

Über die Nazi-Szene in Rostock ist wenig bekannt. Eine besondere Rolle spielen hier die Konzerte faschistischer Skin-Bands im Umfeld von »Blood & Honour«. Ein Partner von B&H in Deutschland ist die Nationale Liste in Hamburg [Vgl. diverse Ausgaben der B&H-Fanzines], ihrerseits mit der HLA verflochten. NL-Führer Worch hat vermutlich aktiv am Pogrom teilgenommen. Konzerte von B&H-Bands finden

nicht selten und mit Sicherheit auch in Rostock in Jugendclubs statt. Gerade erst am 12.12.'92 wurde ein Konzert von »Endstufe« und den »Edwins« im Jugendtreff »Nautilus« verboten. Es ist interessant, zu wissen, daß ein Konzert mit »Störkraft« und »Endstufe« für den 18.8.1992 in Rostock geplant war. An diesem Dienstag ging der erste Drohanruf bei Rostocker Zeitungen ein.

Die zuständigen Behörden haben um die Vorkommnisse im Club gewußt. Die FAZ schreibt: »Schon im Februar habe sich die rechte »Szene« mit der Polizei und dem Innensenator (Magdanz, SPD. Anm. der Red.) von Rostock getroffen, hier im Clubhaus. Da sei dem Polizeichef gesagt worden: *»Wenn hier noch mehr Ausländer herkommen, dann protestieren wir.«*

In der Selbstdarstellung des »Jugendtreff Groß-Klein« ist angesichts der brisanten Situation ein vernünftiges Konzept nicht zu erkennen. Ministerin Merkel macht von ihrem Einspruchsrecht keinen Gebrauch, obwohl ein Jugendlicher ihr direkt und offen erklärte, daß VietnamesInnen das Jugendzentrum nicht betreten sollen. Das Projekt wird weiter gefördert. Projekte »offener« Jugendarbeit, in denen Jugendliche rassistische Einlaßbeschränkungen durchsetzen, sind im Rahmen der AgAG-Förderung Normalität.

Gewaltprävention für die Rückkehr in die »Zivile Gesellschaft«

Es muß noch einmal betont werden: Dies sind Einzelprojekte, Extrembeispiele aus einer weiten Bandbreite von Projekten. Es ist allerdings anzunehmen, daß sich weitere, ähnliche Beispiele finden lassen. Nicht alle Projekte sind aber »Naziprojekte«, wie etwa ein Artikel des »Frontblatt« glauben macht [11/92]. Einige Projekte arbeiten sehr gut, andere haben mindestens interessante Ansätze. Eine Kritik des Programmes, die gefährliche Einzelprojekte zum Kern hat, geht am Problem vorbei. Zu kritisieren sind die prinzipiellen Analysen, Einschätzungen und Konzepte, die Prämissen des Programmes. Auf dieser Grundlage werden die »Nazi-Projekte« möglich, auch wenn wir annehmen, daß eine direkte Stärkung faschistischer Strukturen nicht Ziel des BMFJ ist.

Jugendpolitik in der DDR hat es gegeben, auch wenn sie nicht unseren Vorstellungen entsprach. Sie wurde aber bewußt kaputt geschlagen. Es gibt also, entgegen den gängigen Behauptungen, jugendpolitische Erfahrungen in den neuen Ländern; auf sie wird nicht zurückgegriffen, weil sie die unerwünschten Erfahrungen einer zu beseitigenden Vergangenheit sind. Aus der Wende wird eine Art »Stunde Null« gezimmert. Die Schaffung völlig neuer jugendpolitischer Strukturen auf einem angeblichen »Neuland« wie auch die Beschäftigung mit rechten Jugendlichen fördert bei den hier tätig Werdenden eine Art Frontgeist, nach dem Motto: »Man muß den Mut haben, sich mit diesen Jugendlichen auseinanderzusetzen.« Was diese Helden der Jugendarbeit vergessen ist, daß AntifaschistInnen, ImmigrantInnen und eine Reihe gesellschaftlich weit mehr »stigmatisierter« Gruppen seit Jahren dazu gezwungen sind, sich mit den lieben »Rechten« auseinanderzusetzen - ob sie wollen oder nicht, aber nie für guten Lohn oder auf ABM beschäftigt.

Das zentrale Problem ist die Entpolitisierung der Auseinandersetzungen. Das kommt schon im Namen des Programmes zum Ausdruck: Es richtet sich gegen »Gewalt und Aggression«. Gewalt und Aggression werden in erster Linie psychologisch analysiert. Daraus ergibt sich, daß die Zielrichtung der Aggression zufällig sei, von äußeren Einflüssen bedingt, aber an sich nebensächlich. Aus der Unfähigkeit, eigene Probleme zu bewältigen, aus Mangel an Erfahrungen und Eindrücken, unverbrauchter Energie oder aus zu geringen menschlichen Beziehungen, Liebesmangel etc. entstehe demnach Aggression. Sie müsse entsprechend bewältigt werden. Diese Analyse ist Grundlage aller sozialpädagogischen Konzepte, die das Programm zu verfolgen sucht.

Wie absurd und eindimensional dieses »Frustrations-Aggressions-Muster« ist, hat Prof. Birgit Rommelsbacher von der Berliner Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (FHSS) bereits Ende 1991 gezeigt. Anläßlich der Gründung eines »berufsbezogenen antirassistischen Netzwerkes« schmetterte sie diese Argumentation messerscharf ab:

»Wenn dieser Zusammenhang stimmte, müßten die Frauen, Flüchtlinge und Einwanderinnen ein weitaus gefährlicheres Aggressionspotential darstellen, als die rechten und in der Regel männlichen Gewalttäter.« [Tsp, 9.11.1991]

Während der Rassismus durch Asyldebatten geschürt, auf der kommunalen Ebene oft sogar zu ganz und gar nicht zivilen Aktivitäten ermuntert wird, wird scheinheilig eine »Zivile Gesellschaft« gepredigt. Grundlage einer solchen Gesellschaft ist das staatliche Gewaltmonopol und die »gewaltfreie« Austragung von Konflikten. In der Praxis heißt das im patriarchalen und kapitalistischen Staat freilich: Gewalt von oben ist hinzunehmen, Gewalt von unten ist unanständig.

In die scheinbar zivile, in die patriarchale kapitalistische Gesellschaft, können und sollen die jungen »Rechten« zurückgeholt werden. Können - weil sie die Grundlagen dieser Gesellschaft akzeptieren, weil ihre Gewalt und ihr Rassismus die Vollstreckung dieser Prinzipien bedeutet: Die reine, unverhüllte Gewalt von Männern gegen Frauen, der reine, erbitterte Konkurrenzkampf aller gegen alle. Wie das Rudel mit seiner Hackordnung den einzelnen Wolf stärken kann, so rücken die Menschen nach dieser sozialdarwinistischen Vorstellung unter dem Banner des (völkischen) Nationalismus

zusammen, um auf Kosten der übrigen Menschheit den eigenen Wohlstand zu sichern. Hier wird auch klar, warum linke Militanz so anders beantwortet wird: Sie zweifelt diese Grundlagen ja gerade an. Das Handeln der »Rechten« entspricht der Gesellschaftsordnung, es denkt sie konsequent weiter.

Aber so konsequent sollen die jungen Leute doch nicht denken, weil das vorerst den geordneten Ablauf kapitalistischen Lebens beeinträchtigt. Weil sich die Bewegung verselbstständigen und die Fronten sich verschieben könnten. Darum sollen sie in die brave Zivilgesellschaft zurückgeholt werden. Und genau hierrauf zielt das Programm.

»Jugendliche von der Straße holen« – und zwar männliche, weiße Deutsche – heißt nichts anderes als die Verschiebung der Probleme. Sie werden dann in den Familien ausgetragen.

Die theoretischen Grundlagen für die Entpolitisierung finden sich in einer Reihe unterschiedlich gut recherchierter Veröffentlichungen, von W.Heitmeyer über Seidel-Pielen/Farin bis zu Burkhardt Schröder, die die faschistische Bewegung vor allem unter dem Blickwinkel psychologischer Erklärungen für ihre Anhängerschaft unter Jugendlichen betrachten. Fundierte Beschreibungen rechtsextremer Strukturen und politischer Zielsetzungen finden bei PädagogInnen und SozialarbeiterInnen kaum Beachtung. Wir meinen ja gar nicht »Drahtzieher im Braunen Netz«, nicht einmal die Darstellungen des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS). Es würde uns schon reichen, wenn die Damen und Herren einmal die wahrlich nicht linkslastigen Veröffentlichungen der Landesämter für Verfassungsschutz über Rechtsextremismus durchlesen würden.

Gewalt, losgelöst von poltischen Strömungen, als eigentliches Problem bestimmt die öffentliche Diskussion. Das eigentliche Problem ist aber Rassismus. Und Rassismus ist keine zeitweilige psychologische Verwirrung aufgrund schwieriger Umbruchsituationen, sondern eine Ideologie.

In einem beliebigen Fremdwörterbuch haben wir unter »Ideologie« die folgende Definition gefunden:

»Ideenlehre; polit. Grundvorstellung, die ein polit. Ziel bestätigen, begründen und erreichen will.«
[Mackensen: Das neue Fremdwörterbuch, Köln o.J.]

Es ist uns keineswegs gleichgültig, warum einzelne Menschen Ideologien übernehmen. Aber wir müssen feststellen: Es gibt in Deutschland eine Bewegung, die es sich zum Ziel gesetzt hat, Deutschland nach rassistischen Kritierien »ausländerfrei« zu machen. Ihr Arm auf der Straße sind zum Teil jugendliche Gewalttäter, die die Ideologie, die diese Bewegung »bestätigen, begründen und erreichen« will, nicht immer voll verdaut haben oder gar formulieren können – obwohl schon viele Menschen verblüfft feststellen mußten, wie klar diese Vorstellungen sind und sich in Situationen fanden, in denen ihnen in ihrer intellektuellen Überheblichkeit die Argumente ausgingen.

Wenn also eine Ideologie und die zugehörige Bewegung als Problem erkannt werden, dann werden auch andere Ziele der Jugendarbeit verfolgt werden müssen. Dann geht es zunächst um die Isolierung derjenigen, die die Ideologie voll vertreten, verbreiten, mit ihr ein politisches Ziel verfolgen. Dazu muß man sie kennen, erkennen und entlarven können. Sich das nötige Wissen darüber zu verschaffen und die entsprechenden Argumente zu formulieren ist die verdammte Pflicht und Schuldigkeit jedes/r verantwortlichen Sozialarbeiters/in.

Es geht weiterhin um die Isolierung und Bekämpfung dieser Ideologie in den Hirnen derjenigen Jugendlichen, die noch erreichbar sind. Aber dazu muß man/frau eine eigene Meinung haben, offen und kontrovers vertreten. Jugendliche merken schnell, wenn sich jemand bei ihnen einschleimen will und unehrlich wird.

Argument für die Arbeit mit »rechten« Jugendlichen ist die Forderung, sie in ihren Problemen ernst zu nehmen. Zunächst einmal sollte man sie in ihren Aussagen ernst nehmen. Wenn sie sagen: »Deutschland den Deutschen - Ausländer raus!« dann meinen sie dies ganz ernst. Sie haben ja auch bewiesen, daß sie bereit sind, dieses sehr klare und eindeutige Ziel mit allen Mitteln zu verfolgen und durchzusetzen.

Das Aktionsprogramm - ein Progpagandaschauspiel

Wir haben uns während der Arbeit an diesem Artikel zeitweilig gefragt, ob wir das Aktionsprogramm nicht in seiner Bedeutung überschätzen. Tatsächlich ist es vor dem Hintergrund der allgemeinen Tendenz der Jugendpolitik zu Kürzungen, Einschränkungen und einseitigen Angeboten ein Akt propagandistisch aufgemotzter Augenwischerei.

Mit großem Medienrummel rückt das BMFJ das Programm als Beweis seiner Aktivität in den Blick der Öffentlichkeit. Ein Artikel des Neuen Deutschland vom 14.9.92 dokumentiert darüber hinaus, wie es dem Sozialministerium Sachsen-Anhalt gelingt, das selbe Programm, das der Bund ins Leben rief, als besondere Leistung des Landes zu verkaufen. Auch etliche regionale Jugendämter nutzen die geförderten Projekte, um zu beweisen, wie aktiv sie im Bereich der Jugendpolitik sind. So profitieren alle staatlichen Instanzen, von oben nach unten, von dem Medienspektakel. Frau Merkel fliegt dann auch schon mal im Hubschrauber in die neuen Länder - wie mutig - um sich vor Ort ein Bild zu verschaffen. Im Gefolge schleppt sie einen Schwanz von Presseleuten und Fernsehteams mit, damit auch ja viele Leute von ihrer Aktivität erfahren.

20 Mio. sind natürlich, verteilt auf 144 Projekte, abzüglich der Finanzierung der begleitenden Maßnahmen, nicht allzu viel Geld. Die Bundesministerin verweist auf die Zuständigkeit der Länder. Die Länder geben z.T. einen weiteren Zuschuß, verweisen aber auf die Zuständigkeit der Kommunen. Die Kommunen sind verschuldet, vom Finanzministerium aufgefordert, Sparmaßnahmen zu ergreifen. Der Deutsche Städtetag empfiehlt: Kürzungen in der Jugendarbeit. Alle Projekte der Jugendarbeit klagen über Finanzmangel, sogar wenn sie durch AgAG gefördert werden.

Und die Jugendlichen? Sie sind schön brav und zünden Flüchtlingsheime an; wo sie doch mal einen Club besetzten, und dem Staat ihr Recht auf Räume abtrotzen, richten sie den Faschisten ihre Zentralen ein. Und die Linke sitzt daneben, schaut zu, wie ihr ureigenster Anknüpfungspunkt, die Arbeit mit rebellischen Jugendlichen, systematisch von Faschisten übernommen wird.

DEMONSTRATION

für die Freilassung von Stephan Waldberg gegen Menschenrechtsverletzungen in der Türkei

Sa. 27. März in Stuttgart beim Türkischen Konsulat am Kernerplatz Ecke Kernerstr. Landhausstr. um 10.30 Uhr, nahe der Staatsgalerie

Am 22. Januar 1993 wurde der Journalist des Senders Radio Dreyeckland, Stephan Waldberg, vom Staatssicherheitsgericht in Diyarbakir zu drei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt. Ihm wird vorgeworfen, Kurierdienste für die kurdische Arbeiterpartei PKK geleistet zu haben. Stephans Recherchematerial wurde in diesem Prozeß zum Propagandamaterial, er selbst zum Kurier aufgebaut.

Seit dem 4. Dezember 1992 war vor dem Staatssicherheitsgericht in Diyarbakir gegen Stephan verhandelt worden. Dies ist ein Ausnahmegericht, welches ausschließlich für politische Verfahren zuständig ist und u.a. durch einen beisitzenden Militärrichter geprägt ist. Die Zuteilung eines Verfahrens an dieses Gericht bedeutet eine Vorverurteilung. Insgesamt wurde die Verhandlung dreimal vertagt, immer mit fadenscheinigen Begründungen, sein Journalistenstatus wurde im sogar restlos abgesprochen.

Das Urteil gegen Stephan wurde von Verbänden, Parteien, der Presse und fortschrittlichen Gruppen als Willkürakt der türkischen Justiz kritisiert, es wird als Behinderung einer kritischen Berichterstattung, als Warnung und Abschreckung an ausländische JournalistInnen verstanden. So weist die IG Medien in einem offenen Brief an die türkische Regierung darauf hin, daß „sie damit auf brutale Weise den Mangel an Presse- und Informationsfreiheit in der Türkei" dokumentiert. In einer Stellungnahme schreibt der Deutsche Journalisten-Verband, daß an Stephan ein Exempel statuiert werden soll, indem ausländische Journalisten eingeschüchtert und diszipliniert werden, „damit eine Berichterstattung über die skandalösen Zustände in der Türkei unmöglich werde".

Die kurdische Region der Türkei ist Kriegsgebiet. Die türkische Regierung verlängert immer wieder den Ausnahmezustand. Das bedeutet, daß Dörfer entvölkert und Anbauflächen vernichtet werden. Die Bevölkerung der Städte wird terrorisiert und unzählige Menschen werden umgebracht oder vertrieben. Deshalb leisten Kurdinnen und Kurden seit Jahren Widerstand gegen die türkischen Sicherheitskräfte und kämpfen für ihre Unabhängigkeit.

Die bei den Angriffen eingesetzten Waffen sind Teil der bundesdeutschen Militärhilfe, die seit dem Militärputsch 1980 einen Umfang von 3,95 Mrd. DM hat (ohne NVA-Bestände). Als strategisch wichtiges NATO-Land erhält die Türkei außerdem Polizei-, Ausbildungsund Wirtschaftshilfe. Aufgrund dieser „guten" Beziehungen zwischen der BRD und der Türkei ist das Engagement des Auswärtigen Amtes für die Freilassung von Stephan äußerst gering. Denn diese Beziehungen können durch JournalistInnen belastet werden, die über die Waffenlieferungen und deren Folgen recherchieren und wahrheitsgetreu berichten.

Gegen die Menschenrechtsverletzungen des türkischen Staates führten vom 24. Januar bis zum 17. Februar 1993 die 15 Abgeordneten des kurdischen Exil-Nationalparlaments, das Ende 1992 in Europa gewählt wurde, einen Hungerstreik durch. U.a. traten am 25. Januar die Gefangenen des türkischen Staatssicherheitsgefängnisses in Diyarbakir in einen Solidaritätshungerstreik. Daraufhin drangen am 3.2. und am 9.2. militärische und polizeiliche Spezialeinheiten in die Zellen des Gefängnisses ein und schlugen mit Holzlatten, Eisenstangen und Polizeiknüppeln auf die Gefangenen ein. Dabei wurden 202 Gefangene verletzt, darunter auch Stephan Waldberg. 69 Schwerverletzte mußten im Krankenhaus ärztlich versorgt werden, ihnen wurden zum Teil Arme oder Beine gebrochen.

Amnesty international weist daraufhin, daß gerade in Gebieten, in denen Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind, insbesondere JournalistInnen Opfer vor allem von außergerichtlichen Hinrichtungen werden. Hierdurch soll eine Berichterstattung über Menschenrechtsverstöße verhindert werden. Nicht zufällig sind allein im Jahr 1992 in der Türkei 13 prokurdische Journalisten bei ihrer Arbeit ermordet worden. Die Türkei gilt bei internationalen Presseinstitutionen als gefährlichstes Land. Bislang wurden die Morde an den Journalisten nicht aufgeklärt, aber amnesty international spricht davon, daß sie auffällig oft mit vorangegangenen Repressionen von staatlicher Seite in Zusammenhang stehen. Außerdem lassen viele Hinweise den Schluß zu, daß die Mordanschläge von staatlichen Stellen gedeckt und in einigen Fällen sogar initiiert wurden.

- **Sofortige Freilassung von Stephan Waldberg**
- **Für freie Berichterstattung in der Türkei und Kurdistan**
- **Keine Wirtschafts- und Militärhilfe an die Türkei**
- **Keine Abschiebungen in die Türkei**
- **Wir rufen zu Protestaktionen gegen Folter, Massaker und Zerstörung in Kurdistan auf**

Betrifft: Artikel "Sexuelle Gewalt gegen Kinder - gegen die Verharmlosung und Verdrehung in der öffentlichen Diskussion" Interim Nr.226

Die Verfasserinnen dieses Artikels schreiben, daß sich "die Gewalt (...) vor allem gegen Mädchen und Frauen" richtet.
Jedes dritte Mädchen, aber auch mindestens jeder siebte Junge werden sexuell mißbraucht,bevor sie achtzehn sind. Es gibt auch Schätzungen, nach denen sich die Mißbrauchshandlungen fast die Waage halten. (Die Zahlen schwanken je nach Einschätzung der Höhe der Dunkelziffer und abhängig davon, wie eng oder weit der Begriff des sexuellen Mißbrauchs gefaßt wird.) Ebenso wird unterschlagen, daß auch bei diesem Thema Frauen oft täterinnen sind.
Diese Verharmlosung bzw. Nichtbenennung im Namen des antipatriarchalen Kampfes ist absolut gefährlich, da sie den Betroffenen oft den Mut nimmt, über ihre Geschichte zu reden und sich, sowie die eigenen Gefühle ernst zu nehmen.
Die Auswirkungen auf das weitere Leben unterscheiden sich bei Jungen und Mädchen nur gering und weitgehend unabhängig von der Tatsache, ob Täter oder Täterin. Artikel wie o.g. führen daher eher zu Unsicherheit und Individualisierung bei den nicht erwähnten Betroffenen, anstatt einen solidarischen Beitrag zu leisten. Insbesondere bei Jungen/Männern, die durch ihre Sozialisation eher Schwierigkeiten haben, sich als Opfer zu sehen und damit ihre Schuld- und Schamgefühle zu bekämpfen.
Es wäre daher nicht schlecht dieses Thema in Zukunft mit etwas mehr Sensibilität anzugehen.

Liebe und Kraft für alle Überlebenden

(Und ich dachte, wir leben im Patriarchat, d.K.)





Carl Wechselberg

PANTHER - POWER

Das die USA immer noch eine rassistische Gesellschaft sind, haben die Riots in L.A nachdrücklich unterstrichen. Bush und Clinton heuchelten zwar bei der Besichtigung des Krisengebiets ihre moralische Betroffenheit in die Fernsehkameras und versprachen zur Beruhigung der aufgeschreckten WählerInnen "Sofortmaßnahmen", geändert hat sich an Armut, Hunger und dem rassistischen Polizeiterror aber nichts.

Die Renaissance, die Malcolm X gegenwärtig in den USA erlebt, ist deshalb mehr als nur ein revolutionärer Schick der weißen Liberalen. Sie verkörpert zugleich die Suche der Schwarzen, vor allem der militanten Jugendlichen in den Städten, nach einer effektiveren Form des Widerstandes, als spontane Aufstände es sein können. Von Malcolm lernen, heißt dabei auch an die Traditionen und Erfahrungen der von ihm wesentlich mitgeprägten Black Power-Bewegung in den späten 60er Jahren anzuknüpfen. Innerhalb der Black Power-Bewegung ist heute vor allem die *Black Panther Party* (BPP) interessant. Sie war nicht nur die militanteste und organisatorisch erfolgreichste Gruppe, durch die die ganze Bewegung geprägt wurde, sondern in ihr zeigen sich auch die verschiedenen Momente der Entwicklung des schwarzen Befreiungskampfes in den 60ern am deutlichsten.

"Off the Pigs"

Die Lebensbedingungen in den USA der 60er Jahre waren für die schwarze Bevölkerung, vor allem in den Städten, ähnlich katastrophal wie heute. Arbeitslosigkeit, Slums, schlechte Schulen, soziale und politische Diskriminierung, die Brutalität der Polizei, "die mehr den Charakter einer Besatzungsarmee hatte, als neutrale Ordnungsmacht zu sein",[1] sowie eine rassistische Justiz führten immer wieder zu spontanen Aufständen. Die USA wurden Mitte der 60er Jahre von einer nicht enden wollenden Serie blutiger Riots erschüttert; neue militante schwarze Organisationen entstanden und ältere radikalisierten sich.

In dieser Situation wurde am 15.Oktober 1966 in Oakland/Kalifornien die *Black Panther Party for Self Defense* von Huey P. Newton und Bobby Seale gegründet. Die beiden gehörten zu der kleinen Gruppe schwarzer Jugendlicher, die es trotz ihrer Getto-Vergangenheit geschafft hatten, die Schule zu beenden und auf die Uni zu gehen. Dort arbeiteten sie in einer kleinen, für diese Zeit typischen "kulturnationalistischen" Gruppe[2], organisierten Unterricht in schwarzer Geschichte und verdienten ihren Lebensunterhalt in einem Armenhilfezentrum. Nach etwa einem Jahr hatten Newton und Seale das ausschließliche Theoretisieren der Kulturnationalisten satt und verabschiedeten sich von der Gruppe, um verstärkt mit den Jugendlichen im Getto zu arbeiten. In dieser Zeit formten sie ihre politischen Ideen in der Auseinandersetzung mit dem "späten" Malcolm X und Frantz Fanon.[3] Der Einfluß der beiden großen schwarzen Revolutionäre auf Newton und Seale war durchschlagend. An Malcolm X faszinierte sie in dieser Anfangsphase vor allem die Kompromißlosigkeit seines Engagements für die Befreiung der Schwarzen und die Aufforderung zur Selbstverteidigung gegen die rassistischen Übergriffe der Weißen.

Zur Gründung der *Black Panther Party*[4] schrieben Newton und Seale ein 10-Punkte-Programm: "Was wir wollen und Was wir glauben", in das sie aufnahmen, was sie für die grundlegenden Bedürfnisse der GettobewohnerInnen hielten. Dazu zählten: Die Freiheit, die Zukunft selbst zu bestimmen, Arbeit für Alle, Wiedergutmachungszahlungen der Weißen an die schwarze Gemeinschaft, gute Wohnungen, Ausbildung, kein Militärdienst für Schwarze, der Abzug der Polizeiarmee aus den Gettos, die Freilassung aller schwarzen Gefangenen aus den Gefängnissen, faire Gerichtsverhandlungen und ein Plebiszit der Schwarzen über ihr zukünftiges Verhältnis zum weißen Amerika.

Inhaltlich unterschied sich das *Panther*-Programm nicht allzu sehr von denen anderer radikaler schwarzer Gruppierungen. Aber die politische Praxis der BPP dafür um so stärker. Sie konzentrierte sich zunächst auf die drückende Frage der Polizei-Brutalität. Die *Panthers* begannen sich zu bewaffnen und Polizeipatroullien durch die Gettos von Oakland zu beobachten. Dabei gingen sie streng legal vor. Die liberalen kalifornischen Waffengesetze erlaubten jedem Bürger das offene Tragen von Schußwaffen, so daß die *Panthers* nicht nur Gewehre mit sich führten, sondern auch Gesetzbücher.

Die Konfrontationen mit der Polizei ließen nicht lange auf sich warten. Bobby Seale beschreibt in seiner Geschichte der BPP[5] sehr anschaulich die Reaktion der Polizisten auf die bewaffneten Schwarzen. Sie waren einfach fassungslos. Diejenigen, die noch vor kurzem hilflose Opfer gewesen waren, die ohne Konsequenzen zusammengeschlagen werden konnten, standen nun den *"Pigs"* mit durchgeladenen Waffen gegenüber, drohten diese zu benutzen und pochten dabei auch noch auf ihre verfassungsmäßigen Rechte. Das standhafte und selbstbewußte Engagement der *Panthers* gegenüber der rassistischen Polizei verbreitete sich wie ein Lauffeuer in den schwarzen Gemeinden der amerikanischen Ostküste.

Das kalifornische Establishment reagierte schnell, als die *Panthers* begannen, ihre bewaffneten Patroullien zu organisieren und das staatliche Gewaltmonopol in Frage zu stellen. Im Mai 1967 wurde ein Gesetz eingebracht, daß das Tragen von Schußwaffen verbot. Die *Panthers* "besuchten" daraufhin das Parlament und protestierten bewaffnet gegen das Gesetz, das die *Panther*-Aktivitäten beenden sollte. Obwohl Bobby Seale bei dieser Aktion erstmals verhaftet wurde, erreichten die *Panthers* in der Folge nationale Aufmerksamkeit, wurden von prominenten Schwarzen unterstützt und rekrutierten einen

---

1 C. Louis Heath, Off the Pigs. The History of the Black Panthers, 1974. Heath ist auch der Herausgeber der Aufsatzsammlung "The Black Panther Leaders Speak", 1978. Eine gute Sammlung von *Panther*-Texten ist auch: Philip S. Foner, The Black Panthers Speak, Philadelphia/New York 1970.

2 Die Kulturnationalisten orientieren sich vor allem am afrikanischen kulturellen Erbe; als extreme Schwarze NationalistInnen lehnen sie zumeist jegliche Zusammenarbeit mit Weißen ab.

3 Einfluß auf die Entwicklung der BPP hatte auch die Auseinandersetzung mit Mao. Zur Rezeption Maos durch die *Panthers* und andere Gruppen vgl. A. Belden Fields, Trotskyism and Maoism. Theory and Practice in France and the United States, New York 1988.

4 Die BPP ließ den Zusatz "for self defense" bald fallen, um deutlich zu machen, daß sie mehr als nur eine paramilitärische Gruppe war.

5 Bobby Seale, Wir fordern Freiheit. Der Kampf der Black Panther, Frankfurt a.M. 1971.

ihrer wichtigsten zukünftigen Führer: Eldridge Cleaver, ein ehemaliger Mitarbeiter von Malcolm X. Sie waren aufgrund des großen Interesses auch in der Lage, Gruppen in anderen Städten, z.B. New York, Los Angeles und Detroit zu gründen.

"Free Huey"

Die *Panthers* hatten 1967 begonnen, ihre Aktivitäten über die Bewaffnung der Mitglieder hinaus auszudehnen. Sie veranstalteten politischen Unterricht, protestierten gegen Zwangsräumungen in den Gettos, informierten deren Bewohner über ihre juristischen Rechte und engagierten sich für sichere Schulwege. Dieser Trend zu einem wirklich politischen Selbstverständnis wurde durch eine schweren Zwischenfall unterstützt, der die Entwicklung der *Panthers* maßgeblich beeinflußte: Am 15. Oktober 1967 stoppte die Polizei ein *Panther*-Auto, in dem Huey P. Newton fuhr. Es kam zu einer Schießerei, in deren Verlauf ein Polizist starb. Newton, der schwer verletzt überlebte, wurde unter Mordanklage gestellt. Mit der Drohung der Todesstrafe gegen ihren wichtigsten politischen Führer entwickelte sich die BPP innerhalb von wenigen Monaten zu einer Organisation für die Befreiung von Huey P. Newton. Die offensichtliche Unschuld Newtons, der keinen einzigen Schuß abgefeuert hatte, wurde zu einem Exempel der rassistischen Justiz in den USA. Innerhalb kurzer Zeit organisierten die *Panthers* hunderte von neuen Mitgliedern in über 40 Städten, die von den *"Free Huey"*-Demonstrationen angesprochen wurden. Die BPP zog in erster Linie junge militante schwarze Männer aus den Gettos der Industriestädte des Nordens an. Diese Menschen ohne Perspektive in der US-amerikanischen Gesellschaft überzeugte vor allem die Kompromißlosigkeit der politischen Praxis der Partei, weil die *Panthers* endlich taten, worüber andere Gruppen nur redeten.

Die *Panthers* etablierten stabile Bündnisse, sowohl mit nationalistischen schwarzen Gruppen, insbesondere dem *SNCC* unter Stokeley Carmichael und H. Rap Brown, mit dem die *Panthers* zeitweise fusionierten, als auch mit radikalen weißen Organisationen wie der überwiegend weißen *Peace and Freedom Now Party*. Im Zuge der *"Free Huey"*-Kampagne wurde die BPP im Jahr 1968 zu einer Kraft auf nationaler Ebene mit breiter politischer Unterstützung durch die schwarze Gemeinschaft in nahezu allen größeren Städten des Nordens. Ihre Demonstrationen zogen Zehntausende von Schwarzen und Weißen an. Die *Panthers* besuchten Fidel Castro; und Eldridge Cleaver, der der Präsidentschaftskandidat der *Peace and Freedom Now Party* geworden war, erhielt über 200.000 Stimmen.

Das enorme Wachstum der BPP, ihre Militanz und die Tatsache, daß sie sowohl mit schwarzen als auch mit radikalen weißen Gruppen Bündnisse eingegangen war, versetzte das Establishment in Panik und führte zu einer immer brutaler werdenden Repression. Bobby Hutton, einer der Führer der *Panthers*, wurde im Frühjahr 1968 von der Polizei erschossen, Cleaver und David Hilliard, der Stabschef der *Panthers*, verhaftet. Cleaver mußte später ins Exil nach Algerien gehen. *Panther*-Büros in allen größeren Städten wurden von der Polizei überfallen, beschossen und verwüstet. Teilweise befand sich die gesamte nationale Führung der *Black Panther Party* aufgrund willkürlicher und haltloser Anschuldigungen in den Knästen des rassistischen USRegimes.

Unter dem Druck der generalstabsmäßig verlaufenden staatlichen Aktivitäten gegen die *Panthers* und als Ergebnis ihrer politischen Entwicklung veränderte sich das Profil der *Black Panthers*. Sie verhängten 1969 nicht nur einen Aufnahmestopp, weil der Grad an Infiltration durch Polizei, FBI und CIA zu groß geworden war, sondern verschärften auch die bestehenden Regeln für die etwa 7.000 *Panthers* erheblich. Die BPP hatte dabei vor allem Schwierigkeiten mit dem Aktionismus ihrer politisch ungeschulten neuen Mitglieder und mit dem Sexismus in der Partei. Frauen, die sich für die *Panthers* engagierten, mußten vorzugsweise die Bürojobs erledigen, während sich die Männer auf die Aktionen konzentrierten; sie waren darüberhinaus krasser Anmache ausgesetzt. Dies änderte sich erst sehr langsam und als Ergebnis des massiven Protests der Frauen, der die überwiegend männliche (und in dieser Frage keineswegs vorbildliche) Führung zum Handeln zwang. Das Problem der Gleichsetzung von schwarzer Befreiung und schwarzer Männlichkeit, das für die Black-Power-Bewegung der 60er Jahre insgesamt nicht untypisch war, fand sich also auch in der BPP und führte dort zu entsprechenden Problemen und Konflikten.

Der "Sozialismus" der Panthers

Entscheidender noch als die organisatorische und disziplinarische Neuordnung der BPP war allerdings die Veränderung ihrer politischen Ideologie. Die *Panthers* betonten noch stärker als zuvor ihren politischen Charakter und intensivierten ihre Arbeit in den Gettos. Sie organisierten kostenloses Frühstück für Schulkinder, die freie medizinische Versorgung der Bevölkerung in den Gettos und bemühten sich um deren berufliche Ausbildung und politische Schulung. Diese Art des "Services für die Gemeinschaft" diente nicht nur der stärkeren sozialen Verankerung der BPP in der schwarzen Gemeinschaft, sondern sollte auch deutlich machen, daß die "Hilfe zur Selbsthife", die Milderung der drückensten Probleme in den Slums, ein notwendiger Schritt auf dem Weg zur Befreiung der Schwarzen war. Gleichzeitig überwanden die *Panthers* in dieser Zeit die Orientierung auf einen engen Schwarzen Nationalismus, in dessen Zentrum die Selbstbestimmung der schwarzen Gemeinschaft und die Ersetzung der bestehenden rassistischen weißen durch autonome schwarze Strukturen stand. Die *Panthers* erkannten, daß es der Emanzipition der Schwarzen nur wenig nützt, wenn an die Stelle des weißen Hausbesitzers ein schwarzer tritt. Diese Veränderung war das Ergebnis einer neuen Sicht auf die US-Gesellschaft und drückte den Verlust der Hoffnung aus, die Schwarzen befreien zu können, ohne das gesamte Gesellschaftssytem verändern zu müssen. Sie betrachteten die USA zunehmend als ein kapitalistisches und imperialistisches Land, daß nicht nur seine schwarzen BewohnerInnen durch die rassistischen Strukturen unterdrückte, sondern außerdem vom bestehenden Klassenwiderspruch profitierte, dem Schwarze und Weiße in ähnlicher Weise ausgesetzt waren. Die *Panthers* begannen, Marx, Engels, Lenin, Mao, Che Guevara und andere Klassiker des Marxismus zu lesen und eine revolutionäre sozialistische Perspektive zu entwickeln. Ungeachtet ihrer neuen marxistisch-leninistischen Rhetorik haben die *Panthers* aber konsequent an der politischen Dualität von Rassismus und Klassenwiderspruch festgehalten, die für sie vor allem bedeutete, daß, auch wenn sich die Schwarzen noch so sehr als Teil des US-amerikanischen Proletariats fühlen würden, ihre Befreiung ein gleichzeitiges Ende der eigenständigen rassistischen Strukturen erfordere.

Die Logik der Militarisierung

Die neue Porspektive der BPP, ihre gesteigerten Anstrengungen, den Schwarzen in den Gettos eine "sozialistische" Lösung ihrer Probleme nahezubringen und die breite Akzeptanz, die die *Panthers* als "Avantgarde der Revolution" unter radikalen Gruppen genossen, schienen sie in den Augen der US-Regierung immer gefährlicher zu machen.[6]
Dementsprechend krasser wurde die staatliche Repression gegen die *Panthers*. Über 350 Mitglieder wurden im Laufe des Jahres 1969 inhaftiert, über 30 von der Polizei erschossen, teilweise im Schlaf von Kugeln duchsiebt, so daß nicht einmal die Untersuchungskomission des US-Senats den Polizisten glauben wollte, daß sie in Notwehr gehandelt hätten.
Allerdings waren auch die *Panthers* Teil der militärischen Logik der Entwicklung. Sie radikalisierten sich immer stärker und hatten zunehmend Schwierigkeiten, ihre politischen Verbündeten und die schwarze Bevölkerung für den eskalierenden Kampf zu mobilisieren. Die staatliche Repression gegen die BPP zeigte Wirkung. Da ein Großteil ihrer FührerInnen entweder tot war, ins Exil mußte oder im Knast saß, zerfiel der nationale Zusammenhang der einzelnen Gruppen in den Städten immer mehr. Dieser Prozeß der Erosion konnte auch nicht von Huey P. Newton aufgehalten werden, der zwischenzeitlich das Revisionsverfahren gewonnen hatte und deshalb freigelassen werden mußte.
Die *Panthers* entwickelten zwar noch einmal die Kraft, dazu aufzurufen, die für den "Genozid am schwarzen Amerika" verantwortliche US-Regierung zu stürzen und dieser Aufforderung mit Demonstrationen Nachdruck zu verleihen, aber vor allem der Prozeß der internen Fraktionierung war im kommenden Jahr nicht mehr aufzuhalten. Dies lag zum einen sicher daran, daß die Black Power-Bewegung insgesamt verebbte, resultierte andererseits aber auch daraus, daß die Führung sich offen über den Kurs der Partei zerstritt. Es enstanden zwei Lager mit entgegengesetzten Vorstellungen über die Zukunft der BPP. Während Eldridge Cleaver im algerischen Exil und mit ihm ein Teil der *Panther*Mitglieder forderten, daß die Partei ihre lange schon erworbenen Kenntnisse in Guerilla-Kriegsführung nutzen und in den Untergrund gehen sollte, hielten Newton und Bobby Seale am Prinzip des "legalen Weges" fest. Im Gegensatz zu Cleavers "StadtguerillaKonzept" sollte die schwarze Befreiung weiterhin durch Demonstrationen, Propaganda und Erziehung der Massen vorwärts gebracht werden. Doch der Zerfall der *Panthers* an der Basis ging so schnell voran, daß sie nicht mehr in der Lage waren, die eine oder andere Strategie effektiv umzusetzen.
Eine heutige Einschätzung der *Panthers* ist nur unter Berücksichtigung des engen Zeitkontextes der 60er Jahre möglich, denn erst die wachsende Empörung der Schwarzen gegen den Rassismus der USAmerikanischen Gesellschaft konnte eine Gruppe wie die BPP mit der entsprechenden Militanz, revolutionären Energie und gesellschaftlichen Wirkung hervorbringen. Die Entwicklung der *Panthers* aus der Black Power-Bewegung bedingt aber nicht nur ihre Radikalität, sondern auch einige Momente, die heute kritisiert werden müssen. Dazu zählen vor allem die Schwierigkeiten, die die *Panthers* mit dem Sexismus und Aktionismus hatten. Auch wirkt heute die *sehr* orthodoxe marxistisch-lenistische Rhetorik der *Panthers* antiquiert.

6 CIA Chef Edgar Hoover bezeichnete die *Black Panther Party* als größte Bedrohung für den gesellschaftlichen status quo in den USA

Zentral an den *Panthers* ist, daß sie tatsächlich gehandelt haben, und zwar mit dem notwendigen Maß an Kompromißlosigkeit und gesellschaftsverändernder Konsequenz. Dem Establishment in den USA ist es zwar gelungen, die *Panthers* zu zerschlagen, aber die Ursachen ihrer Entstehung existieren weiter und fordern eine ähnlich radikale Lösung heraus, wie sie die *Panthers* versucht haben.

Die Panthers und Malcolm X

Vor seiner Ermordung war es Malcolm X nicht mehr möglich, ein differenziertes politisches Programm zu entwickeln oder seine neue Organisation, die *OAAU*, soweit zu festigen, daß sie ohne ihn hätte weiterarbeiten können. Trotzdem ist der Befreiungskampf der Schwarzen in den späten 60er Jahren wohl von niemandem so sehr geprägt worden wie von Malcolm X. Die Ursache dieses Einflusses liegt vor allem darin begründet, daß er die Emanzipationsfrage der Schwarzen mit der notwendigen Entschlossenheit und Radikalität angegangen war und die Zuspitzung des Freiheitskampfes politisch antizipiert hatte. Nachdem in zehnjährigem Kampf konkrete Ergebnisse weitgehend ausgeblieben waren und die Bürgerrechtsbewegung offensichtlich mit dem Versuch gescheitert war, der Mehrheit der Weißen die *moralischen* "Grundlagen der Zivilisation" beizubringen, war Malcolms radikale Alternative in den Augen vieler Menschen die logische Antwort auf die fortgesetzte Unterdrückung.
Malcolms militante "Philosophie der Tat" entsprach dem wachsenden Bedürfnis der Menschen nach radikaler Aktion in einer sich zuspitzenden gesellschaftlichen Situation. In dem Maße, in dem der Rassismus der weißen Gesellschaft die Schwarzen in die Gettos gesperrt hatte, ihnen akzeptable Wohnungen, Jobs und Ausbildung vorenthielt und sie permanenter Diskriminierung aussetzte, wurde eine junge Generation von Schwarzen in den Städten geformt, die nichts zu verlieren hatte als die Hoffnungslosigkeit der Slums.
Die *Black Panthers* sind beispielhaft für die Wirkung, die Malcolm X auf diese neue Generation von (vor allem) jungen schwarzen Männern ausübte. Sie stehen für das Potential, daß Malcolm angesprochen hat, und für den Versuch, seine Vorstellungen in die politische Praxis umzusetzen. Dies soll im folgenden anhand der Selbstverteidigungsfrage, dem Schwarzen Nationalismus, der Bündnispolitik und dem Internationalismus aufgezeigt werden.
Den unmittelbarsten Einfluß auf die jungen Schwarzen hatte Malcolms Plädoyer für schwarze Selbstverteidigung. Er hielt es für unerträglich, angesichts der Gewalttätigkeit der Weißen nicht mehr zu tun, als *"we shall overcome"* zu singen. Für Malcolm X war die Fähigkeit der Schwarzen zur Selbstverteidigung zugleich die notwendige Voraussetzung ihrer Befreiung. Er befürwortete vehement, daß sich die Schwarzen alle Techniken und Mittel aneigneten, die zu dieser Selbstverteidigung erforderlich waren.
Die *Black Panther Party for Self Defense* wurde gegründet, um dem konkretesten Ausdruck dieser weißen Gewalt in den Gettos, der rassistischen Polizei, entgegenzutreten. Die Gründer wählten dabei bewußt das Symbol des schwarzen Panthers, weil dieser als ein Tier bekannt war, das friedlich ist, solange man es in Ruhe läßt, sich aber mit allen Mitteln wehrt, wenn es angegriffen wird. Newton und Seale, die sich selber als Erben Malcolms und die BPP als Nachfolgeorganisation der *OAAU* sahen, wollten endlich in die Praxis setzen, worüber Malcolm X vor seiner Ermordung nur hatte reden können.

Diesem Ziel entsprach die militante Praxis ihrer Patroullien, der bewaffneten Demonstrationen und Aufforderungen an alle Mitglieder, sich Schußwaffen zu besorgen. Wie Malcolm X sahen die *Panthers* es als zentral an, daß die Schwarzen endlich handelten und der Gewalt der Weißen die Fähigkeit und den kompromißlosen Willen zur Selbstverteidigung entgegensetzten.
Eine der politisch bestimmenden Ideologien unter Schwarzen in den 60er Jahren war der Schwarze Nationalismus, und Malcolm X gehörte über lange Zeit zu den militantesten Befürwortern des Aufbaus einer eigenständigen schwarzen Nation.
Im Zuge seiner späteren Abspaltung von der *Nation of Islam* verabschiedete sich Malcolm X von der Vorstellung, die Verbesserung der Lebensumstände der Schwarzen sei nur in einem eigenen Staat möglich. Er konzentrierte sich nun stärker auf den Gedanken der Selbstbestimmung der schwarzen Gemeinschaft und betonte die Notwendigkeit der vollständigen Kontrolle über die Geschäfte, Wohnviertel, Schulen und die Verwaltung in den schwarzen Stadtteilen. In diesem Kontext trennte sich Malcolm auch von seiner rigorosen Haltung gegenüber Weißen. Obwohl er für die politische Einheit der Schwarzen kämpfte, schloß er eine Unterstützung der schwarzen Befreiungsbewegung durch "einsichtige" Weiße nicht mehr aus.
Die *Panthers* entwickelten in Anlehnung an diese flexiblere Position des "späten" Malcolm X eine Bündnispolitik, die als ein echter Durchbruch in der Geschichte der Black Power-Bewegung bezeichnet werden kann. Sie arbeiteten undogmatisch mit radikalen weißen Gruppen zusammen und bezogen lange einen erheblichen Teil ihrer finanziellen und logistischen Ressourcen von ihnen. Die *Panthers* hielten an diesen Allianzen auch unter dem massiven Druck ihrer nationalistischen schwarzen Verbündeten fest, weil sie es falsch fanden, die Weißen aufgrund ihrer Hautfarbe zu verurteilen, anstatt sie an ihren Taten zu messen.
Die gemeinsame Arbeit mit weißen Gruppen beeinflußte auch die Stellung der *Panthers* zur "nationalen Frage". In der frühen *Panther*Programmatik dominierte klar die an Malcolm X angelehnte Forderung nach Selbstbestimmung der schwarzen Gemeinschaft und dem Recht, die zukünftigen Beziehungen zum weißen Teil Amerikas selbst bestimmen zu können. Dies änderte sich im Laufe der Entwicklung der BPP, vor allem in Hinblick auf die Frage, unter welchen Bedingungen die "Autonomie" der Schwarzen erreicht werden könnte: "Die *Panthers* wuchsen aus der Black Power Bewegung, aber die Partei hat die Black Power-Ideologie in eine sozialistische, marxistisch-leninistische Ideologie transformiert... Wir sind keine Nationalisten geworden wie die Black Power-Bewegung in der Vergangenheit, sondern Internationalisten."[7] Die Ursache dieser Entwicklung liegt vor allem darin, daß die *Panthers* sich inhaltlich immer stärker auf den Zusammenhang von Rassismus und Kapitalismus konzentrierten und ihnen dementsprechend eine separatistische oder reformistische Lösung der Befreiungfrage der Schwarzen illusionär erschien. Der Kampf erforderte in ihren Augen eine breitere politische Basis, revolutionäre Mittel und letztlich eine "sozialistische" Überwindung von Kapitalismus und Imperialismus.
Malcolm X sah das verfälschte Bild von Afrika, das die Weißen in Jahrhunderten geprägt hatten, als eine "psychologische Kastration" der Schwarzen an. Er betonte immer wieder die Notwendigkeit, sich als Afro-Amerikaner zu verstehen, stolz auf die kulturellen Wurzeln zu sein und den Kampf der Schwarzen in den USA im Kontext der Befreiung der kolonialisierten Völker Afrikas und Asiens zu sehen. Der gemeinsame Freiheitskampf machte in seinen Augen eine gegenseitige materielle und politische Unterstützung sowie ein klares Bewußtsein der Zusammenhänge notwendig, denn der Unterdrücker war in allen Fällen der gleiche.
Malcolms Engagement blieb nicht ohne Wirkung: Die *Panthers* sahen die Afro-AmerikanerInnen als eine "Schwarze Kolonie" mit nationalem Zusammenhang, die von der weißen "Muttergesellschaft" in ähnlicher Weise ausgebeutet und unterdrückt würde wie die "europäischen" Kolonien in Afrika. Aus diesem internationalen Bezug leitete sich das Verständnis der *Panthers* ab, Teil der Unterdrückten in aller Welt zu sein. Dies begründete ihr Engagement gegen den Vietnam-Krieg ebenso wie die Hoffnung, der gemeinsame, weltweite Kampf um Freiheit werde die globale Herrschaft der weißen Unterdrücker und Ausbeuter beenden.
Die *Panthers* haben sich in ihrer Entwicklung eng an Malcolm X orientiert und den Versuch gemacht, seine politischen Vorstellungen, insbesondere die seines letzten Jahres, in die Praxis umzusetzen. Dabei haben sie eine ähnliche Entwicklung wie Malcolm X selbst durchlaufen, d.h. sie haben ebenfalls den Weg von einem engeren Konzept des Schwarzen Nationalismus hin zum internationalistischen Befreiungskampf beschritten. Allerdings verlief dieser Prozeß bei den *Panthers* - entsprechend dem inzwischen radikalisierten Bewußtsein in der schwarzen Gemeinschaft - schneller und in der Praxis weitgehender als bei Malcolm X. Als "Erben Malcolms" haben sie in diesem Prozeß des Überschreitens ein neues Kapitel der Auseinandersetzung eingeleitet: mit allen notwendigen Mitteln, Wahlzettel *und* Kugel.



7 Huey P. Newton, In: *The Black Panther*, 16.01.1971, S. 10.

Jörg Neumann

ZUR BIOGRAPHIE MALCOLMS

Malcolm Little wird am **19.5.1925** in Omaha/Nebraska geboren.[1] Seine Mutter Louise Little kommt aus Grenada, damals noch zur britischen Kolonie "West-Indien" gehörend. Sie sieht eher "wie eine Weiße" aus. Ihr Vater war ein schottischer Angehöriger der Ko-lonialmacht, den sie selbst nie kennengelernt hatte. Malcolms Vater Earl Little arbeitet in diesem Jahr als Baptistenprediger und Organisator für Marcus Garveys *Universal Negro Improvement Association* (UNIA). Malcolm ist das siebte Kind seines Vaters, das vierte aus dessen zweiter Ehe. Die Littles leben in Lansing/Michigan.

Die Kindheit

Aus diesem Ort kommt auch Malcolms früheste Erinnerung. **1929** wird eines Nachts das Haus der Littles von zwei weißen Männern in Brand gesetzt. Earl Little schießt auf die flüchtenden Täter, und seiner schwangeren Frau gelingt es, zusammen mit den Kindern den Flammen zu entkommen. Kurze Zeit später zieht die Familie in ein Haus aufs Land, zwei Meilen von Lansing entfernt. Auf der Suche nach Earls in der Brand-nacht benutzter Pistole durchsucht die Polizei mehrfach die Wohnung und vernimmt ihn.

Die Beziehung der Eltern ist geprägt von Spannungen und Konflikten. Louise Little wird, ebenso wie die Kinder - mit Ausnahme von Malcolm - vom Vater geschlagen. Vermut-lich war Malcolms hellere Hautfarbe der Grund, warum Malcolm hier besser behandelt wird als seine Geschwister.

1929 ist auch das Jahr, in dem die "große Depression" in den USA beginnt und insbe-sondere für Schwarze Armut und Hunger bedeutet. Lansings "erfolgreiche" Afro-Ameri-kanerInnen arbeiten als Kellner oder Schuhputzer. Die angesehensten sind Pförtner von Beruf, wobei es innerhalb der Berufsgruppe eine Hierarchie mit entsprechender "Elite" gibt. Die Mehrheit der Schwarzen ist jedoch arbeitslos, lebt von der "Wohlfahrt" oder verhungert. In einer Stadt wie Lansing äußert sich der Rassismus der weißen Mehrheit unter anderem darin, daß es den Schwarzen nicht erlaubt ist, nach Einbruch der Dunkelheit auf die Straße zu gehen.

Nach einer Zeit der Drohungen durch eine *KuKluxKlan* ähnliche Organisation (*Black Legion*) wird Earl Little **1931** tot aufgefunden. Vermutlich ist er ermordet worden. Nach seiner Beerdigung fällt seine Frau in einen Zustand der Hysterie. Mit Hilfe zweier Versi-cherungspolicen versucht sie zu überleben. Eine Versicherungsgesellschaft verweigert die Auszahlung mit der Begründung, Earl Litte habe Selbstmord begangen. Louise Little führt zunehmend Selbstgespräche bis zum psychischen Zusammenbruch. **1934** wird sie in die psychatrische Klinik von Kalamazoo eingewiesen, in der sie bis 1963 leben wird. Die staatliche Wohlfahrtsbehörde entzieht ihr das Sorgerecht für Malcolm und weist ihn einer schwarzen Baptistenfamilie, den Gohannas, zu. Die Vormundschaft übernimmt der weiße Richter McClellan aus Lansing. Malcolm besucht dort die West Junior High School.

1937: Joe Louis wird Boxweltmeister im Schwergewicht. Wie viele schwarze Jungen erlernt auch Malcolm das Boxen und kämpft im Bantamgewicht. Das Showbusiness und der Sport sind die besten Berufsfelder, die für Schwarze offen sind. Hier kann ein Schwarzer einen Weißen schlagen, ohne dafür gelyncht zu werden. Malcolm verliert zwei Kämpfe gegen einen gleichaltrigen Weißen und beendet seine "Karriere". Er wird zudem von der Schule verwiesen, als er sich an einem weißen Lehrer rächt, der ihn zuvor gedemütigt hat.

Die weiße Familie Swerlin nimmt ihn in eine Besserungsanstalt in Mason/Michigan auf, behandelt ihn als ihr "Maskottchen" und bezeichnet ihn als "Nigger", obwohl er selbst versucht, wie ein "Weißer" aufzutreten. In Masons West Junior High School sind die MitschülerInnen dann freundlicher zu ihm. Malcolm ist der einzige Schwarze in seiner Klasse und insofern eine Besonderheit. Er wird Klassensprecher und interessiert sich für Englisch, Geschichte und Basketball. Einige weiße Jungen versuchen, ihn mit weißen Mädchen zu verkuppeln, um diese danach erpressen zu können. Auch sie glauben, daß ein Schwarzer "instinktiv" mehr über Sexualität wissen müsse. Malcolm interessiert sich aber nur für die schwarzen Freundinnen seiner älteren Brüder.

Malcolm lernt **1939** seine in Boston lebende Halbschwester Ella kennen, die die Littles in Lansing besucht. Sie ist die erste schwarze Frau in seinem Leben, die stolz auf ihre Hautfarbe ist. Malcolm besucht sie in Roxbury und ist beeindruckt, daß es hier so viele Schwarze gibt. Erstmals sieht er hier schwarz-weiße Pärchen in der Öffentlichkeit.In der Schule wird Malcolm von seinem weißen Englisch-Lehrer nach seinen Zukunftsplänen befragt. Er gibt an, Rechtsanwalt werden zu wollen, wissend, daß es in Lansing noch keinen einzigen schwarzen Rechtsanwalt gibt. Der Lehrer antwortet seinem besten Schüler, daß es für einen "Nigger" kein realistisches Ziel sei und er doch besser Zimmermann werden solle. Aufgrund dieses Erlebnisses wird er bald die Schule abbrechen. Malcolm zieht daraufhin zu Ella nach Boston, in einen Bezirk, der ähnlich wie Harlems Sugar Hill vorwiegend von schwarzen Angehörigen der Mittelschicht bewohnt wird. Von dort aus schaut diese "Elite" auf die mehrheitlich in den Gettos lebenden Schwarzen herab. Malcolm begreift, daß er es hier mit der Großstadtversion "erfolgreicher" schwarzer Schuhputzer zu tun hat, die dem Irrtum unterliegen, daß es sie zu etwas Besserem mache, wenn sie versuchen, daß Leben der Weißen zu imitieren.

Der jugendliche "Detroit-Red"

Im Bostoner Getto trifft er den Saxophonisten und Gelegenheitsarbeiter "Shorty", der ihm einen Job als Schuhputzer im Roseland State Ballroom vermittelt. Hier putzt er die Schuhe von Count Basie, Lionel Hampton und Duke Ellington. Er gerät in ein Milieu des Glücksspiels, des Drogenhandels, der Prostitution, aber auch der Jazz-Musik, trinkt erstmals Alkohol, raucht Zigaretten und seinen ersten Joint. Er kauft sich einen teuren

---

1 Grundlagen dieser Kurzbiographie sind in erster Linie: Malcolm X, The Autobiography (as told to Alex Haley), New York 1965 und Bruce Perry, Malcolm. The Life of A Man Who Changed Black America, New York 1991. Die Namen der genannten Personen wurden aus der Autobiograhy übernommen, z.B. "Shorty" und "West Indian Archie", in denen mehrere reale Charaktere zusammenfließen.

Anzug und läßt sich sein Haar glätten, um "wie ein Weißer" auszusehen - und alles nur, um irgendwie "hip" zu sein, wobei "hip"-Sein vor allem "Weiß-Sein" bedeutet.
1941: Malcolm arbeitet in einer Apotheke in Roxbury und lernt dort die Schülerin Laura kennen, mit der er abends ins "Roselands" tanzen geht. Dort verliebt sich der Sechzehnjährige in die weiße Sophia. Das Zusammensein mit einer weißen Frau, die keine Prostituierte ist, bedeutet für die im Getto lebenden Schwarzen ein Statussymbol ersten Ranges. Malcolm bricht mit seiner Halbschwester Ella, zieht zu Sophia und arbeitet als Kellnergehilfe im Bostoner Parker House, bis er an dem Tag der Bombardierung Pearl Harbours gefeuert wird.
1942: Sein nächster Job als Tellerwäscher bei der Eisenbahn ermöglicht ihm Reisen nach Washington D.C. und New York. In Harlem sieht er im "Apollo Theatre" und im "Savoy Ballroom" MusikerInnen wie Dizzy Gillespie, Billie Eckstine, Ella Fitzgerald, Billie Holiday und Dinah Washington. Malcolm ist von Harlem fasziniert und beschließt seinen Umzug. Er findet einen Job als Kellner in "Smalls' Paradise", entwickelt sich zu einem Experten im Glücksspiel, vermittelt Prostituierte und erhält wegen seiner roten Haare den Spitznamen *Detroit Red*. In der St. Nicholas Avenue lebt er in einem Haus, das vorwiegend von Prostituierten, Dealern und Drogenabhängigen bewohnt wird. In diesem vom Kampf ums Überleben geprägten Alltag im Getto erkennt er, daß es unter Prostituierten einen höheren Grad an ethischem Verhalten gibt, als zwischen den meisten KirchengängerInnen.
Bei der Vermittlung einer Prostituierten gerät Malcolm **1943** an einen Polizeispitzel und verliert seinen Job bei "Smalls". Er lebt vom Marijuana-Verkauf und bewaffnet sich mit einer Pistole. Von der US-Army erhält er einen Einberufungsbefehl, erklärt der Militärpolizei, für die japanische Armee kämpfen zu wollen, simuliert vor der Einberufunskommission und dem Armeepsychologen eine Geisteskrankheit und wird daraufhin freigestellt. In der 147sten Straße mietet er eine Drei-Zimmer-Wohnung, konsumiert erstmals auch Kokain und lebt von Raubüberfällen. In Harlem erlebt er den ersten Getto-Aufstand, einhergehend mit Plünderungen zahlreicher Geschäfte, nachdem, einem Gerücht zu Folge, weiße Polizisten einen schwarzen Soldaten vor dem Braddock-Hotel erschossen haben. Eine zeitlang arbeitet er für seinen jüdischen Freund Hymie, der Restaurants und Bars aufkauft, modernisiert und verkauft, bis er ermordet aufgefunden wird.
Malcolms Glücksspiel-Dealer,[2] "West Indian Archie", fühlt sich von ihm hintergangen und versucht, ihn zu ermorden. Nur durch einen Zufall gelingt es ihm, zu entkommen. Da das Leben in Harlem zu gefährlich geworden ist, zieht er zurück nach Boston, wo er eine Zeit intensivsten Drogenkonsums durchlebt. Zusammen mit seiner Freundin Sophia und mit "Shorty" gründet er eine Bande, die sich auf Wohnungseinbrüche spezialisiert. Er verstößt gegen den *"Hustler-Code"*, als er eine gestohlene Uhr in einem Juweliergeschäft reparieren läßt und wird festgenommen. Auch die anderen Mitglieder der Bande kommen vor ein Gericht. Sophia wird nur zu einer geringen Haftstrafe verurteilt, denn ihr eigentliches Verbrechen besteht weniger in den Einbrüchen, als vielmehr darin, sich als weiße Angehörige der oberen Mittelschicht mit einem Schwarzen eingelassen zu haben. Der einundzwanzigjährige Malcolm wird dagegen zu der unverhältnismäßig hohen Haftstrafe von acht bis zehn Jahren verurteilt.

Im Knast

Malcolm lebt ab **1946** in der kleinen Einzelzelle des Charlestown State Prison, ohne fließendes Wasser, dafür mit einer offenen Toilette. Auch wenn ihn das Gefängnis mehr an die "Bastille" erinnert, gelangt er über die Gefängniswärter schnell wieder an Drogen und verflucht lautstark Gott und die Bibel. Die Männer seines Zellenblocks nennen ihn deshalb "Satan". Malcolm lernt den Einbrecher und Gefängnis-Intellektuellen "Bimbi" kennen, der Vorträge hält, die auch von weißen Gefangenen gehört werden. Bimbi bringt ihn dazu, Englisch und Lateinkurse zu besuchen und in der Gefängnisbibliothek zu lesen.
1948 wird Malcolm ins Concord-Gefängnis verlegt. Dort erreichen ihn Briefe seiner Brüder Philbert und Reginald, die ihm schreiben, daß sie die "natürliche Religion" der Schwarzen für sich entdeckt hätten und deshalb einer Organisation mit dem Namen *Nation of Islam* (NOI) beigetreten seien. Allah werde ihm einen Weg aus dem Gefängnis aufzeigen, wenn er bereit sei, sein Leben entsprechend zu verändern. Inzwischen erreicht Ella, daß Malcolm in das reformorientierte Gefängnis in Norfolk/Massachussetts verlegt wird. Reginald macht ihn dort mit den Lehren der NOI und ihres Führers Elijah Muhammad bekannt. Seine Schwester Hilda erzählt ihm die Geschichte der NOI, und Malcolm schreibt einen Brief an Elijah Muhammad. Dessen Antwort lautet, daß ein schwarzer Gefangener nur das Verbrechen der Weißen symbolisiere, welches darin besteht, die Schwarzen zu unterdrücken und auszugrenzen. Auf diese Weise werde es den Schwarzen verunmöglicht, eine Arbeit zu finden, und der Weg in die Kriminalität werde vorgezeichnet.
Malcolm vervollständigt daraufhin seine Kenntnisse über die Lehren des Mr. Muhammad, beginnt, zu Allah zu beten und nutzt jede freie Minute, um zu lesen. Er studiert die Geschichte der Schwarzen und erfährt u.a., daß während der Sklaverei etwa 115 Millionen AfrikanerInnen ermordet wurden. Ein weiterer Schwerpunkt seiner Studien ist die Geschichte des Kolonialismus.

Der Aufstieg in der Nation of Islam

Malcolm wird **1952** vorzeitig aus dem Charlestown-Gefängnis entlassen und zieht nach Detroit, um zum Mitglied eines Tempels praktizierender Muslime zu werden. Daneben arbeitet er in einem Möbelgeschäft. Im Chicagoer Tempel der NOI findet die erste persönliche Begegnung mit Elijah Muhammad statt. Malcolm erhält den Namen "X", der den ursprünglichen afrikanischen Familiennamen symbolisieren soll. Er ersetzt den ihm von den weißen SklavInnenhaltern zugewiesenen Familiennamen "Little".
In Detroit gelingt es Malcolm bald, zahlreiche neue Mitglieder für die NOI zu gewinnen. Er wird **1953** zum assistierenden Minister des Detroiter Tempels ernannt. Von der US-Army erhält er einen neuerlichen Einberufungsbefehl zur Teilnahme am Korea-Krieg. Vor der Einberufungskommission erklärt er, daß er ein überzeugter Muslim geworden sei. Außerdem verbiete ihm seine Überzeugung, für Weiße zu kämpfen oder zu sterben,

2 Im Getto war besonders das *"playing numbers"* weit verbreitet, bei dem auf die Endziffern hinter dem Komma des täglichen Wall-Street-Verkaufsergebnisses gewettet wurde. Dieses von Weißen kontrollierte Glücksspiel brachte riesige Profite und wurde von den Betreibern verächtlich als *"nigger-pool"* bezeichnet.

wenn er den Zustand bedenke, in dem die Schwarzen in den USA von der weißen Mehrheit gehalten werden.
1954 gelingt es Malcolm X in mehreren Städten der USA, neue Tempel für die NOI zu eröffnen. Muhammad beruft ihn zum "Minister" des New Yorker Tempels Nr.7. Wie keinem anderen gelingt es ihm, in den Gettos, aber auch unter Angehörigen der Mittelschicht, neue Mitglieder für die NOI zu gewinnen. Malcolm X heiratet **1958** die ehemalige Studentin, Lehrerin an einer Krankenpflegeschule und Mitarbeiterin des New Yorker Tempels Betty X. In diesem Jahr wird auch die erste ihrer sechs Töchter geboren.
Bei einer Auseinandersetzung auf den Straßen Harlems wird ein Mitglied der NOI von weißen Polizisten schwer verletzt und auf die Polizeistation abtransportiert. Malcolm X und die Selbstverteidigungsorganisation der NOI, die *Fruit of Islam*, erreichen durch eine Demonstration vor dem Polizeigebäude, daß der Schwerverletzte in ein Krankenhaus kommt und ihm später ein hohes Schmerzensgeld von 70.000 Dollar zugesprochen wird. Das militante Auftreten der NOI kommt in Harlem sehr gut an und erregt großes öffentliches Aufsehen. Öffentliches Interesse weckt **1959** auch eine Fernsehsendung über die NOI mit dem Titel: "Der Haß, den Haß produzierte", in der der Organisation ein "umgekehrter Rassismus" vorgeworfen wird. Reportagen über die NOI erscheinen jetzt in *Life*, *Look*, *Newsweek*, *Time* und im *Reader's Digest*. Malcolm X nimmt nun häufiger an Diskussionen in Radio und Fernsehen teil. In Eric Lincolns vielbeachteter Dissertation über die NOI[3] werden deren Mitglieder als "Schwarze Muslime" bezeichnet, ein Begriff, der sich durchsetzt. Wöchentlich erscheint eine Kolumne von Malcolm X in der in Harlem herausgegebenen Zeitschrift *Amsterdam News* und im *Herald Dispatch*/Los Angeles. Mit der Unterstützung des schwarzen Journalisten Louis Lomax gibt er dann eine eigene Zeitschrift heraus, die sich vor allem an die in den Gettos lebenden Schwarzen richtet: *Muhammad Speaks*. Elijah Muhammad schickt ihn auf eine dreiwöchige Reise nach Ägypten, Arabien, Sudan, Nigeria und Ghana, wo er hohe religiöse, politische und kulturelle RepräsentantInnen trifft. Inzwischen besuchen zehntausende Schwarze die Veranstaltungen Elijah Muhammads in den USA. Erfolgreich agiert die NOI auch mit ihren Drogenbekämpfungsprogrammen in den Gettos, indem sie ehemalige Junkies für sich arbeiten läßt. Zwischen dem *KuKluxKlan* und der NOI kommt es in dieser Zeit zu Geheimverhandlungen über die Errichtung eigener Territorien für Schwarze in den USA.
In Chicago errichtet die NOI **1961** für 20 Millionen Dollar ein Islamisches Zentrum, mit eigenem Tempel, Schule, Bücherei, Krankenhaus und einem Museum zur Geschichte der Schwarzen. Elijah Muhammad reist in einige islamische Länder und zu einer Pilgerfahrt nach Mekka; er benennt nach seiner Rückkehr die Tempel in Moscheen um. Seine Reden werden im Radio in den gesamten USA übertragen.
Malcolm X wird **1963** offiziell zum ersten nationalen Repräsentanten der NOI ernannt. In der Öffentlichkeit setzt er sich kritisch mit den Aktionen und Zielen der schwarzen Bürgerrechtsbewegung auseinander (*"March on Washington"*). Außerdem spricht und diskutiert er an über 50 Universitäten und Colleges; er ist nach Barry Goldwater der gefragteste Redner im akademischen Milieu.
Der Stadtrat von Louisiana setzt unterdessen ein Kopfgeld von 10.000 Dollar für seine Ermordung aus. Die Zahl rassistisch motivierter Gewalttaten nimmt in den USA stark zu.

3 C. Eric Lincoln, The Black Muslims in America, Westport 2. Auflage 1973 (Original: 1960).

Einflußreiche Mitglieder der NOI beargwöhnen Malcolms neue Rolle innerhalb der NOI.
Am 3.7.1963 geht folgende Nachricht durch alle Medien der USA: der 67jährige Elijah Muhammad wird von zwei ehemaligen Sekretärinnen beschuldigt, der Vater ihrer vier unehelichen Kinder zu sein und seit 1957 ein Verhältnis mit ihnen zu unterhalten. Er bricht also mit den von ihm selbst propagierten Moralvorstellungen.
Am 22.11.1963 wird John F. Kennedy durch ein Attentat in Dallas ermordet. Elijah Muhammad ordnet an, daß die Prediger der NOI zu dem Vorfall schweigen sollen. Malcolm X bestimmt jedoch mit seinem Kommentar, "daß alle Hühner nun einmal auf dem Grill landen", die Schlagzeilen der Medien des nächsten Tages. Elijah Muhammad erteilt ihm deshalb ein Redeverbot für 90 Tage. Er selbst ist unterdessen bemüht, sein eigenes Fehlverhalten zu verbergen.
Malcolm X wird zum Berater des Schwergewichtsboxers Cassius Clay, der kurze Zeit später im Kampf gegen Sonny Liston den Weltmeistertitel erringt. In der eigenen Organisation wird er nun zunehmend isoliert. Am 8. März **1964** ruft Malcolm X dazu auf, mit der NOI zu brechen und eine unabhängige Organisation zur Befreiung der Schwarzen zu gründen. Im New Yorker Hotel "Theresa" entsteht die *Muslim Mosque Incorporated*.

Das letzte Jahr

Im April/Mai **1964** reist Malcolm X zu einer Pilgerfahrt nach Mekka und nennt sich nun El-Hajj Malik El-Shabazz. Im Libanon, in Ägypten, Nigeria, Ghana, Senegal, Liberia, Äthiopien und Algerien trifft er wichtige politische RepräsentantInnen und Intellektuelle. An einigen Universitäten hält er Vorträge und nimmt an Radio- und Fernsehsendungen teil. Er spricht vor dem Parlament in Ghana und wird in Nigeria Ehrenmitglied der *Muslimischen Studentischen Gesellschaft*. Dort erhält er den Namen *"Omowale"*, der in der Sprache der Yoruba soviel bedeutet wie "der heimgekehrte Sohn".
Zur gleichen Zeit beginnt in Harlem, Rochester und anderen Städten der USA der "lange heiße Sommer" der Getto-Aufstände. In den von Weißen dominierten Medien der USA wird Malcolm X als Drahtzieher hinter der Revolte ausgemacht. Im Juni 1964 organisiert Malcolm X das erste öffentliche Treffen der (nicht-religiösen) *Organisation für Afro-Amerikanische Einheit* (OAAU) in Harlem. Von Juli bis November dauert seine dritte und längste Afrika-Reise. Nach seiner Rückkehr am 28.1.**1965** wird Malcolm X in Los Angeles und Chicago von Anhängern der NOI in einen Hinterhalt gelockt und bedroht. Es gelingt ihm zu entkommen.
Am 4. Februar 1965 spricht Malcolm X in einer Kirche in Selma vor AnhängerInnen des inhaftierten Martin Luther King und trifft sich mit dessen Frau zu Gesprächen. Die französische Regierung verhindert mit einem Einreiseverbot seine Teilnahme am *Congress of African Students*. Stattdessen folgt er einer Einladung der BBC nach Smethwick/England zu einem Interview. In London spricht er an der "School of Economies".
Am 14.2.1965 explodiert ein Molotow-Cocktail in der Wohnung der Shabazz', in der sich die gesamte Familie aufhält. Es gelingt ihnen, den Flammen zu entkommen. Eine Woche später, am **21.2.1965**, organisiert Malcolm X ein Treffen im New Yorker "Audubon Ballroom" und wird dort während seiner Rede erschossen. Er stirbt um 3.15 Uhr im Columbia Presbyterian Hospital. Die Hintergründe seiner Ermordung bleiben bis heute ungeklärt.

Zu Gregors Kritik an den Frauen aus Gießen interim 23?)

Aufgrund der unsolidarischen Vorwürfe Gergors an der feministischen Kritik (interim 229) sollte sein Artikel nicht unbeantwortet stehen bleiben. Wir werden keine seitenlangen inhaltlichen Analysen (wovon es bereits genügend gibt und wir uns nicht auf endlos Wiederholungen einlassen, wie viele "Papier-PolitikerInnen") in diese Antwort einbeziehen. Gerade deshalb sind wir uns auch bewußt, wie schnell jetzt sämtliche Argumente mit dem Vorwurf der Ungenauigkeit verworfen werden können. Aber - jedeR, der/die sich mit den Äußerungen der Gefangenen auseinandersetzt, kann unschwer die inhaltlichen Gegensätze übersehen - vorausgesetzt man/frau ist bereit, diese subjektiv sehr verschiedenen Meinung zu akzeptieren.



Gregors Einleitung:

- seine "Klischees", "Verdrehungen und Lügen" sind unterschiedliche Einschätzung und Positionen, welche nicht nur in der Solibewegung draußen existieren, sondern auch drinnen.
- Die sog. "Spaltung", die Gregor der Bewegung anlastet - damit macht er die Gefangenen zum Objekt, die sich also "spalten lassen", das heißt er ignoriert deren Unterschiedlichkeit in bestimmten Sichtweisen total. **Welche Gründe hat er dafür?**
- "Leichtfertigkeit und Verantwortungslosigkeit" (so Gregor) ist für uns, wenn die Einheitsmeinung gefordert wird, und damit die UnterstützerInnen, aber auch Gefangene, die diese Linie nicht bereit sind, mitzutragen, zu übergehen.
- Und Gregor, warum hast Du an Deinem Textende "und drinnen" geschwärzt"? Auf Auseinanderstezungen mit den GenossInnen im Knast verzichtest DU besser vorab. Auch eine Art der Politik...

Zu Gregors Argumenten gegen die "feministischen Kritik":
Sicher, grundsätzlich wurde der bewaffnete Kampf (erstmal) nicht aufgegeben, aber abgesehen von den (bereits wiederholt diskutierten) diffusen Gründen der Einstellung, diese gleichzeitig als neues revolutionäres Konzept auszulegen, das ganze noch mit der Gefangenen-Frage in Bezug auf der KGT-Initiative zu verbinden - damit erfreuen wir maximal die Staatsschutzstrategen.
An dieser Stelle soll keinem der GenossInnen ein individuelles 'Recht' / individuelle Gründe für die Entscheidung einer anderen Kampfform vorgeworfen werden.
Die feministische Kritik hat offen gemacht und aufgegriffen, wozu sich die Minderheitsfraktion bisher nur intern (aber auch teilweise mit den GenossInnen drinnen) geäußert hat - auch oder gerade deshalb werden ihnen jetzt von interessierter (?) Seite o.g. Verleumdungen entgegengesetzt. Zuerst einmal zu der grundsätzlich falschen (so unsere Einschätzung) Hoffnung, der Guerilla und eines Teils der Gefangenen: "wenn der Staat sein Vernichtungsverhältnis gegenüber den Gefangenen nicht aufgibt...". Wieso sollte er? Hat die ganze Entwicklung bisher nicht gezeigt (DDR-Annexion, aktuelle imperialistische Militärpolitik der BRD etc.), daß dieser Staat in den letzten Jahren, seit Beginn der veränderten internationalen Lage und den neuen Machtprojektionen der imperialistischen Zentren nur noch schneller / effektiver seine GegnerInnen vernichtet bzw. dies mit allen Mitteln versucht? Wobei bei dieser Sichtweise die Massaker im Trikont von vornherein ausgeblendet bleiben!

Wenn auch wenn einige Gefangene bisher aus dem Knast gekommen sind, andere sollen dafür auf immer und ewig darin als Geiseln vergraben werden, währenddessen sich die, ohnehin sehr kleine, Solibewegung draußen in ihren gegenseitigen Schuldzuweisungen aufreibt - womit das Kalkül der KGT-Initiative aufgeht.
Sowohl in den Erklärungen der RAF als auch in denen der Celler wiederholen sich moralische Apppelle, Gewaltsverzichtserklärungen, realistische und durchsetzbare Ziele in Verbindung mit dem Staat als Verhandlungspartner, und damit reformistische Forderungen und Anerkennung des Gewaltmonopols des Staates.

Ein Beispiel:
Im Interview der Celler stufen diese den bewaffneten Kampf zur "nachholenden Ressistance" herunter, soll heißen heute ist der bewaffnete Kampf obsolet geworden - das verstehe wer will, denn die BRD setzt heute unter dem Mantel der Demokratie ihre Herrschafts- und Ausbeutungsinteressen viel subtiler, aber kontinuierlich fort. Darum muß auch in Zukunft gekämpft werden, auch unabhängig davon, daß zum Beispiel die Befreiungsbewegungen derzeit keine Hoch-Konjunktur haben (bezugnehmend auf die immer wiederkehrende Begründung der "globalen Umbrüche" - die Voraussetzung sind jetzt so, erkennen wir sie konkret an und stellen uns ihnen). Das ist Verleugung von Wurzel und Geschichte!
Natürlich wollen wir, daß alle Gefangenen rauskommen, haben Achtung vor derem bisherigen Kampf, aber nur soweit die Vernichtungshaft der "Unverbesserlichen" durch die inhaltlichen Äußerungen der "neuen PolitikerInnen" nicht eventuell verschärft und damit Maßstäbe gesetzt werden könnten. Genau dies ziehen jedoch die individuellen (und durchaus praktisch verständlichen) Schritte einzelner Gefangener nach sich, indem diese zu neuer revolutionärer Politik erhoben werden und der (Rest)widerstand darauf verpflichtet werden soll.

Weil die mächtigen
immer noch die oberhand hab[en]

weil das volk
immer noch in der überzahl ist

wird es zeit

dass sich ein untergrund
mit dem überbau beschäftigt

Aber zurück zur feministischen Kritik:
Auch wenn wir ganz klar nicht mit den Cellern übereinstimmen, aber sie sprechen im KONKRET-Interview von der "Legende von der endgültigen Demokratie" (in Eurem Beitrag "... weil die BRD sich als gefestigte Demokratie erwiesen hat") - das ändert zwar nichts an eurer grundsätzlich richtigen Einschätzung, nur sind solche Fehler theoretische Waffen für eure KritikerInnen.



Für Gregor:
Wer auch wann immer über eine Entscheidung für den bewaffneten Kampf nachdenken wird, sicher werden es diejenigen kaum in der interim veröffentlichen - soviel zu dem völlig absurden Vorwurf "eine Söldnertruppe kann und darf die RAF nicht werden."

Anna und Arthur

UNSERE KÖPFE
KRIEGT IHR NICHT

DAS ANARCHISTISCHE ZEITUNGSPROJEKT "MAISCHREI '93" - EIN AUFRUF

Auch 1993 soll das anarchistische Zeitungsprojekt "MAISCHREI" aufgenommen und verwirklicht werden.
Um dies umzusetzen, hat sich ein fester offener Kreis zusammengefunden, der das Interesse verfolgt, zu den verschiedensten 1.Mai-Festivitäten, eine spezifisch anarchistische Zeitung zu erstellen.

Die Motive für solch ein Projekt(-versuch) sind unterschiedlich gelagert, einerseits lassen sich mit Hilfe solcher Projekte A-Inhalte nach "innen" inhaltlich konkretisieren und nach "außen" intensiver tragen.
Andererseits bietet dies die Möglichkeit sich in einen politischen Zusammenhang einzuklinken und Verbindungen zu knüpfen.
Daneben spielt gewiß die Motivation eine Rolle, autoritär-kommunistischen Gruppierungen - auch über diesen Weg - nachhaltig anti-autoritäre (im weitesten Sinne gedacht) Ansprüche entgegenzusetzen.
Die Auseinandersetzung mit restaurativen Neuaufgüssen leninistischer Organisationsmodellen bedeutet nicht, eine neue/alte problematische politische Konfliktebene zu eröffnen (gerade vor dem Hintergrund derzeitiger Verhältnisse), vielmehr liegt unser Ansatz darin, das Interessen-und politische Kräfteverhältnis im linkradikalen Spektrum - unerer Ansicht nach - authentischer auch nach außen widerzuspiegeln.
D.h. politische Differenzen und Unvereinbarkeiten (Re-Konstruktion fixer Staatsideen oder Stalin-Bezüge) herauszustreichen, offenzulegen und jede Form eines verklärten Gesamtbildes der radikalen Linken zu vermeiden.

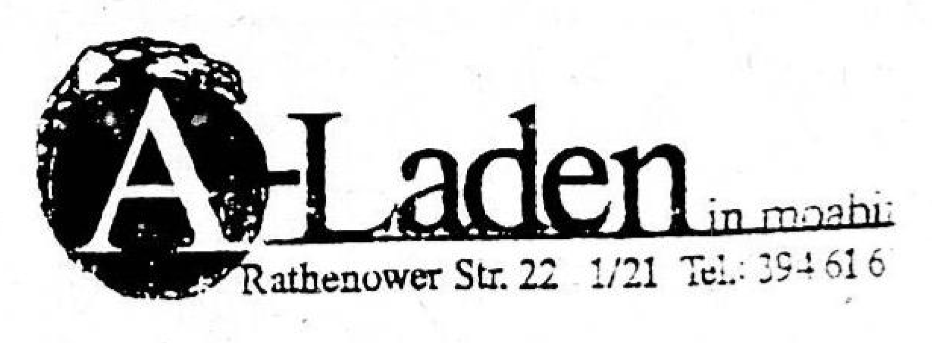
Wir betrachten dieses Projekt als ein Mittel anarchist. Positionen nachdrücklicher, offensiver und ein stückweit auseinandersetzungs-betonter zu vermitteln, um somit auch Zugangsmöglichkeiten zu vorhandenen oder neu entstehenden anarchist. Strukturen zu schaffen.
Dabei ist es im Vorfeld nicht notwendig über ein profundes anarchist. Gesamtverständnis zu verfügen oder einen "professionellen" Eindruck bei politischen Themen zu versprühen. Ein Wissensgefälle ist vor dem jeweiligen Erfahrungshintergrund sowieso klar, vielmehr ist es interessant, inwieweit eine solche Gruppe Ansätze, Positionen und Weitergehendes zu entwickeln vermag.
Um über einen längeren Zeitraum überhaupt existenzfähig zu sein, sind wir natürlich auf euer Mitwirken und eure Unterstützung in vielfälstiger Form angewiesen, und vor allem auf eine möglichst solide Finanzierung der ganzen Geschichte.
Da wir uns perspektivisch orientieren wollen,schwebt uns vor, dem "MAISCHREI" weitere (halb-oder vierteljährliche) "SCHREIE" folgen zu lassen - so derweil der vage Vorausblick.

Wir halten es ebenso für unabdingbar staatliche Inhalte, Strukturen und Institutionen auf unterschiedlichste Art und Weise inhaltlich und praktisch verstärkt zur Angriffsfläche zu erklären. Gerade das anstehende Wahljahr '94 sollte Anlaß genug sein, das staatliche Legitimationswerkzeug (z.B. die parlamentarische Spielbühne) bloßzustellen oder zumindest anzukratzen!
Das beinhaltet entsprechend anarchistische Vorstellungen unmittelbarer ins Blickfeld zu rücken und dezente Zurückhaltung/-lehnung sowie den vornehmlich defensiven Ausdruck abzuändern.

Also - für 'ne Mitarbeit braucht ihr weder ein "Eintrittszertifikat" noch müßt ihr leninistische "Psalme" quer durchdeklinieren können - dieses Stück Polemik haben wir uns rausgenommen.

Wir sind jeden Mo. im A-Laden, Rathenower Str.22,1/21, von 18-20h zu erreichen oder auf der A-Versammlung, 28.3.93, 15h im El Locco, Kreuzbergstr.43, 1/61.

"MAISCHREI"-GRUPPE



Do.18.3. "BANANENKRIEG"
20Uhr Dia und Videovortrag

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bananenplantagen-ArbeiterInnen sind nach wie vor extrem schlecht und führten unter anderem zu großen Streiks in der Geschichte. 1928 in Kolumbien oder 1956 in Guatemala. Nur 3 USA-Bananenhandelnde-Multikonzerne beherrschen ganze Lateinamerikanische Staaten und mehr. Nur mit absolut niedrigen Produktionskosten, ist ein Bananenpreis wie der heute in BRD möglich. Wer den Preis macht, und was es für Alternativen gibt, sagt dieser Vortrag...

Donnerstag 18.3.

20.00 Ladies only

EIN - Frauentheater: "Frauen - Bilder - Wirklichkeiten"

In der politischen Zusammenarbeit mit Frauen entstand der Wunsch, durch das Medium Theater, die unterschiedlichsten Frauenthemen aufzugreifen und an die Öffentlichkeit zu bringen.
" Auf der Grundlage der Pantomine entwickelte ich Szenen, die die Mauern des Schweigens, welche zwischen den Frauen ebenso existieren wie zwischen den Männern, einreißen sollen."
Der erste Schritt, um die bestehenden Barrieren zu überwinden, ist der Kontakt und das offene Gespräch miteinander.
Durch die unterschiedlichen Stücke werden Themen angesprochen, die in unserer auf Leistung und Erfolg basierenden Gesellschaft als Tabu gelten.
"Ich möchte aufrufen zur Betroffenheit, zum Erkennen und zur Öffnung nach außen!"

EL LOCCO
Kreuzbergstr.43
1/61

21.00 Infoladen Daneben
Rigaerstr.84
"Shoah- Teil 2"- über die Vernichtung der europäischen Juden
Do 18.3.

Volkshochschule Berlin Mitte
Linienstraße 162
O-1040 Berlin
Tel. 2 82 85 62

Die Olympischen Spiele 1936 in Berlin - Mißbrauch durch die Hitler-Diktatur und antifaschistischer Widerstand - Volksolympiade in Barcelona - kritische Wertung der Spiele von 1936 und deren Folgen

Do 18.3 18.00 - 19.30 Uhr,

Freitag 19.3.

20.00

Der "Bananen-Krieg"

Info-Veranstaltung

Geschichte der Fruit Company United - Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bananen-Arbeiterinnen - Hundert Jahre Einsamkeit (Teil-Lesung von Garcia Marquèz) - Guatemala 1956 - der zur Zeit aktuelle Handelskrieg (Dollar - B. contra Kolonialbananen) - Schweizer "Bananenfrauen" - Ökologie - mit Videos und Dias und wer will eine Schocko-Banane.

EL LOCCO
Kreuzbergstr.43
1/61

Fr. 19.3. 22.00 Uhr
Kiezdisco im SO 36
für/von Infoläden Berlin
Oranienstr. 190

AK KRAAK steht für HausbesetzerInnenvideozeitung, die in unregelmäßigen Abständen von einer Videogruppe produziert wird, von Leuten, die in besetzten und ehemals besetzten Häusern in Ostberlin wohnen. Die Anfangsidee war, Ereignisse in und um die besetzten Häuser zu dokumentieren, um so eine Art Nachrichtenmagazin für die Leute in den Häusern herzustellen.Auch durch das Stillerwerden um die "Bewegung" bedingt, wandelte sich die Konzeption von dokumentarischer Aufzeichnung zu einer Mischung aus Dokumentation und fiktiver Darstellungen. Gleichzeitig fand eine Ausweitung der Themen statt, über Häuserkampf hinaus auf andere politische Ereignisse, eben auch, um über den eigenen Hinterhof hinauszugucken. ist die AK KRAAK Videozeitung eine wirre Mischung von verschiedenen Themen. Gezeigt werden kurze Spots sowie AK KRAAK Nr.8 (Beiträge über den WBA, Kriegsdienstverweigerung, das Rainbow-festival, die Verunglimpfung (Attentat auf Weizäcker) und einiges mehr...!)

Samstag 20.3.

TROTZFETE

20. MÄRZ

ESSEN
TANZEN
LIVE-MUSIK

im Baobab
Winsstr.53

AB ACHT

Eintritt 3 DM/2.DM

AK KRAAK
visuelle Göttinnenspeise

Sa. 20.3.
20.00

EL LOCCO
Kreuzbergstr.43
1/61

Sonntag 21.3.

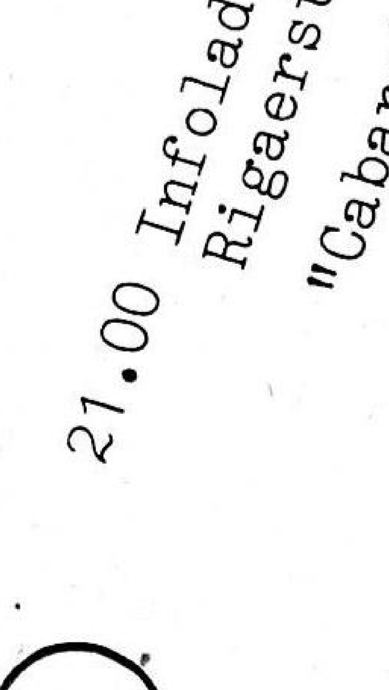
17.00

Sonne der Hyänen

16mm Film, Niederlande/Tunesien 1977, 100 min., Regie: Ridha Behi

Ein nordafrikanisches Fischerdorf wird für den Tourismus entdeckt. Das Dorf, das bisher vor allem von einem ausgewogenem Tauschhandel lebte, muß sich nun den veränderten Bedingungen anpassen. Aus Fischern werden Bauarbeiter; aus dem Wochenmarkt kleine Läden. Die Wut und Enttäuschung der Frauen ist groß, weil sie auch vom Strand vertrieben werden, der nun den Touristen vorbehalten ist. Aufständisch und allein gelassen führt ein Dorfbewohner Widerstand gegen die Geschäftsspekulationen, das Hotel und auch gegen die Touristen.
Eine eingehende Kritik, wie auch Stellungnahme zum Tourismus (einer Ausbeutung und Unterdrückung der Menschen in jeglicher Form) in Länder der "Dritten Welt".

EL LOCCO
Kreuzbergstr.43
1/61



AntiFa-Café-Wedding
in der Putte, Osloerstr.12, 2.HH, 2.Etage

Veranstaltung am 21.3.93 um 17 Uhr

<u>Die Gewalt der Psychiatrie seit den 30er Jahren</u>

Seit dem "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" vom 1.1.1934, wo offensichtlich Unfruchtbarmachung (Sterilisation) gefordert wurde, bis zum "Betreuungsgesetz", gültig seit dem 1.1.1992, hat die Psychiatrie ihre Kleider gewechselt, nicht aber ihre grundsätzliche Einstellung und Funktion.
Ein Zitat aus dem "Betreuungsgesetz":
"Besteht der ärztliche Eingriff in einer Sterilisation des/der Betreuten, in die diese/r nicht einwilligen kann, so kann der/die BetreuerIn nur einwilligeen, wenn
1. die Sterilisation dem Willen des/der Betreuten nicht widerspricht
2. der/die Betreute auf Dauer <u>einwilligungsunfähig</u> bleiben wird."
Wer definiert "einwilligungsunfähig"?
Die Gewalt der Anstaltspsychiatrie ist sichtbarer als der Druck in therapeutischen WG's, von denen jedeR BewohnerIn sich einem/einer PsychiaterIn vorstellen muß, da über Krankenkasse abgerechnet wird.
Die giftige Wirkung von Antidepressiva und Neuroleptika wird von Müsli-PsychiaterInnen am liebsten aus den Augen der Öffentlichkeit verdrängt.

Montag 22.3.

Essen, Trinken, Tanzen, Versteige... Reden, ... Sonstwa...

Aber vor Allem ...

GELD HER...

EA-Soli-Party

Mo, 22.3., X-B-Liebig

ab 21.00 Uhr

Liebigstr. 34, U5: Rathaus Friedrichshain

20.00

Fernando Arrabal

Viva la muerte

Es lebe der Tod

Video, Frankr., 1970, Farbe, 93 min., Regie: Fernando Arrabal, nach seinem autobiografischen Buch "Baal Babylone"

VIVA LA MUERTE! war der Schlachtruf der faschistischen Falange im spanischen Bürgerkrieg.
Leben und Phantasien des zwölfjährigen Fando, dessen Mutter den Ehemann und Vater an die Francotruppen verraten hat. Dieser surrealistische Film des Dramatikers Arrabal ist ein Ausbruch der Angst, ein Schrei nach Freiheit und vermutlich einer der heftigsten und grimmigsten Filme, die es gibt. Auf einer realen und einer traumhaft-imaginären Ebene spielender, mit Bilder voller Schrecken, Blut, Makabrem und Monstrem. Mit seiner geradezu irren Phantastik setzt das autobiografisch getoente Werk das Verständnis spanischer Mentalität (und starke Nerven) voraus.

EL LOCCO
Kreuzbergstr.43
1/61

Dienstag 23.3.

21.00 Infoladen Daneben
Rigaerstr.84
"Daedalus" - Spielfilm zu Gen- Tech

21.00 + 23.00 Clash
Uferstr.13, 1/65
"Die Herren der Ringe"
Film über das IOC und seine Vergangenheit

Di 23.3.

Dienstag 17.00 Kundgebung in Potsdam Platz der Einheit - gegen drohende Verlegung von Flüchtlingen aus Teltow in ein Sammellager bei Plessow, wo 600 Flüchtlinge in einem ehemaligen Erntelager unter menschenunwürdigen Bedingungen untergebracht werden sollen. Aufrufer: Teltower Flüchtlinge UnterstützerInnen: AntiRassistische Gruppen aus Teltow, Potsdam + Berlin

---

Mittwoch 24.3.

21.00 Clash
Uferstr.13, 1/65
"Eins, zwei, drei"



Do. 25.3.: "Easy Rider"
20Uhr Videokino '69 90min.USA R:D.Hopper

Vorfilm: "The Railroader"
16mm. 25min. '65

Buster Keaton versucht auf einer Draisine quer durch Kanada zu kommen. Skuriller Witz und schöne Bilder.

Easy Rider:(Originalfassung engl.!)Dennis Hopper und Jane Fonda spielen 2 Hippies, die auf der Suche nach einem besseren Amerika die USA durchqueren. Sie fallen aber der Aggression und Intoleranz zum Opfer und werden ermordet.

Donnerstag 25.3.

20.00 Ladies only

Verzaubert

EL LOCCO
Kreuzbergstr.43
1/61

Film 16 mm, 89 min, BRD 1992

Verzaubert ist ein Dokumentarfilm über Lesben und Schwule in Hamburg der 40er und 50er Jahre.
Dreizehn Frauen und Männer geben Auskunft darüber, wie sie in der NS-Zeit und im Nachkriegsdeutschland lebten - über Verfolgung und Vernichtung, Diskriminierung und Tarnung, Veränderungen und Kontinuitäten, über die Subkultur und ihren Alltag.
In den Interwievs werden Lesben und Schwule mit ihren spezifischen Lebenserfahrungen und -geschichten selbst zu Wort kommen, stellen dabei Bezüge zur heutigen Zeit her und äußern sich über homosexuelle Beziehungen, Rollenaufteilung und Beziehungsvorstellungen.

21.00 Infoladen Daneben
Rigaerstr.84
" Shoah - Teil 3"

Do 25.3.

Volkshochschule Berlin Mitte
Linienstraße 162
O-1040 Berlin
Tel. 2 82 85 62

18.00 - 19.30 Uhr **Olympiade 2000** - von der Idee Olympischer Spiele im Jahr 2000 in Berlin zur Bewerbung - Bewerbungskonzeption - Perspektiven - Probleme

Do 25.3.

Samstag 27.3.

ab 10.00 Uhr
Clash, Uferstr.13, 1/65
Flohmarkt mit Glühwein, Kaffee und Kuchen

LOS JUNGS

DAß WIR UNS
ÄNDERN
MÜSSEN,

WENN
WIR WAS
ÄNDERN
WOLLEN,

WERDEN WIR
DOCH WOHL
EINSEHEN...

FLAMMENDE
HERZEN

ENTZÜNDEN WIR
UNSERE HERZEN

mit der Sehnsucht nach Befreiung und
brennen wir die Orte unserer
patriarchalen Zurichtung nieder!!!